



# Karlspreisträgerinnen 2022

## Literatur und Presse

zu Belarus und den Preisträgerinnen Maria Kalesnikava,  
Swetlana Tichanowskaja und Veronica Tsepkaló

„Du züchtest Disteln  
und Brennesseln  
und wartest, bis  
endlich der Gärtner  
erscheint im Garten,  
dass er auf die Tasten  
„ctrl“ „alt“ „delete“  
drückt.“

Andrej Khadanovich

Aus: Nachwort

Aus dem Belarussischen von André Böhm

## Inhaltsverzeichnis

- Literatur aus der Stadtbibliothek Aachen zu Belarus und der weiblichen Opposition
- Presseauschnittsammlung:
  - Karlspreis der Stadt Aachen für drei Oppositionelle
- Politik in Belarus
  - Presseauschnittsammlung
    - Swetlana Tichanowskaja
    - Maria Kalesnikava
    - Veronica Tsepkalo

## Karlspreis 2022

### Auswahlliste Belarus / Weißrussland mit ausleihbaren Titeln in Buchform oder als E-Book in der Onleihe, sortiert nach Erscheinungsjahr

- Elp** Bota, Alice (2021): Die Frauen von Belarus: von Revolution, Mut und dem Drang nach  
**4** Freiheit; [enthält u.a. Gespräche mit Swetlana Tichanowskaja, Maria Kolesnikova und  
**Bota** Veronika Zepkalo] Berlin, München: Berlin Verlag, 239 Seiten
- Elp** Alekseenok, Vitali (2021): Die weißen Tage von Minsk: unser Traum von einem freien  
**4** Belarus. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, 189 Seiten  
**Alek**
- Elp** Belarus – ein Land im Umbruch (2021): Opposition gegen Lukaschenko; Belarus und  
**4** Russland; Kultur und Religion. Regensburg: Pustet Verlag, 80 Seiten  
**Bela** (Ost-West. Europäische Perspektiven)
- Elp** Belarus! – Das weibliche Gesicht der Revolution (2020): Hrsg. von Andreas Rostek/Nina  
**4** Weller/Thomas Weiler/Tina Wünschmann. Sonderausgabe Bonn: Bundeszentrale für  
**Bela** politische Bildung, 268 Seiten (Bundeszentrale für Politische Bildung: Schriftenreihe)
- Elp** Fatland, Erika (2019): Die Grenze: eine Reise rund um Russland: durch Nordkorea, China,  
**37** die Mongolei, Kasachstan, Aserbaidshjan, Georgien, die Ukraine, Weißrussland, Litauen,  
**Fatl** Polen, Lettland, Estland, Finnland, Norwegen sowie die Nordostpassage. Berlin: Suhrkamp  
Verlag. 623 Seiten, 32 ungezählte Seiten (Suhrkamp Taschenbuch)

### Onleihe (als E-Book downloadbar unter [www.onleihe.de/region-aachen](http://www.onleihe.de/region-aachen))

Alexijewitsch, Swetlana (2014): Die letzten Zeugen: Kinder im Zweiten Weltkrieg. München: Hanser Berlin, 315 Seiten

### Reiseführer / Landeskunde

- Ceo** Böhm, André (2019): Weißrussland mit Minsk, Brest, Hrodna, Homiel, Mahilioŭ und Viciebsk  
**34** Berlin: Trescher Verlag, 489 Seiten  
**Boeh**
- Ceo** Holtbrügge, Dirk (2002): Weißrußland. München: Beck, 147 Seiten (Beck'sche Reihe)  
**34**  
**Holt**

# Belarus

## Politik

### Hintergrund

Als Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik war Belarus von 1922-1991 Teil der Sowjetunion (UdSSR). Nach dem gescheiterten Putschversuch konservativer Funktionäre der Kommunistischen Partei gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow (Aug. 1991) erklärte das Land am 25. Aug. 1991 seine staatliche Unabhängigkeit (ab Sept. 1991: „Republik Belarus“). Die nach dem Ende der Sowjetunion in Belarus eingeleiteten politischen Reformen waren jedoch nur halbherzig und endeten bereits 1994 mit der Wahl von Aljaksandr Lukaschenka zum ersten belarussischen Präsidenten, der seither die Geschicke des Landes bestimmt. Mit Lukaschenka verstärkten sich von Beginn an die autoritären Tendenzen - die politische Opposition wurde verfolgt, kritische Medien wurden geschlossen und unabhängige Gewerkschaften verboten. Zudem wurde die Gewaltenteilung ausgeschaltet, politische Parteien spielten kaum noch eine Rolle.

Die erheblichen Demokratiedefizite führten zu einer zunehmenden Isolierung in Europa (ab 2011 EU-Sanktionen gegen über 100 führende Vertreter des Regimes), so dass sich Belarus außenpolitisch noch stärker an Russland orientierte, das wirtschaftspolitisch schon immer engster Partner war. Im Mai 2014 unterzeichneten Lukaschenka, der russische Staatspräsident Wladimir Putin und sein kasachischer Amtskollege Nursultan Nasarbajew einen Vertrag über die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Anfang 2015 in Kraft trat. Nach der russischen Annexion der Krim (März 2014) und wegen der zunehmend aggressiven Außenpolitik des Kreml bemühte sich Lukaschenka vorübergehend um eine vorsichtige Distanzierung von Moskau. Durch Vermittlungsversuche im Ukraine Konflikt mit Einbeziehung der EU (Minsker Vereinbarungen im Sept. 2014 und Febr. 2015) versuchte Belarus, seine Außenpolitik neu auszurichten. Außerdem wurden einige Oppositionelle aus der Haft entlassen, womit der Weg für die Aufhebung der EU-Sanktionen geebnet wurde (2016 umgesetzt).

### Politische Lage

In seiner fünften Amtsperiode ab 2015 geriet Lukaschenka durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung und die anhaltende Unzufriedenheit der Bevölkerung unter Druck. Zudem drängte Russland Belarus zu einer engeren Integration im Rahmen einer Russisch-Belarussischen Union; dabei stellten die Preise für russische Öl- und Gaslieferungen wiederholt ein Druckmittel dar. Ab dem Frühjahr 2020 erwies sich die weltweite COVID-19-Pandemie, die auch in Belarus zu Tausenden Erkrankungen führte, als zusätzliche Belastung für das Land im Jahr der Präsidentschaftswahl.

Im Vorfeld der Wahlen wurde am 4. Juni 2020 Roman Golowtschenko, zuletzt Leiter des Staatskomitees für Rüstungsindustrie, zum neuen Premierminister ernannt. Beobachter nannten für die Umbildung vorrangig wirtschaftliche Gründe und interpretierten diesen Schritt als Abkehr von dem etwas liberaleren wirtschaftspolitischen Kurs von Premierminister Sergej Rumas.



Die angestrebte Wiederwahl von Lukaschenka bei den Präsidentschaftswahlen am 9. August sahen die meisten Beobachter lange als nicht gefährdet an, bis ab Mai 2020 mehrere ernst zu nehmende Mitbewerber, darunter der fr. Diplomat und Unternehmer Walerij Zepkalo (Waler Zapkala) und der langjährige Vorstandsvorsitzende der Belgazprombank Viktor Babariko (Viktar Babaryka), in den Ring traten. Die Verhaftung Babarikos, der in nicht repräsentativen Internet-Umfragen mit einem deutlichen Vorsprung vor Lukaschenka gelegen hatte, wegen Geldwäsche- und Korruptionsvorwürfen sorgte im Juni 2020 für große Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Zepkalo und Babariko wurden schließlich beide nicht zur Wahl zugelassen. Als Hoffnungsträgerin der Opposition galt daraufhin die Bürgerrechtlerin Swetlana Tichanowskaja (Swjatlana Zichanouskaja), die anstelle ihres Ehemanns, des regimekritischen Videobloggers Sergej Tichanowskij, kandidierte, da dieser Ende Mai 2020 unter dem Vorwurf der Vorbereitung eines schwerwiegenden Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung verhaftet worden war.

Tichanowskaja erhielt in der Folge erheblichen Zulauf, die Politisierung der Bevölkerung nahm zu, auch vor dem Hintergrund des als unzulänglich kritisierten Krisenmanagements der Regierung bei der COVID-19-Pandemie. Lukaschenka hatte zunächst auf restriktive Maßnahmen und einen Shutdown der Wirtschaft verzichtet, lange Zeit die Gefährlichkeit des Virus klein geredet und sogar die Militärparade am 9. Mai 2020 abgehalten. Mitte Juli 2020 gab es offiziell über 65.000 Erkrankungen und rd. 500 Todesfälle im Land. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem bisherigen Regime wurde auch durch die Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie geschürt.

Bei der Wahl setzte sich Lukaschenka nach offiziellen Angaben dennoch erneut mit knapp über 80 % der Stimmen durch, Tichanowskaja wurden 10 % der Stimmen zugerechnet. Die Opposition sprach von schwerwiegenden Wahlmanipulationen, lokale Wahlbeobachter wurden nach Medienberichten teils schon im Vorfeld massiv unter Druck gesetzt, ausländische Wahlbeobachter waren nicht vor Ort. Unmittelbar nach Verkündung der ersten Wahlergebnisse kam es - in Minsk und anderen Städten des Landes - zu Protesten und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen oppositionellen Demonstranten und Sicherheitskräften, die brutal gegen die Protestierenden vorgingen. Medien berichteten von Tausenden Festnahmen. Tichanowskaja verließ wenige Tage nach der Wahl das Land und begab sich nach Litauen. Lukaschenka kündigte an, dass er die Proteste niederschlagen werde, und bezeichnete die Protestierenden als vom Ausland kontrollierte „Schafe“. Dessen ungeachtet setzten sich die Proteste fort, es kam zu Streiks in Staatsbetrieben und am 16. und 23. Aug. 2020 versammelten sich jeweils mehr als 100.000 Demonstranten (manche Schätzungen nannten sogar 200.000 Teilnehmer) in Minsk.

Die Staats- und Regierungschefs der EU erklärten am 19. Aug. 2020, dass die EU das Ergebnis der Wahl nicht anerkenne, da der Wahlprozess nicht den internationalen Standards entsprochen habe und weder frei noch fair gewesen sei; Sanktionen gegen Verantwortliche für Wahlmanipulation und Gewalt in Belarus wurden auf den Weg gebracht. Ungeachtet der internationalen Kritik und der inländischen Proteste ernannte Lukaschenka am 19. August eine neue Regierung, die wiederum unter der Leitung von Roman Golowtschenko stand.

Die Opposition gründete einen Koordinierungsrat, der eine Ablösung Lukaschenkas und eine friedliche Machtübergabe organisieren sollte. Lukaschenka erklärte den Rat für illegal und ließ staatsanwaltliche Ermittlungen einleiten. Anfang Sept. 2020 gab die Demokratiebewegung um die Oppositionelle Maria Kolesnikova (Maryja Kalesnikawa) die Gründung einer Partei zur Erneuerung des Landes mit dem Namen Rasam (russ. „Wmestje“) bekannt. Bald darauf wurde über die Verhaftung Kolesnikovas, die auch Mitglied im Präsidium des Koordinierungsrates war, berichtet. Von sieben Präsidiumsmitgliedern war damit nur noch die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch auf freiem Fuß. Trotz Lukaschenkas repressivem Vorgehen setzten sich die Proteste im Land fort.

Das US-Institut Freedom House stufte Belarus 2020 als unfrei und als „konsolidiertes autokratisches Regime“ ein und gab dem Land in seinem Index der globalen Freiheit (Global Freedom Scores) 19 von 100 Punkten (5 für politische Rechte, 14 für bürgerliche Freiheiten) und in seinem Demokratieindex (Democracy Scores) 7 Punkte von 100. Der Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International listete das Land 2019 mit 45 von 100 mögl. Punkten auf Rang 66 von 198 bewerteten Staaten/Territorien.

## **Jüngere Ereignisse**

Die nachfolgenden Meldungen werden bei der nächsten redaktionellen Bearbeitung in den Text integriert.

23.9.2020: Geheime Vereidigung des umstrittenen Staatspräsidenten für weitere Amtszeit - Kritik - Anhaltende MassenprotesteDer umstrittene Staatspräsident von Belarus, Aleksandr Lukaschenka, lässt sich in einem geheimen Staatsakt im Unabhängigkeitspalast für eine weitere Amtszeit vereidigen, obwohl sein angeblicher Wahlsieg im Land und international stark in Zweifel gezogen wird. Am 24.9. spricht der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell Fontelles Lukaschenka im Namen aller 27 Mitgliedstaaten „jegliche demokratische Legitimität“ ab. Am 27.9., dem fünfzigsten Tag der Proteste gegen die Fälschung der Wahl, kommen allein in Minsk erneut über 100.000 Menschen zusammen.

23.5.2021: Zwangsumleitung von innereuropäischer Passagiermaschine durch Belarus - Verhaftung von RegimegegnerDie belarussische Flugaufsicht fordert eine Passagiermaschine der irischen Fluggesellschaft Ryanair, die unterwegs von Griechenland nach Litauen ist, wegen einer (angeblichen) Bombendrohung zur Landung in Minsk auf. Dabei wird die Maschine von einem MiG-29-Abfangjäger begleitet. Der an Bord des Passagierflugzeugs befindliche belarussische Regimekritiker Roman Protassewitsch, der im Exil in Litauen lebt, und dessen russische Freundin Sofia Sapega werden festgenommen. Die übrigen Passagieren können danach weiterfliegen. EU-Ratspräsident Charles Michel spricht von einem „internationalen Skandal“. Westliche Fluglinien kündigen an, den belarussischen Luftraum künftig zu umfliegen. Litauen verbietet den Flugverkehr mit und über Belarus und ruft seine Staatsbürger dazu auf, das Land zu verlassen. Am 24.5. einigen sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf ein Flug- und Landeverbot für belarussische Flugzeuge in der EU. Die bestehende Sanktionsliste gegen Unternehmen sowie Personen aus Belarus soll erweitert werden. Gefordert wird die sofortige Freilassung Protassewitschs und Sapegas sowie eine internationale Untersuchung des Vorfalls. Protassewitsch wird in der Haft offenbar schwer misshandelt und am 24.5. in einem Video

vorgeführt, in dem er angibt, korrekt behandelt zu werden. Außerdem gesteht er, „Massenunruhen“ organisiert zu haben.

24.2.2022: Reaktionen auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine Als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Invasion russischer Streitkräfte in der Ukraine setzt die NATO erstmals ihre Verteidigungspläne für die östliche Flanke in Kraft. Die EU-Staaten einigen sich auf die Grundzüge eines umfassenden Sanktionspakets gegen Russland, das auf die Bereiche Energie, Finanzen und Verkehr zielt. Die Sanktionen richten sich auch persönlich gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin und seinen Außenminister Sergej Lawrow. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sichert in einem Telefonat dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj die volle Solidarität Deutschlands zu. US-Präsident Joe Biden kündigt an, dass die Welt Russland zur Verantwortung ziehen werde. Er sagt der Ukraine zu, internationale Unterstützung zu organisieren und harte Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Weltweit wird der Überfall auf die Ukraine verurteilt und Staats- und Regierungschefs erklären ihre Solidarität. Da die Ukraine kein Mitglied der NATO ist, wird es ein direktes militärisches Eingreifen der Allianz jedoch nicht geben. Die Nachbarländer der Ukraine befürchten eine humanitäre Katastrophe und bereiten sich auf die Ankunft einer großen Zahl von Flüchtlingen vor. Trotz der massiven staatlichen Propaganda kommt es in mehreren russischen Städten zu Protesten gegen den Krieg. Dabei werden bis zum Abend nach Angaben von Bürgerrechtlern etwa 1.700 Menschen festgenommen.

27.2.2022: Umstrittenes Verfassungsreferendum In Belarus wird ein umstrittenes und fragwürdiges Verfassungsreferendum abgehalten, während von dem Land aus russische Truppen in die benachbarte Ukraine einmarschieren. Die Änderungen dienen dazu, die Befugnisse von Machthaber Aleksandr Lukaschenka noch weiter auszubauen und ihm die Macht weiter zu sichern. Nach Medienberichten sollen angeblich 86,6 % für die Änderungen gestimmt haben, 13,4 % dagegen. Die Beteiligung wird mit 78,6 % der registrierten Wahlberechtigten angegeben. Eine internationale oder unabhängige Beobachtung der Abstimmung war nicht möglich.

## **Staatsoberhaupt**

**Staatspräsident** ist Aljaksandr Lukaschenka, erstmals direkt gewählt am 10. Juli 1994 (Stichwahl) mit 81,7 % der Stimmen; im Amt seit 20. Juli 1994; zuletzt am 9. Aug. 2020 für eine sechste fünfjährige Amtszeit wiedergewählt mit offiziell 80,08 % der Stimmen; Wahlbet.: 84,17 %; zul. vereidigt am 6. Nov. 2015.

Auf dem zweiten Platz landete abgeschlagen die Oppositions-Kandidatin Swetlana Tichanowskaja mit 10,09 % vor Anna Kanopazkaja mit 1,68 %, Andrej Dmitrijew mit 1,21 % und Sergej Tscheretschen mit 1,15 %. 4,6 % der Abstimmenden votierten „gegen alle“, 1,19 % der Stimmen war ungültig.

Die EU erkannte das Ergebnis der Wahl 2020 nicht an, da der Wahlprozess nicht den internationalen Standards entsprochen habe und die Wahlen weder frei noch fair gewesen seien.

Quellen: Election commission of the Republic of Belarus; Official Website of the Republic of Belarus ([www.belarus.by](http://www.belarus.by)); OSZE ([www.osce.org](http://www.osce.org))

## Biographische Notiz

Aljaksandr Ryhorawitsch Lukaschenka (russ.: Alexander Lukaschenko),

geb. am 30. Aug. 1954 in Kopys (Rayon Orscha, Woblast Wizebsk); Studium der Geschichte an der Pädagogischen Hochschule von Mahiljou bis 1975; danach Lehrer für Geschichte und Gesellschaftswissenschaft; 1975-1977 und 1980-1982 Politinstrukteur bei der sowjet. Armee; Zweitstudium an der Belarussischen Landwirtschaftshochschule (bis 1985); ab 1977 Komsomol- und Parteiarbeit; seit Anfang der 1980er Jahre leitende Funktionen in Bauunternehmen und Agrarbetrieben, zuletzt Direktor der Sowchose „Haradzez“ im Kreis Schklou; 1990 Wahl in den Obersten Sowjet der Republik Belarus; im Juni 1991 Gründung der Fraktion „Kommunisten für Demokratie“; 1993 Vorsitzender des Ausschusses zur Aufklärung von Korruption; am 10. Juli 1994 (Stichwahl) gegen den amtierenden Premierminister Wjatscheslaw Kebitsch zum Präsidenten gewählt; ließ 1996 per Referendum seine Amtszeit um zwei Jahre verlängern; Wiederwahl am 9. Sept. 2001; setzte per Referendum am 17. Okt. 2004 die Möglichkeit weiterer Amtszeiten durch; am 19. März 2006, am 19. Dez. 2010, am 11. Okt. 2015 und am 9. Aug. 2020 mit offiziell 83,0 %, 79,7 %, 83,5 % bzw. 80,1 % der Stimmen wiedergewählt; geht äußerst repressiv gegen Oppositionelle und Kritiker vor, die z. T. inhaftiert und in Arbeitslager deportiert werden und in mehreren Fällen auch „verschwunden“ sind.

Quelle: u. a. Internetportal des Präsidenten von Belarus (<http://president.gov.by>)

## Parlament

Nationales Zweikammerparlament ist die **Nationalversammlung** (Nazyjanalny Schod) aus **Repräsentantenhaus** (Palata Pradstaunikou) mit 110 für vier Jahre zul. bei vorgezogenen Wahlen am 17. Nov. 2019 (11. Sept. 2016) direkt gewählten Abgeordneten (Mehrheitswahl) und dem **Rat der Republik** (Sawet Respubliki) als Oberhaus mit max. 64 Mitgliedern (Amtszeit vier Jahre), von denen 56 indirekt durch die Regional- und Lokalparlamente gewählt und acht vom Präsidenten ernannt werden; letzte Wahl: 7. Nov. 2019 (25. Aug.-13. Sept. 2016).

Sprecher des Repräsentantenhauses: Wladimir Andrejtschenko; seit 27. Okt. 2008\*

\* wiedergewählt am 18. Okt. 2012, am 11. Okt. 2016 und am 6. Dez. 2019.

Sprecherin des Rates der Republik: Natalia Kotschanowa; seit 6. Dez. 2019

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus nach den Wahlen von 2019 und 2016

|              | 17. Nov. 2019 | 11. Sept. 2016 |
|--------------|---------------|----------------|
| Parteilose * | 89            | 94             |
| KPB          | 11            | 8              |
| RPPS         | 6             | 3              |
| BPP          | 2             | 3              |
| LDP          | 1             | 1              |



## Sitzverteilung im Repräsentantenhaus nach den Wahlen von 2019 und 2016

|                        | 17. Nov. 2019 | 11. Sept. 2016 |
|------------------------|---------------|----------------|
| BAP                    | 1             | -              |
| AHP **                 | -             | 1              |
| Wahlbeteiligung (in %) | 77,4          | 74,7           |

\* Diese Abgeordneten gelten generell als regierungsnah. 2016 fiel ein Sitz an eine parteilose Nicht-Regierungskandidatin; \*\* Oppositionspartei

Die regulären Wahlen ins Repräsentantenhaus sollten bis zum 10. Sept. 2020 stattfinden. Präsident Lukaschenka setzte jedoch im August 2019 die vorgezogenen Parlamentswahlen an, um - so die offizielle Begründung - zeitliche Nähe zu den Präsidentschaftswahlen (August 2020) zu vermeiden.

2016 waren erstmals seit 20 Jahren zwei der Opposition zugerechnete Kandidatinnen in das Repräsentantenhaus eingezogen, ab 2019 waren wieder ausschließlich regierungsnahen Kandidaten im Parlament vertreten. Wie bereits 2000, 2004, 2008, 2012 und 2016 stellte die Mission der OSZE auch 2019 fest, dass die Wahlen ins Repräsentantenhaus nicht den internationalen Standards entsprachen. Über 100 Kandidaten wurden nicht zugelassen. Die OSZE monierte zudem die Missachtung der grundlegenden Freiheiten, stellte fest, dass die belarussischen Gesetze keine demokratischen Wahlen ermöglichen, und betonte, dass die wichtigsten Empfehlungen der OSZE von 2016 nicht umgesetzt worden sind.

BPP = Belarussische Patriotische Partei; KPB = Kommunistische Partei von Belarus; LDP = Liberal-Demokratische Partei; RPPS = Republikanische Partei für Arbeit und Gerechtigkeit; BAP = Belarussische Agrarpartei; AHP = Vereinigte Bürgerpartei

Quellen: Zentrale Wahlkommission; OSCE/ODIHR; Vertretung der Europäischen Union in Belarus;

## Regierung

Kabinetts Mjasnikowitsch (28.12.2010 – 27.12.2014)

1. - 2. Kabinetts Kobjakow (29.12.2014 – 18.8.2018)

Kabinetts Rumas (18.8.2018 – 3.6.2020)

1. Kabinetts Golowtschenko (4.6.2020 – 17.8.2020)

2. Kabinetts Golowtschenko vom 19. Aug. 2020 (zul. verändert. am 5. April 2021)

|                     |                      |
|---------------------|----------------------|
| Premierminister:    | Roman Golowtschenko  |
| Erster Vizepremier: | Nikolaj Snopkow      |
| Vizepremier:        | Anatolij Sivak * (1) |
| Vizepremier:        | Jurij Nasarow        |

|  |                            |
|--|----------------------------|
| Vizepremier:                               | Igor Petrischenko          |
| Vizepremier:                               | Alexander Subbotin         |
| Minister:                                  |                            |
| Äußeres:                                   | Wladimir Makej             |
| Inneres:                                   | Iwan Kubrakow * (2)        |
| Verteidigung:                              | Wiktor Chrenin             |
| Justiz:                                    | Oleg Slischewski           |
| Finanzen:                                  | Jurij Seliwerstow          |
| Wirtschaft:                                | Alexander Tscherwjakow     |
| Industrie:                                 | Petr Parchomtschik         |
| Energie:                                   | Wiktor Karankewitsch       |
| Antimonopolregulierung und Handel:         | Wladimir Koltowitsch       |
| Verkehr und Kommunikation:                 | Alexej Awramenko           |
| Wohnungs- und Kommunalwesen:               | Andrej Chmel               |
| Landwirtschaft und Ernährung:              | Iwan Krupko                |
| Forstwirtschaft:                           | Witalij Droschscha         |
| Architektur und Bauwesen:                  | Ruslan Parchamowitsch      |
| Nachrichtentechnik und „Informatisierung“: | Konstantin Schulgan        |
| Kultur:                                    | Anatolij Markewitsch * (3) |
| Bildung:                                   | Igor Karpenko              |
| Katastrophenschutz:                        | vakant (5)                 |
| Naturressourcen und Umwelt:                | Andrej Chudyk              |
| Arbeit und Sozialschutz:                   | Frau Irina Kostewitsch     |
| Sport und Tourismus:                       | Sergej Kowaltschuk         |
| Gesundheit:                                | Dimitrij Pinewitsch * (4)  |
| Information:                               | Wladimir Pertsow * (6)     |
| Steuern und Abgaben:                       | Sergej Naliwajko           |

Schreibweise der Namen: Transkription aus dem Russischen

\* neu im Amt; Zeitpunkt der Veränderung: (1) 3.9.2020; (2) 29.10.2020; (3) 19.11.2020; (4) 27.11.2020; (5) 27.1.2021; (6) 5.4.2021

Premier und Vizepremiers sind - ebenso wie die Minister für Wirtschaft, Finanzen und Äußeres - Mitglieder im Präsidium des Ministerrats, dem auch noch der Leiter der Präsidialadministration, der Vorsitzende der Notenbank und der Vorsitzende des Komitees für staatl. Kontrolle angehören.

Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl vom 9. Aug. 2020 trat die Regierung Golowtschenko am 17. August zurück. Zwei Tage später wurden der Premier und alle Regierungsmitglieder wieder ernannt.

Die Besetzung der Ressorts für Äußeres, Katastrophenschutz und Justiz ist seit dem Kabinett Mjasnikowitsch (2010-2014) unverändert.

Am 24. Aug. 2020 wurde der bisherige Gesundheitsminister Wladimir Karanik zum Vorsitzenden der Gebietsregierung Hrodna ernannt; seine Aufgaben übernahm amtierend der stellv. Minister Dimitrij Pinewitsch, am 27. Nov. 2020 wurde ihm die volle Verantwortung für das Ministerium übertragen. Am 3. Sept. 2020 wurde Vizepremier Wladimir Kucharew zum Bürgermeister von Minsk ernannt; neuer Vizepremier wurde Anatolij Sivak. Im Okt. und Nov. 2020 wurden die Minister für Inneres sowie Kultur ausgetauscht.

Am 27. Jan. 2021 wurde Katastrophenschutzminister Wladimir Waschtschenko in den Ruhestand verabschiedet. Ein Nachfolger wurde zunächst nicht ernannt. Am 5. April 2021 ersetzte Wladimir Pertsow Informationsminister Igor Luzkij, der in die Präsidialverwaltung wechselte.

Quellen: Ministerrat der Republik Belarus ([www.government.by](http://www.government.by)); Nachrichtenagentur Belta (<http://deu.belta.by>)

## **Biographische Notiz**

Roman Golowtschenko,

geb. am 10. Aug. 1973 in Schodino, Gebiet Minsk; Studium der internationalen Beziehungen in Moskau, Russland (Abschluss 1996); Abschluss an der Verwaltungsakademie Belarus 2003; Mitarbeiter im Sekretariat des Sicherheitsrats 1997-2002; stellv. Abteilungsleiter in der Generalstaatsanwaltschaft 2002-2005; Abteilung für Außenpolitik der Präsidialverwaltung 2005-2006; führende Positionen im Sekretariat des Sicherheitsrats 2006-2009; Gesandter der belarussischen Botschaft in Polen 2009; erster stellv. Leiter des Staatskomitees für Rüstungsindustrie 2009-2013; Botschafter in den VAE 2013-2018; Leiter des Staatskomitees für Rüstungsindustrie 2018-2020; am 4. Juni 2020 und erneut am 19. Aug. 2020 zum Premierminister ernannt.

Quellen u. a.: Ministerrat der Republik Belarus; Nachrichtenagentur Belta; belarusdigest.com

## **Verfassung**

Die erste Verfassung der Republik Belarus wurde am 15. März 1994 verabschiedet und durch das umstrittene Verfassungsreferendum vom 24. Nov. 1996 erweitert, wodurch das Prinzip der Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben und der Präsident mit großen Machtbefugnissen ausgestattet wurde. Präsidialdekrete sind seither den Gesetzen übergeordnet. Das Recht auf Gesetzesinitiative besitzen der Präsident, die Abgeordneten der Nationalversammlung und die Regierung (Ministerrat). Gesetzesentwürfe können auch durch Volksbegehren (mind. 50.000 Unterschriften) in die Repräsentantenkammer eingebracht werden. Der Präsident besitzt Vetorecht gegen Beschlüsse der Nationalversammlung. Ein Referendum – auch über Verfassungsänderungen – kann vom Präsidenten, den beiden Kammern der Nationalversammlung oder durch Vorlage einer Liste mit mindestens 450.000

Unterschriften initiiert werden. Eine Verfassungsänderung bedarf einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern.

Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt und wird für fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. Nach einem umstrittenen Referendum vom 17. Okt. 2004 wurde die Klausel von maximal zwei Amtszeiten für eine Person aufgehoben. Die Abgeordneten der Repräsentantenkammer werden durch allgemeine, geheime und direkte Wahlen (Mehrheitswahlrecht) gewählt. Die Legislaturperiode beträgt vier Jahre. Der Präsident kann die Kammer nach einem Misstrauensvotum gegen die Regierung oder einer zweimaligen Ablehnung des von ihm vorgeschlagenen Premierministers auflösen. Das aktive Wahlalter beträgt 18, das passive 21 Jahre.

Die lokalen Selbstverwaltungskörperschaften besitzen kaum eigene Kompetenzen. Gemäß der „präsidialen Vertikale“ (seit 1994) sind die Vorsitzenden der lokalen Exekutivkomitees den Vorsitzenden der jeweils höheren Ebene bzw. direkt dem Präsidenten unterstellt. Die lokalen Sowjets (Stadt- und Gemeinderäte) können die Vorschläge der Exekutive lediglich bestätigen.

## **Verwaltung**

Belarus gliedert sich in die sechs Verwaltungsgebiete (Woblasty) Minsk, Homel, Wizebsk (Witebsk), Hrodna (Grodno), Mahiljou (Mogiljow) und Brest, die in 118 Kreise (Rayony) und 1.352 Gemeinden (1 Hauptstadt, 114 Städte, 86 Siedlungen städtischen Typs und 1.151 Landgemeinden) unterteilt sind (Stand: 1.1.2020). Minsk-Stadt hat darüber hinaus Sonderstatus mit Rechten wie ein Woblast.

Quelle: Nationales Statistisches Komitee

## **Parteien**

Nachdem 1999 alle Parteien unter verschärften Auflagen neu registriert wurden, waren noch 17 Parteien offiziell zugelassen (früher 28). Im Juni 2020 waren nur noch 15 Parteien registriert. Die meisten Parteien haben eher Clubcharakter, die Mitgliederzahlen liegen bei wenigen Tausend. Nur 21 (2016: 16; 2012: 5) der 110 Mandate in der Nationalversammlung wurden bei den Wahlen am 17. Nov. 2019 an Vertreter der Parteien vergeben. Die Unterstützung der Parteien in der Bevölkerung ist gering und lag bei den Wahlen von 2019 zwischen 10,6 % für die Kommunistische Partei und 0,2 % für die Grünen.

## **Präsidentenlager**

**Kamunistytscheskaja Partyja Belarusi (KPB;** Kommunistische Partei von Belarus): 1996 von der Belarussischen Partei der Kommunisten (PKB) abgespalten;

**Belaruskaja Patryjatytschnaja Partyja (BPR;** Belarussische Patriotische Partei): gegr. 1996 von Anhängern Lukaschenkas; enge Kontakte zur orthodoxen Kirche, zu ehemaligen Militärs und weißrussischen Kosaken; politischer Partner ist die KPB;

**Respublikanskaja Partyja Pratsy i Spravjadivasti (RPPS;** Republikanische Partei für Arbeit und Gerechtigkeit): gegr. 1993; sozialistisch; für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftl. Wohlstand; für die Anerkennung von Abchasien und Südossetien;

**Liberalna-Demokratytschnaja Partyja (LDP;** Liberal-Demokratische Partei): gegr. 1994 auf der Basis der belarussischen Organisation der russischen Schirinowski-Partei LDPR, mit der sie enge Kontakte pflegt; mit angeblich 47.000 Mitgl. (2019) größte Partei; rechtspopulistisch; als Partner gelten der franz. Front National und die österreichische FPÖ; tritt für die Union zwischen Russland und Belarus, die Einführung des russischen Rubels sowie für die Anerkennung von Abchasien und Südossetien ein;

**Belaja Rus:** 2007 zur Unterstützung von Lukaschenka gegr. politische Vereinigung (keine Partei); hatte 2019 nach eigenen Angaben rd. 180.000 Mitglieder

### Opposition

**Abjadnanaja Hramadsjanskaja Partyja (AHP;** Vereinigte Bürgerpartei): gegr. im Okt. 1995 aus Bürgerpartei und Vereinigter Demokratischer Partei von Belarus; liberal-konservativ; für marktwirtschaftliche Reformen, wichtigste Werte: Freiheit, Privateigentum, Menschenrechte; Beobachterstatus bei der EVP;

**Belaruskaja Partyja „Sjalonyja“** (Belarussische Partei der Grünen): gegr. 1994, ursprünglicher Name „Grüne Welt“; Ökopartei; assoziiertes Mitglied bei den Europäischen Grünen;

**Belaruskaja Partyja Abjadnanyx Levych „Spravjadlivy Svet“** (Belarussische Partei der Linken „Gerechte Welt“): gegr. im Dez. 1991 als Belarussische Partei der Kommunisten (BKP) als Nachfolgerin der zuvor verbotenen Kommunistischen Partei Weißrusslands (KPB); nach Wiedezulassung der KPB 1993 Vereinigung zur Belarussischen Partei der Kommunisten (PKB); 1996 Abspaltung der präsidentenfreundlichen KPB (s. o.); ab 2009 unter neuem Namen; Mitglied der Europäischen Linken (EL);

Ideologisch nahe zur KPB: Beide Parteien treten für die Wiederherstellung der Sowjetmacht und eine „klassenlose“ Gesellschaft ein; der Mitte 2006 von der KPB initiierte Zusammenschluss scheiterte.

**Belaruskaja Satsyal-Demokratytschnaja Partyja (Hramada) (BSDP;** Belarussische Sozialdemokratische Partei [Volksversammlung]): entstanden 2005 aus der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei „Narodnaja Hramada“ (BSDP[NH])\*; für parlamentarische Republik, soziale Marktwirtschaft, Stärkung der belarussischen Sprache, sucht Unterstützung durch westeuropäische Sozialdemokratie;

\* Die BSDP (NH) wiederum war 1996 aus dem Zusammenschluss der Belarussischen Sozialdemokratischen Hramada (gegr. 1991) und der Partei für Volkseinheit (gegr. 1992) hervorgegangen.

**Partyja BNF:** gegr. 1988 als Bewegung, 1993 als Partei; liberal-konservativ; 1999 erfolgte die Abspaltung der Konservativen Christlichen Partei (KCP) aus Protest gegen die Abwahl des Parteigründers Sjanon Pasnjaks; wichtigste Ziele beider Parteien: Erhalt der Unabhängigkeit, Förderung der belarussischen Sprache und Kultur, NATO-Beitritt, engere Anbindung an die EU, Zusammenarbeit mit baltischen Staaten, Polen und der Ukraine.

## Verbände

Die größte **Gewerkschaftsorganisation** ist die Belarussische Föderation der Gewerkschaften (FPB) mit 15 Branchengewerkschaften und insges. rd. 4 Mio. Mitgliedern (96 % aller Beschäftigten).

Bis 2002, als der ehemalige Vizechef der Präsidialverwaltung, Leonid Kosik, zum Vorsitzenden gewählt wurde, verfolgte die 1990 gegründete FPB einen Konfrontationskurs gegen die Regierungspolitik; seither agierte der Verband regierungsfreundlich. Der im Okt. 2014 gewählte neue Vorsitzende Michail Orda gilt als präsidientreu und antiwestlich.

Der Belarussische Kongress der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP; 9.000 Mitgl.) wurde 1993 gegründet. Mitglieder: Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (BNP, 2017: 6.000), Freie Belarussische Gewerkschaft (SPB) sowie zwei Branchengewerkschaften der Metallarbeiter und der Elektronik-Industrie.

Wichtigster **Arbeitgeberverband** ist der Belarussische Unternehmerverband (gegr. 1991) mit mehr als 16.000 assoziierten Mitgliedern. Er ist Mitglied bei der Belarussischen Konföderation der Industriellen und Unternehmer (BKPP). Die Industrie- und Handelskammer von Belarus (BELCCI) hatte 2020 über 2.400 Mitglieder.

## Justiz und Sicherheit

Die Justiz ist laut Verfassung unabhängig, de facto aber weitgehend von der Exekutive abhängig. Das Verfassungsgericht besteht aus zwölf Richtern, die je zur Hälfte vom Präsidenten und vom Rat der Republik für elf Jahre ernannt werden (wiederholte Ernennung möglich). Die Neufassung des Zivilgesetzbuches ist seit 1999, des Strafgesetzbuches seit 2001 in Kraft. Höchste Instanz ist der Oberste Gerichtshof. In Belarus wird als einzigem europäischen Land die Todesstrafe praktiziert. Laut amnesty international wurden 2019 mindestens drei Todesurteile vollstreckt, 2020 wurden bis Juni drei Todesurteile verhängt. Stark eingeschränkt sind die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Es wird über Folterung von Gefangenen berichtet.

## Militär

Im April 1993 beschloss der Oberste Sowjet von Belarus den Beitritt zum GUS-Vertrag über kollektive Sicherheit. Wichtig sind die Verträge über die militärische Kooperation mit Russland von 1995, durch die Russland für 25 Jahre Nutzungsrechte für die Radaranlage bei Baranawitschy (Woblast Brest) und das Marinekommunikationszentrum bei Wilejka (Woblast Minsk) erhielt. Der ab 2016 geplante Aufbau eines Stützpunkts für die russische Luftwaffe bei Bobrujsk wurde nicht realisiert. Im Sept. 2017 fand in Belarus



ein großes gemeinsames strategisches Militärmanöver der russischen und belarussischen Streitkräfte statt, das als Machtdemonstration Russlands bewertet wurde. Im Januar 1995 trat das Land dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bei, nach einer inaktiven Phase gibt es seit 2004 ein kleines individuelles Programm.

Nach der Auflösung der Sowjetunion verzichtete Belarus auf die stationierten Nuklearwaffen und stimmte deren Verlagerung nach Russland zu. Das START-1-Abkommen wurde am 3. Febr. 1993 ratifiziert. Ende 1996 wurden die letzten SS-25-Raketen abgezogen.

Die jüngste belarussische Militärdoktrin vom Juli 2016 sieht „hybride Methoden“ und „farbige Revolutionen“ als Herausforderungen für die Sicherheit.

**Wehrverfassung:** Die Wehrpflicht dauert zwölf bis achtzehn Monate; Zivildienst ist seit 1. Juli 2016 wegen begründeter religiöser Überzeugungen möglich. Die Gesamtstärke der Streitkräfte lag 2019 laut belarussischen Angaben bei rd. 65.000 (50.000 Soldaten, 15.000 Zivilpersonal). Laut IISS gab es 2020 45.350 Aktive, hinzu kamen ca. 289.500 Reservisten mit absolviertem Wehrdienst innerhalb der letzten 5 Jahre. 2019 wurde die Wehrpflicht verschärft (u. a. ist nun kaum noch Aufschub für ein Studium möglich).

2015 wurde als Reaktion auf die Ukraine-Krise das Gesetz „Über die Verteidigung“ novelliert, es wurde u. a. der Begriff „territoriale Verteidigung“ eingeführt.

**Wehrhaushalt:** Für 2020 wurden im Verteidigungshaushalt rund 1,23 Mrd. BYN bzw. 549 Mio. US\$ eingeplant. 2019 wurden 1,24 Mrd. BYN bzw. 590 Mio. US\$ oder knapp 1 % des BIP aufgewendet. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat Belarus 2019 Waffen im Wert von 115 Mio. US\$ exportiert; für 2015-2019 lag Belarus mit Waffenexporten für 504 Mio. US\$ auf dem 20. Rang der größten Waffenexporteure. Der Hauptabnehmer war Vietnam.

Seit Beginn des Syrien-Krieges vermuteten westliche Experten, dass Belarus Waffen an das Assad-Regime lieferte.

Quellen: u. a. SIPRI; IISS; Verteidigungsministerium von Belarus

Heer 10.700 Personen, gegliedert in zwei Operativkommandos (West und Nordwest), u. a. 2 Artilleriebrigaden, 4 mechanisierte Brigaden; Ausrüstung: u. a. 532 Kampfpanzer (u. a. 517 T-72B), 932 Schützenpanzer, 58 gepanzerte Mannschaftswagen, 583 Artilleriegeschütze, 160 Panzerabwehrraketen;

Luftwaffe 11.750 Personen (inkl. Luftabwehr); Ausrüstung: u. a. 70 einsatzfähige Kampfflugzeuge (u. a. 34 MiG-29, 22 Su-25), 17 Transportflugzeuge (inkl. 9 zivile IL-76 im Bedarfsfall), 4 Kampfhubschrauber, 26 Transporthubschrauber, Boden-Luft-Raketen S-300 (SA-10) sowie Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen;

Paramilitärische Verbände Dem Innenministerium unterstehen insgesamt 110.000 Mann (Grenzschutz 12.000, Interne Truppen 11.000, Miliz 87.000).

**Speziale Einsatzkräfte** 5.900 Personen; 1 Brigade, 2 mechanisierte Brigaden;

**Vereinte Kräfte** (unter zentraler Kontrolle sowie Personal des Verteidigungsministeriums) 17.000 Personen; Ausrüstung: u. a. 96 Boden-Boden-Raketen (60 Scud).

Auslandseinsätze Weißrussische Beobachter sind im Rahmen der OSZE-Mission in der Ukraine (5) sowie der UNIFIL im Libanon (5) im Einsatz.

Quellen: IISS, The Military Balance 2020; SIPRI; OSZE; UN Peacekeeping

## **Massenmedien und Kommunikation**

Belarus gehört zu den Ländern, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit besonders stark unterdrückt wird. Im World Press Freedom Index 2020 von Reporter ohne Grenzen lag Belarus unverändert auf Platz 153 (von 180). Es gibt keine unabhängigen Radio- und Fernsehsender, die meisten Zeitungen werden vom Staat kontrolliert.

Presse Nach offiziellen Angaben waren in Belarus im Juni 2020 rund 720 Zeitungen sowie 860 Zeitschriften registriert.

Auflagenstärkste Zeitung ist SB.Belarus Segodnja (früher „Sowetskaja Belorussija“, Aufl. 190.000; 5-mal wöchtl.), deren Herausgeber die Präsidialadministration ist. Zum Verlagshaus Belarus Segodnja gehört ebenfalls die Staatszeitung Respublika (vom Ministerkabinett). Eine bedeutende Rolle spielen auch die Ableger der russischen Zeitungen „Komsomolskaja prawda w Belarusi“ und „Argumenty i fakty w Belarusi“. Zu den oppositionellen Zeitungen gehören die älteste belarussische Zeitung Nascha Niwa (in Belarussisch; seit Mitte 2018 nur noch im Internet, <https://nn.by>) und Narodnaja Wolja (Volkswille; 27.700; 2-mal wöchtl., [www.nv-online.info](http://www.nv-online.info)). Beide wurden im Nov. 2008 nach dreijähriger Unterbrechung wieder zum staatlichen Druck- und Vertriebssystem zugelassen.

Vor den Parlamentswahlen und dem Referendum wurden im Okt. 2004 neun unabhängige Zeitungen geschlossen. Am 16. Okt. 2004 wurde die Journalistin Vieranika Tscharkasawa ermordet, am 14. Dez. 2005 starb der Journalist Wassil Hrodnikau; die Behörden verweigerten eine unabhängige Aufklärung der Morde, die unter dem Verdacht stehen, politisch motiviert zu sein. Am 3. Sept. 2010 wurde der Mitbegründer und Chefredakteur des oppositionellen Internet-Portals Charta'97 Oleg Bjabenin tot aufgefunden; die offizielle Version (Selbstmord) wurde von vielen Oppositionellen angezweifelt. Im Mai 2020 wurden vier Journalisten von Belsat TV und BelaPAN wegen der „Teilnahme an einer illegalen Demonstration“ zu mehrwöchigen Haftstrafen verurteilt, nachdem sie über eine Kundgebung für den verhafteten Blogger und Regierungskritiker Sergej Tichanowskij berichtet hatten.

Das **Internet** bietet (wenn auch mit großen Einschränkungen) die einzige Möglichkeit für unabhängige Berichterstattung wie Informationen der Opposition (z. B. [www.charter97.org](http://www.charter97.org)). Die unabhängige

Webseite Belaruskij Partisan wurde im Dez. 2017 vom Informationsministerium wegen Veröffentlichung „verbotener Informationen“ blockiert, konnte jedoch ihre Arbeit nach Änderung des Domain-Namens wenig später wieder aufnehmen (<https://belaruspartisan.by>). Populär ist auch das Informationsportal TUT.BY (<http://tut.by>). Einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen sich mittlerweile Blogger wie NEXTA (Stsiapan Putsila), der mehrere Channel in den sozialen Netzwerken betreibt, u. a. auf YouTube mit über 400.000 Abonnenten ([https://www.youtube.com/nexta\\_tv](https://www.youtube.com/nexta_tv)).

Offizielle **Nachrichtenagentur** ist BELTA mit Sitz in Minsk, eine wichtige unabhängige kommerzielle Nachrichtenagentur ist BelaPAN.

RundfunkDie Staatliche belarussische Fernseh- und Radio-Gesellschaft (BTRK) betreibt sechs nationale **Fernsehkanaäle**: Erster Kanal Belarus-1, Unterhaltungssender Belarus-2, digitaler Kultursender Belarus-3, Regionalsender Belarus-4 mit jeweils eigenem Programm für fünf Regionen, Sportsender Belarus-5, der internationale Kanal Belarus-24 (bis 2014 Belarus-TV). Dazu kommt NTV-Belarus, ein Ableger des russischen Senders NTV. 2002 ging die Fernsehstation ONT (Obschenationalnoje Televidenie) auf Sendung, an der der Staat mit 51 % beteiligt ist. Seit 2007 sendet der unabhängige Sender Belsat seine Programme von Polen aus. Der staatliche **Hörfunk** sendet fünf Programme und dominiert den Markt sowohl nach Reichweite als auch nach Beliebtheit. Im FM-Bereich operieren auch unabhängige Sender, die meistens Musik- und Unterhaltungsprogramme senden.

Quelle: u. a. <http://www.tvr.by/>

KommunikationDas **Telefonnetz** ist mit 4,3 Mio. Anschlüssen (2019) relativ gut ausgebaut. Festnetz-Monopolist ist die staatliche Beltelekom. Anfang 2020 gab es 11,7 Mio. Mobilfunkkunden. Das russisch-weißrussische Joint Venture MTS, an dem der größte russische Mobilfunkbetreiber MTS mit 49 % beteiligt ist, ist mit 5,6 Mio. Kunden der größte Betreiber, gefolgt von A1 (bis 2019 Velcom, Telekom Austria Group, 4,9 Mio.) und Life (Turkcell, 1,5 Mio.).

Die Gesamtzahl der **Internet-Nutzer** (auch Firmenanschlüsse) betrug Anfang 2019 7,0 Mio. (+4,5 % ggü. Vorjahr), 3,8 Mio. Personen nutzten aktiv soziale Medien.

Quellen: Belstat, Mobilfunkbetreiber; International Telekommunikation Union

## Literatur zur Politik

- Frear, Matthew Belarus under Lukashenka. Adaptive Authoritarianism. London: 2018
- Geier, Wolfgang Das politische System von Belarus. Münster: 2013
- Leppert, Manuel Akzeptierte Diktatur? Marburg: 2008
- Maćków, Jerzy Erpressung und Bestechung: Das Rusländische Imperium und Belarus. In: Osteuropa 3-4. Berlin: 2017
- Papko, Aljaksandr In der Wagenburg. Die jüngsten Veränderungen in der Medienpolitik in Belarus. In: Belarus-Analysen, Nr. 39. Bremen: 2018

Preiherman, Belarus und der Westen: Zeit für einen qualitativen Sprung nach vorn? In: Belarus-Yauheni Analysen, Nr. 35. Bremen: 2017  
Wilson, Andrew Belarus: The Last European Dictatorship. Yale University Press: 2012

Bearbeitung: Juri Durkot

Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch 15.09.2020; zuletzt aktualisiert 27.02.2022  
Alle Rechte vorbehalten. © Munzinger-Archiv GmbH, Ravensburg

Quellenangabe: Eintrag "Belarus - Politik" in Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch,  
URL: <http://www.munzinger.de/document/03000BUS020> (abgerufen von Stadtbibliothek Aachen am 27.4.2022)

# Längst überfälliger Volltreffer

Samstag 18. Dezember 2021

Copyright 2021 Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA) Alle Rechte vorbehalten

**AN**

Aachener Nachrichten

**Section:** BLICKPUNKT; kommentar zur karlspreis-vergabe; S. 2

**Length:** 604 words

## Body

---

Die Verleihung des Karlspreises an die drei belarussischen Oppositionspolitikerinnen ist ein längst überfälliger Volltreffer. Endlich werden die Verantwortlichen dem Anspruch dieser Auszeichnung gerecht, die Helmut Kohl einst die bedeutendste Europas nannte. Die Entscheidung für Maria Kolesnikowa, Swetlana Tichanowskaja und Veronika Tsepkalo ist aus zwei Gründen überaus angemessen. Zum einen, weil sie dem belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko zu verstehen gibt, dass die demokratischen, mutigen Stimmen der Opposition in seinem Land von der Europäischen Union gehört werden. Zum anderen, weil es sich einmal nicht um ausgesuchte Politprominenz handelt, die damit in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt wird.

### Keine großen Namen

Es sind keine unbekanntenen, aber eben auch keine großen Namen, die ohnehin täglich in den Medien erscheinen. Keine Persönlichkeiten, die qua Amt Einfluss auf die Geschehnisse in der Europäischen Union haben - wie Angela Merkel (Preisträgerin 2008) und Emmanuel Macron (2018). Oder auch solche, bei deren Auszeichnung schon die Frage gestellt werden muss, warum sie eigentlich einen Preis dafür bekommen, dass sie eine hohe Funktion innerhalb der EU bekleiden oder salopp gesagt »einfach ihren Job machen« - so etwa der Preisträger 2014, Herman van Rompuy, der von 2009 bis 2014 Präsident des Europäischen Rates war.

Die Trägerinnen des Karlspreises 2022 können die zumindest symbolische Unterstützung brauchen, die von solch einem Preis ausgeht. Tichanowskaja und Tsepkalo leben im Exil, Kolesnikowa wurde auf offener Straße verschleppt und sitzt im Gefängnis. Alle drei müssen um ihr Leben fürchten

Lukaschenko ist bei der Verfolgung seiner politischen Gegner und Gegnerinnen skrupellos. Das hat er gezeigt, als er Ende Mai dieses Jahres unter Einsatz eines Kampfjets eine von Griechenland nach Litauen fliegende Ryan-Air-Maschine zur Landung in Minsk zwang, um den oppositionellen Blogger Roman Protasewitsch und seine Partnerin Sofia Sapega von Bord zu holen und zu verhaften. Ein beispielloser Akt. Amnesty International hofft, dass die beiden mit der inzwischen erfolgten Überstellung in den Hausarrest zumindest der Folter entgehen. Vieles deutet darauf hin, dass Protasewitsch in der Untersuchungshaft gefoltert wurde. Und er dürfte nicht der einzige Kritiker des Diktators sein, dem das widerfahren ist oder noch widerfährt. Stärker im öffentlichen Bewusstsein steht, dass Lukaschenko seit Monaten die Europäische Union unter Druck setzt, indem er Flüchtlinge an die EU-Grenze bringt. Diese warten dort unter erbärmlichen Umständen und meist vergebens auf ein Asylverfahren in der Europäischen Union. Lukaschenko, wohl vor allem so selbstbewusst, weil er Russlands Machthaber Wladimir Putin hinter sich weiß, fordert die Rücknahme aller Sanktionen gegen sein Land.

Die künftigen Karlspreisträgerinnen fordern hingegen, genau diese zu verschärfen. Tichanowskaja, deren Mann Sergej in dieser Woche in Belarus zu 18 Jahren Haft verurteilt worden ist, hat konkrete Vorschläge, wie der Diktator

empfindlich getroffen werden kann: Zu den bislang 166 Personen, die aus Lukaschenkos Umfeld auf der Sanktionsliste der EU stehen, sollten Tausende hinzukommen. Zudem fordert sie, alle westlichen Konten der Regierung einzufrieren.

Doch bislang sind es vor allem Worte statt Taten, die Brüssel Richtung Belarus sendet. Ob der Grund für das Zaudern sein könnte, dass das Handelsvolumen zwischen dem Land und der EU trotz allem weiter wächst? Möglich. Es wäre ein Schlag in die Gesichter solch mutiger Frauen wie der drei Karls-preisträgerinnen 2022.

c.merkelbach@medienhausaaachen.de

**Load-Date:** December 18, 2021

---

End of Document



# »Mutige Entscheidung für mutige Frauen«; Karlspreisverleihung an Oppositionelle aus Belarus stößt zuweilen auf Überraschung, aber auch auf einhellige Anerkennung.

Samstag 18. Dezember 2021

Copyright 2021 Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA) Alle Rechte vorbehalten

## AN Aachener Nachrichten

Section: LOKALES; S. 13

Length: 832 words

### Body

---

Aachen Die Entscheidung fiel zügig und einstimmig. Aber wie nimmt man mit Menschen Kontakt auf, die in Haft sind oder im Exil leben? Wie sind Maria Kolesnikowa, Swetlana Tichanowskaja und Veronika Tsepkalo zu erreichen? Mal eben zum Telefonhörer greifen, eine Mail schreiben? Ganz so einfach war es nicht, den belarussischen Oppositionspolitikerinnen den Karlspreis anzutragen. Dalia Grybauskaite war dann letztlich die Türöffnerin.

Die litauische Staatspräsidentin, Karlspreisträgerin des Jahres 2013, kam dem Karlspreisdirektorium zu Hilfe, berichtete Direktoriumssprecher Jürgen Linden am Freitag. Bereits bei der auf den 2. Oktober verschobenen Karlspreisverleihung an den rumänischen Staatspräsidenten Klaus Iohannis hatte Linden mit Grybauskaite darüber gesprochen. Zu dem Zeitpunkt war es schon sehr konkret, dass die drei Frauen die potenziellen Trägerinnen des Karlspreises 2022 sein sollten.

»Wir bekamen so Kontakt zu Unterstützungskomitees in Litauen«, berichtete Linden. Die wiederum konnten mit Kontaktdaten aushelfen. Einerseits zu Swetlana Tichanowskaja und Veronika Tsepkalo, die derzeit im Exil leben, andererseits zur Schwester der inhaftierten Maria Kolesnikowa. Die wiederum konnte die Verhaftete offensichtlich per Whatsapp erreichen.

Nun scheint es nicht so zu sein, dass der Karlspreis und seine Bedeutung per se eine große Nummer in Belarus ist. Laut Linden hätten die Frauen und ihre Kontaktpersonen erst einmal gegoogelt - und sich dann begeistert und geehrt gezeigt.

Im Fall von Swetlana Tichanowskaja war die Kontaktaufnahme auch aus einem anderen Grund problematisch. Die Familie erfuhr just zu dem Zeitpunkt, als die Rückrufbitten aus Aachen ankamen, dass Tichanowskajas Ehemann wenige Tage später zu langer Haft verurteilt werden sollte. Natürlich, so Linden, sei das eine extreme Stresssituation gewesen. Und verständlich war auch, dass es eben dauerte, bis man sich in Aachen beim Direktorium meldete.

»Ein hervorragendes Signal«

Durchweg positive Stimmen ertete die Entscheidung des Direktoriums am Freitag auch in Aachen. Ingeborg Heck-Böckler, Beauftragte für Flüchtlingsschutz bei Amnesty International Aachen, bezeichnet sie als »hervorragendes« Signal. »Bei den Preisträgerinnen handelt es sich um drei wirklich mutige Frauen, die sich mit großem Engagement für die Menschenrechte einsetzen, obwohl sie wissen, welche Konsequenzen ihnen persönlich und ihren Familien in ihrer Heimat drohen. Es ist großartig, dass ihr gemeinsamer Kampf mit der Karlspreisverleihung einmal mehr in den Blick der Öffentlichkeit gerückt wird.«

»Wir sind begeistert über die ausgezeichnete Wahl«, betonte auch Lea Heuser, Sprecherin des Vereins Aachener Friedenspreis. »Wir gratulieren den neuen Preisträgerinnen und auch dem Karlspreis-Direktorium zu seiner Entscheidung«, sagte sie. »Wir freuen uns sehr, zumal hier drei Menschen geehrt werden, die sich couragiert und ‚von unten‘ her gegen politische Willkür und Gewalt einsetzen, was ja auch bei der Verleihung des Friedenspreises immer im Vordergrund gestanden hat. Wir verstehen die Auszeichnung als Aufruf, solidarisch mit den Bürgerrechtlerinnen für Frieden und Freiheit zu kämpfen.«

Von einer starken politischen Entscheidung sprechen die Grünen. Parteisprecherin Astrid Vogelheim hob in einer ersten Stellungnahme auch hervor, wie sehr es sie freue, dass der Karlspreis »nach neun männlichen Jahren« nun an drei Frauen verliehen wird, »die sich mit ihrer ganzen Existenz für Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einsetzen«. Richtig und wichtig sei es auch, dass das Direktorium die Bekanntgabe dieser »würdigen Karlspreisträgerinnen« mit einem Appell zur Freilassung von Maria Kolesnikowa und der vielen anderen politischen Gefangenen verbindet, die in Belarus ungerechtfertigt inhaftiert seien. »Diese Werte sind für Europa elementar.«

### Drei sehr mutige Frauen

Schwer überrascht und zugleich begeistert äußerte sich die Aachener SPD-Bundestagsabgeordnete Ye-One Rhie. »Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich nicht gedacht hätte, dass das Karlspreis-Direktorium so mutig ist«, erklärte sie.

»Ich finde es großartig, dass damit der Blick auf drei sehr mutige Frauen gerichtet wird, die sich für Frieden und Freiheit in Belarus einsetzen.« Rhie hofft nun, dass der Karlspreis »mit seiner Strahlkraft« dazu beitragen kann, dass sich mehr Politikerinnen und Politiker mit der Situation in Belarus befassen.

Die Preisverleihung rege sicher auch viele Bürger an, sich mit dem besonderen und wichtigen Engagement dieser Frauen zu befassen.

Von einer »guten und mutigen Entscheidung« des Direktoriums spricht auch der Aachener CDU-Vorsitzende Holger Brantin. »Ich war wirklich hoch erfreut, als ich es erfahren habe«, sagte er. Die Entscheidung sei »ein gutes Zeichen der Solidarität mit drei mutigen Frauen und ein Zeichen, dass der Wertekanon der Europäischen Union nicht an den EU-Grenzen aufhört.« Das Direktorium zeige damit auch, dass der Karlspreis »immer noch hochaktuell ist«.??(alp/gei/mh)

**Load-Date:** December 18, 2021

# Was ist daran mutig?

Montag 20. Dezember 2021

Copyright 2021 Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA) Alle Rechte Vorbehalten

## **AN** Aachener Nachrichten

**Section:** LOKALES; S. 18

**Length:** 366 words

### **Body**

---

Josef Thieken kommentiert die ersten Reaktionen auf die Karlspreisträgerinnen 2022:

Unter der Überschrift »Mutige Entscheidung für mutige Frauen« berichten Sie von der Entscheidung, den nächsten Karlspreis an oppositionelle Frauen aus Belarus zu verleihen. Die neuen Karlspreisträgerinnen mögen ja in der Tat mutige Frauen sein, deren Einsatz man honorieren kann. Aber was bitte soll an dieser Entscheidung »mutig« sein? Diese Frauen werden von zahlreichen einflussreichen Persönlichkeiten und Organisationen in Europa unterstützt und gefördert, von Außenminister\*innen, von Staatspräsident\*innen, von den Organen und den Spitzen der EU. Was ist da bitte mutig, diesen Frauen auch noch den Karlspreis zu verleihen? Mutig wäre es gewesen, den Karlspreis zum Beispiel an die Organisation ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, zu verleihen, die sich für Abrüstung und für den Abbau von Atomwaffen einsetzt. Mutig wäre es zum Beispiel auch gewesen, den Preis an das Deutsch-Russische Forum zu verleihen. Dann hätte der Vorsitzende dieser Organisation, Matthias Platzeck (SPD), Parteigenosse von Jürgen Linden und Ye-One Rhie, oder der Ehrenvorsitzende dieser Organisation, der Botschafter a.D. Meyer-Landrut (ja, der Opa von der Lena) im Aachener Rathaus eine Verbesserung der Beziehungen der EU und Deutschlands zu Russland anmahnen können und für eine Politik des Ausgleichs, der Verständigung und der Entspannung werben können. Aber der Karlspreis ist ja kein Friedenspreis - und Willy Brandt hat zwar für seine Entspannungspolitik den Friedensnobelpreis bekommen, aber den Karlspreis bezeichnenderweise nicht. Und richtig mutig wäre es gewesen, wenn der Karlspreis an Julian Assange vergeben worden wäre.

Leonie Afflerbach meint:

Die Entscheidung des Karlspreisdirektoriums, den nächsten Preis an die drei prominenten Vertreterinnen aus Belarus zu vergeben, ist eine große Freude und macht mich nach langer Zeit wieder stolz auf unsere Stadt. Die Einhelligkeit, mit der diese Wahl begrüßt wird, ist ermutigend und reicht hoffentlich als starkes Zeichen weit über den Tag hinaus. Dank auch an Sibylle Keupen für ihre sicherlich unterstützende Haltung.

**Load-Date:** December 20, 2021

# Der Aachener Karlspreis will diesmal politisch aktiv werden; Der Ukraine-Krieg hat auch Auswirkungen auf den Karlspreis, der im Mai an drei belarussischen Bürgerrechtlerinnen geht. Interview mit Jürgen Linden.

Freitag 25. Februar 2022

Copyright 2022 Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA) Alle Rechte vorbehalten

## **AN** Aachener Nachrichten

**Section:** LOKALES; S. 18

**Length:** 601 words

### **Body**

---

Von Bernd Büttgens

Aachen In der vorigen Woche hat eine Karlspreis-Delegation bei der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) Swetlana Tichanowskaja getroffen. Sie wird im Mai gemeinsam mit den beiden anderen belarussischen Bürgerrechtlerinnen Veronica Tsepka und Maria Kalesnikava in Aachen für ihren unerschrockenen Kampf gegen das autoritäre und brutale Lukaschenko-Regime ausgezeichnet. Durch die Kriegslage in der Ukraine mit Luftangriffen, die von belarussischem Boden aus gestartet werden, erhält der Karlspreis 2022 eine brisante aktuelle politische Bedeutung.

Der Vorsitzende des Karlspreisdirektoriums, Jürgen Linden, der mit der Aachener Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen und dem Vorstandssprecher der Karlspreisstiftung, Thomas Prefi, in München war, spricht davon, dass die Karlspreisverleihung und das Rahmenprogramm dieses Jahres neu geplant werden müssen.

Herr Linden, wie ist die Reaktion des Karlspreis-Direktoriums auf die russischen Angriffe auf die Ukraine?

Linden: Es ist Krieg. Und dieser Krieg ist entsetzlich, natürlich in erster Linie für die augenblicklich betroffene Bevölkerung. Aber es reicht noch weit darüber hinaus. Dieser Krieg bedroht auch die Europäische Union. Es ist ein Ziel Putins, unsere Gemeinschaft zu destabilisieren. Wir werden im Wirtschaftlichen, wir werden im Sozialen - Stichwort Flüchtlinge - betroffen und gefordert sein. Es zeichnet sich eine Lage ab, wie sie seit 1945 nicht wieder existiert hat.

Welche Reaktionen sollten darauf von der EU und aus dem Westen erfolgen?

Linden: Ich finde es gut, dass die Europäische Union und insgesamt der Westen stabil zusammenstehen und gemeinsame Stärke zeigen. Ich finde aber auch, dass wir geopolitisch gesehen durchaus Schwächen haben, die Putin offenlegt. Wir haben immer, wenn wir über die internationale Politik sprechen, die Verteidigungspolitik und die militärische Komponente ausgeklammert, auch wir im Karlspreis. Wir müssen aber, zumindest mit dem Blick auf unsere eigene Verteidigung, darüber intensiver sprechen. Ich hoffe, dass jetzt der Westen und die EU das größte Sanktionspaket herausholen, das Russland treffen muss - selbst wenn das auch für uns Folgen haben wird. Da sind wir solidarisch.

Der Karlspreis richtet mit der Auszeichnung der belarussischen Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja, Veronica Tsepikalo und Maria Kalesnikava sein Augenmerk auf den mutigen Einsatz gegen ein brutales und autoritäres Regime. Die aktuelle Lage bestätigt ihre Wahl.

Linden: Ich hoffe mit Blick auf den Karlspreis tatsächlich, dass dieses Sanktionspaket auch Belarus trifft, denn Präsident Lukaschenko ist an diesem Krieg beteiligt. Die Raketenangriffe sind diese Nacht auch aus Belarus erfolgt. Von daher ist alles zwischen ihm und Putin abgesprochen. Wir müssen den Karlspreis nutzen, das deutlich zu machen.

Nie war der Karlspreis so aktuell wie heute. Was bedeutet das für Sie?

Linden: Der Karlspreis kann in diesem Jahr nicht nur eine Verleihungszeremonie sein, sondern er muss, entgegen der bisherigen Gewohnheit, auch aktuell politisch aktiv werden. Wir müssen uns einmischen, wir müssen agieren, und wenn es politische Aktionen in Form von Aufrufen sind. Wir müssen auf diese Diktatoren - und ich verwende bewusst den Plural - einwirken, nicht zuletzt zum Schutz der zivilen Bevölkerung. Sie müssen die politischen Gefangenen freilassen, und die EU muss beginnen, mit den Oppositionellen Gespräche aufzunehmen. Nur so lässt sich dieses System destabilisieren. Und am Ende bedeuten die aktuellen Ereignisse für uns, dass wir den Ablauf des Karlspreises und das Rahmenprogramm neu planen müssen.

**Load-Date:** February 25, 2022

# Swetlana Tichanowskaja freut sich auf Aachen; Sie ist eine von drei designierten Karlspreisträgerinnen 2022 und traf nun zum ersten Mal Vertreter der Stadt und des Karlspreises.

Donnerstag 24. Februar 2022

Copyright 2022 Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA) Alle Rechte vorbehalten

**AN**  
Aachener Nachrichten

---

Aachen Im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) trafen sie sich am vergangenen Wochenende zum ersten Mal: Swetlana Tichanowskaja als eine der drei Karlspreisträgerinnen 2022, Jürgen Linden, Vorsitzender der Karlspreisgesellschaft, Thomas Prefi, Vorstandssprecher der Karlspreisstiftung, sowie die Aachener Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen.

Es war offiziellen Angaben zufolge eine sehr herzliche und freundliche Begegnung, in deren Verlauf das Programm für die Karlspreisverleihung rund um Christi Himmelfahrt, aber auch das Vorprogramm, das bereits Ende April beginnen soll, besprochen wurden. Stationen in Berlin, Brüssel und Straßburg sind dazu vorgesehen sowie - soweit möglich - gemeinsame Auftritte der Preisträgerinnen in Aachen selbst.

### Freude über die Auszeichnung

Jürgen Linden dankte Swetlana Tichanowskaja für die Bereitschaft zur Annahme des Preises und übermittelte herzliche Wünsche an die beiden anderen Preisträgerinnen, Veronica Tsepka und Maria Kalesnikava. Swetlana Tichanowskaja brachte Ihre Freude über die Auszeichnung zum Ausdruck und sagte: »Ich kann den Organisatoren des Karlspreises nicht genug dafür danken, dass sie diesen Preis an Belarus vergeben haben. Der Preis ist jedoch nicht für mich oder ‚unser Trio‘ mit Veronika und Maria bestimmt. Dieser Preis gehört den Belarussen - den belarussischen Frauen, den Journalisten und den furchtlosen Freiwilligen. Dieser Preis bedeutet, dass Belarus zu Europa gehört und unsere Politik Teil der europäischen Politik ist. Die Belarussen haben in ihrem friedlichen, gewaltlosen Kampf für die Freiheit enorme Anstrengungen und Hingabe gezeigt. Sie haben gezeigt, was es heißt, Europäer zu sein. Und dafür haben sie einen hohen Preis bezahlt.«

### Geopolitische Veränderungen

Diskutiert wurde im Rahmen des Treffens bei der Sicherheitskonferenz auch über die geopolitischen Veränderungen im Großraum der ehemaligen Sowjetunion, vor allem über die aktuelle Bedrohung der Ukraine durch Russland. Hier nahmen neben Staatsministerin Claudia Roth unter anderem Armin Laschet, der ehemalige Staatspräsident Estlands, Thomas Ilves, verschiedene Verteidigungs- und Außenminister anderer Länder sowie Vertreter von Thinktanks und politischen Vereinigungen teil.

Swetlana Tichanowskaja betonte in der Diskussion, dass das belarussische Volk, wie auch das ukrainische, Unabhängigkeit, Souveränität und deshalb nachhaltige Unterstützung durch die westliche Politik benötigte. Sie



mahnte von westlicher Seite mehr Mut und Engagement an, da man die russische Politik und die dahintersteckende Aggression hinreichend kennen müsse. Und sie äußerte die Hoffnung, dass der Karlspreis neben den aktuellen Problemen um die Ukraine das Schicksal des belarussischen Volkes ins öffentliche Bewusstsein rücken könne. Claudia Roth unterstrich dies, indem sie auf die Notwendigkeit verwies, die Empathie für die unterdrückten und aufständischen Menschen zu beleben. Präsident Ilves mahnte an, die Prozesse der europäischen Institutionen zu beschleunigen und nicht nur darauf zu achten, mit »offiziellen« Volksvertretern zu sprechen, sondern auch Kontakte zur Zivilbevölkerung zu suchen.

#### Appell für Frieden in Europa

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen erklärte, dass der Frieden in Europa akut bedroht sei und deshalb der Dialog nicht aufhören dürfe. Sie appellierte an die Verantwortlichen, weiter gemeinsam am wertvollen Gut des Friedens in Europa zu arbeiten. »Unsere Stärke ist die Gemeinschaft. Lassen Sie uns deshalb die Fahne der Freiheit und Demokratie in unseren Ländern und Institutionen hissen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Idee eines Europas der Wertegemeinschaft auch diese Stürme überstehen wird.« Die sehr lebhaft diskutierte Diskussion mündete in dem Tenor, dass Europa seine Bürger nur überzeugen könne, wenn es in dieser geopolitisch schwierigen Situation auch Stärke zeige, einig bleibe und Europa weiter denke als nur in den Grenzen der Europäischen Union.

Swetlana Tichanowskaja bedankte sich für die allseits ausgesprochene Unterstützung und bot an, den Diskussionsprozess fortzusetzen. Jürgen Linden und Sibylle Keupen sagten zu, mit dem Karlspreis in Aachen eine solche Plattform zu bieten.

Die Vorbereitung des Rahmenprogramms zum Karlspreis 2022 wird in den kommenden Wochen von Aachen aus in enger Abstimmung mit den drei Teams der Preisträgerinnen im Exil in Litauen und Polen erfolgen.

Die Preisverleihung an die belarussischen Bürgerrechtlerinnen Maria Kalesnikava, Swetlana Tichanowskaja und Veronica Tsepkalo in Würdigung ihres »mutigen und ermutigenden Einsatzes gegen die brutale staatliche Willkür, Folter, Unterdrückung und die Verletzung elementarer Menschenrechte durch ein autoritäres Regime, für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit« wird am Himmelfahrtstag, 26. Mai, wie gewohnt im Krönungssaal des Aachener Rathauses stattfinden. ?(red)

**Load-Date:** February 24, 2022

# Swetlana Tichanowskaja

belarussische Politikerin

Geburtstag: 11. September 1982 Mikaschewitschy

Nation: Belarus

Internationales Biographisches Archiv 11/2021 vom 16. März 2021 (se)

Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 05/2022

---

## Herkunft

Swetlana Tichanowskaja, geb. Piliptschuk, wurde am 11. Sept. 1982 in Mikaschewitschy in Belarus (deutsch auch: Weißrussland) geboren. Dort, in einem Provinzstädtchen im Südwesten der früheren Sowjetrepublik – im Brester Gebiet – wuchs sie auch auf.

## Ausbildung

T. studierte nach dem Besuch der Mittelschule in Mikaschewitschy ab 2000 Pädagogik an der Staatlichen Pädagogischen Universität in Masyr. Ihre Schwerpunktfächer waren Deutsch und Englisch.

## Wirken

Nach dem Studium arbeitete T. als Übersetzerin, u. a. für die in Irland ansässige Organisation "Chernobyl Life Line". Nach der Heirat mit dem späteren Oppositionsführer Sergej Tichanowskij (s. u.) und der Geburt ihres Sohnes (2010) und ihrer Tochter (2015) war T. als Hausfrau tätig. Die Behinderung eines ihrer Kinder erforderte eine intensivere Betreuung. Als Geschäftsmann war ihr Mann viel auf Reisen und oft nur am Wochenende zu Hause. Für seinen Videoblog, den er Anfang 2019 auf Youtube startete, reiste er quer durch Belarus und "gab den Nöten der Kleinstädter und der Landbevölkerung eine Stimme" (NZZ, 5.8.2020). Dabei politisierte er sich zunehmend und geriet in Opposition zum seit 1994 herrschenden Regime von Aleksandr Lukaschenka (andere Schreibweise: Lukaschenko).

Lage in Belarus Lukaschenkas autoritäres Präsidentialregime, gestützt vom Geheimdienst und staatlichen Sicherheitsbehörden, unterdrückte in der nach Auflösung der Sowjetunion seit Sept. 1991 souveränen Republik Belarus jegliche oppositionellen Bestrebungen. Keine der seit 1994 durchgeführten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurde von internationalen Beobachtern der OSZE als fair und frei bezeichnet, weshalb Lukaschenka in westlichen Medien häufig als "Europas letzter Diktator" titulierte wurde. Die Wirtschaftsordnung von Belarus blieb in den Strukturen sozialistischer Planwirtschaft stecken, konnte jedoch aufgrund sozialpolitischer Transfermaßnahmen (Mindestlohn, Rentenerhöhungen) zeitweise hohe Wachstumsraten und eine gewisse soziale Absicherung der breiten

Bevölkerung erreichen. Gestützt wurde dies durch vergünstigte Rohstoffimporte (v.a. Erdöl und Erdgas) aus Russland, wobei ab 2007 eine stufenweise Anpassung der Preise an westeuropäisches Niveau erfolgte. Daraufhin versuchte Lukaschenka, China als Wirtschaftspartner zu gewinnen und intensivierte vorübergehend die Kontakte zur EU, um sich aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen. Außerdem wurde gezielt ein weißrussischer Nationalismus gefördert.

Opposition gegen Machthaber Aleksandr Lukaschenka Ab 2004 führten Massenproteste im Nachbarland Ukraine auch in Belarus zu verstärkten oppositionellen Bemühungen, die jedoch vom Regime unterdrückt wurden. Nach der Präsidentenwahl vom Dez. 2010, bei der Lukaschenka nach offiziellen Angaben 79,9 % der Stimmen erhielt (trotz neun Gegenkandidaten), kam es zu massiven Protesten, gegen die die Staatsgewalt brutal vorging. Auch nach der Präsidentenwahl vom Okt. 2015 (angeblich 84 % für Lukaschenka) gelang der Machterhalt mittels politischer Repression und sozialer Alimentation, obwohl es aufgrund deutlich verschlechterter Lebensbedingungen immer wieder zu Protestaktionen kam. Die seit Anfang 2020 weltweit grassierende Corona-Pandemie, deren Ausbreitung in Belarus das Lukaschenka-Regime lange Zeit negierte und damit die Ansteckungsgefahr erhöhte, löste Unruhe unter der Bevölkerung aus. Im Vorfeld der für den 9. Aug. 2020 angesetzten Präsidentenwahl, zu der Lukaschenka erneut antrat, positionierten sich mehrere Gegenkandidaten. Darunter war auch Sergej Tichanowskij, dem am 15. Mai 2020 von der Zentralen Wahlkommission die Kandidatur verwehrt und der aufgrund fadenscheiniger Vorwürfe zum dritten Mal inhaftiert wurde. Auch zwei weitere verhaftete Oppositionskandidaten (Viktor Babariko und Walerij Zepkalo) wurden von der Wahl ausgeschlossen.

Kandidatin zur Präsidentschaftswahl 2020 Daraufhin beschloss T., an der Stelle ihres Mannes zur Wahl anzutreten. Auf diese Weise quasi aus dem Nichts auf die politische Bühne katapultiert, startete T. in den Wahlkampf und erfuhr dabei große Zustimmung und Unterstützung. So überwand sie mühelos die hohe Hürde der erforderlichen 100.000 Unterschriften und wurde Mitte Juli offiziell als Kandidatin registriert. Zu ihrer zentralen Kundgebung in Minsk Ende Juli versammelten sich rd. 63.000 Menschen. Bald bekam sie auch die Unterstützung der beiden anderen wichtigen Oppositionsführerinnen Maria Kolesnikowa und Weronika Zepkalo, die für die ebenfalls verhinderten Oppositionskandidaten Babariko und Zepkalo zur Wahl angetreten waren. T., die sich als "Hausfrau" und nicht als professionelle Politikerin präsentierte, kritisierte in ihren Wahlspots hart die Politik Lukaschenkas und warf ihm Korruption und Misswirtschaft vor. Für sich selbst reklamierte sie nur eine "Übergangsrolle", forderte faire Neuwahlen binnen eines halben Jahres mit der möglichen Beteiligung aller verhinderten Kandidaten. Noch vor der Wahl brachte T. ihre beiden Kinder zusammen mit einer Großmutter außer Landes, da ihr unverhohlen mit Gefahren für ihre Familie gedroht worden war.

Massive Proteste gegen Wahlfälschungen Bei der Präsidentenwahl am 9. Aug. 2020 gewann Lukaschenka nach Angaben der Wahlkommission deutlich mit 80,1 % der Stimmen. T. erhielt demnach lediglich 10,1 % der Stimmen. Sie erkannte das Ergebnis nicht an und erklärte sich aufgrund alternativer Auszählungen selbst zur Wahlsiegerin. Da unabhängige Wahlbeobachter aus dem Ausland nicht zur Wahl zugelassen worden waren, wurde das Wahlergebnis allgemein als gefälscht kritisiert. Auch die EU zog das offizielle Wahlergebnis in Zweifel und verhängte später Sanktionen gegen Exponenten des Regimes. Gleich nach Bekanntgabe dieses Wahlergebnisses kam es in Minsk und nahezu allen Städten des Landes zu Demonstrationen, wogegen die Sicherheitskräfte mit massiver Gewalt vorgingen

und schon am ersten Protestwochenende rund 3.000 Personen verhafteten. Die EU kritisierte die Gewalt gegen Demonstranten, die durch den Einsatz von Tränengas-, Lärm- und Blendgranaten sowie Gummigeschossen verletzt wurden. Nachdem T. einen Tag nach dem Wahlsonntag Beschwerde bei der Zentralen Wahlkommission eingelegt hatte, floh sie in der Nacht zum 11. Aug. über die Landesgrenze nach Litauen – offenbar nach einer "verstörenden Begegnung mit Vertretern des Lukaschenka-Regimes" (FAZ, 12.8.2020). Zuvor hatte eine regimetreue Quelle ein Video verbreitet, in dem T. eingeschüchtert wirkte und sich mit dem Aufruf zur Gewaltlosigkeit an ihre Anhänger wandte. Bald darauf rief ihr Stab zum Generalstreik auf, der jedoch nicht – wie erhofft – zur völligen Lahmlegung des Landes führte. T. forderte aus ihrem Exil in Litauen die belarussische Regierung auf, die Polizeigewalt einzustellen, nachdem es in den Gefängnissen offenbar zu schweren Misshandlungen gekommen war und es sogar Tote gegeben habe. Trotz anhaltender Bedrohung und Verfolgung kam es immer wieder zu Massenprotesten, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Neben rigoros vorgehenden Sondereinheiten des Regimes (OMON) waren auch schwarz gekleidete, maskierte Männer ohne jegliche Abzeichen im Einsatz, um Demonstranten zu verprügeln und festzunehmen. T. bezeichnete dies als Terrorakte.

Ungeachtet der internationalen Kritik und der inländischen Proteste ernannte Lukaschenka am 19. Aug. eine neue Regierung, die unter der Leitung von Roman Golowtschenko stand, der erst im Juni 2020 in dieses Amt gekommen war. Die mit T. verbundene Oppositionelle Maria Kolesnikowa sollte Mitte September gegen ihren Willen in die Ukraine abgeschoben werden, wogegen sie sich wehrte und daraufhin inhaftiert wurde. Auch gegen einen von T. gegründeten "Koordinierungsrat", der eine friedliche Machtübergabe organisieren sollte, ging das Regime mit Härte vor. Obgleich sich die Protestbewegung bei ihren meist betont friedfertigen Demonstrationen, an denen sich auffallend viele (junge) Frauen beteiligten, mit weiß-rot-weißen Landesflaggen schmückte und damit die Souveränität Weißrusslands unterstrich, mieden T. wie andere Exponenten der Oppositionsbewegung jegliche anti-russischen Töne. Der russische Staatspräsident Wladimir Putin hatte zwar Lukaschenka zur Wahl gratuliert, hielt sich jedoch mit offensichtlicher, gar militärischer Unterstützung des Regimes zurück. Mitte August warnte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einem militärischen Eingreifen Russlands und die Bundesregierung erklärte, dass sie "fest an der Seite der Menschen in Belarus in ihrem Wunsch nach Frieden, demokratischer Teilhabe und nach politischen Veränderungen" stehe. Auch die EU erkannte Lukaschenka nicht als legitimen Präsidenten von Belarus an und drängte auf Neuwahlen. Gleichwohl ließ sich Lukaschenka am 23. Sept. 2020 in einem geheimen Staatsakt für eine weitere Amtszeit vereidigen und bewertete die Protestbewegung stets als westlich orchestrierten Umsturzversuch. Anfang Oktober empfing Angela Merkel die aus ihrem litauischen Exil angereiste T. im Bundeskanzleramt. Bei weiteren Gesprächen mit führenden deutschen Politikern warb die auf diplomatischem Parkett zunehmend sicherer auftretende belarussische Oppositionsführerin um Unterstützung der Demokratiebewegung durch Deutschland und um internationalen Druck, um die Machthaber in Belarus zu einem Dialog mit der Opposition zu zwingen.

Trotz mutiger Unterstützung ihrer Anhänger in Belarus blieb T. mit einem "Volksultimatum" an Machthaber Lukaschenka – er müsse bis spätestens zum 25. Okt. seinen Rückzug verkünden, die Gewalt gegen die Opposition beenden und alle politischen Gefangenen freilassen – erfolglos. Hunderte Arbeiter und Studenten, die sich an Streiks beteiligt haben, wurden entlassen bzw. exmatrikuliert. Die

Grenzen zu Polen, Litauen, Lettland und der Ukraine wurden gegen Jahresende 2020 geschlossen, offiziell wegen der Coronavirus-Pandemie. Nach Einschätzung von Beobachtern wollte das Regime damit aber auch die seit Monaten zunehmende Ausreise vornehmlich junger, gut ausgebildeter Oppositioneller und damit ein weiteres Ausbluten des Landes verhindern. Nichts ändern konnte daran auch die Verleihung des vom Europäischen Parlaments gestifteten Sacharow-Preises an die Opposition in Belarus, den T. stellvertretend für den Kooperationsrat Mitte Dez. in Brüssel entgegennehmen konnte.

---

Alle Ereignisse zeigen/verbergen

18. Mai 2021: Blockade des wichtigsten unabhängigen Mediums

23. Mai 2021: Zwangsumleitung von innereuropäischer Passagiermaschine durch Belarus - Verhaftung von Regimegegner

21. Juni 2021: EU-Wirtschaftssanktionen gegen Belarus - Reaktionen

3. August 2021: Tod von belarussischem Regimekritiker in Kiew

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew wird der belarussische Regimekritiker Witalij Schischow in einem Park in der Nähe seines Wohnortes tot aufgefunden. Er war Leiter der Exil-Gruppe "Belarussisches Haus in der Ukraine". Die Gruppe beschuldigt belarussische Sicherheitskräfte, Schischow getötet zu haben. Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja bezeichnet es als besorgniserregend, dass auch die aus Belarus Geflohenen noch nicht in Sicherheit seien.

20. Oktober 2021: Vorgehen gegen regimekritische Social Media

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet, dass die Regierung in Belarus verstärkt gegen regimekritische Social Media vorgeht. So sind zuletzt mindestens 170 Kanäle des russischen Chat-Dienstes Telegram für extremistisch erklärt worden, darunter jener der im Exil lebenden Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja. Ein Gesetzentwurf sieht vor, dass diejenigen, welche entsprechende Telegram-Nachrichten lesen, mit bis zu sieben Jahren Gefängnis rechnen müssen. Erste Verhaftungen soll es bereits gegeben haben. Die Zahl der politischen Gefangenen in Belarus wird inzwischen mit 812 angegeben.

14. Dezember 2021: Urteile gegen Oppositionelle

Ein Gericht in der belarussischen Stadt Grodno verurteilt nach einem Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Videoblogger Sergej Tichanowskij (Ehemann von Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja), der auf seinem Youtube-Kanal "Land zum Leben" Missstände in Belarus angeklagt hatte und bei der Präsidentenwahl 2020 antreten wollte, zu einer Lagerhaftstrafe von 18 Jahren. Zwei Mitarbeiter erhalten jeweils 16 Jahre Haft. Außerdem werden die Blogger Igor Lossik und Wladimir Zyganowitsch zu jeweils 15 Jahren Haft verurteilt und der Oppositionspolitiker Nikolaj Statkewitsch, der 2010 bei der Präsidentenwahl gegen Machthaber Aleksandr Lukaschenka angetreten war, zu 14 Jahren.

27. Februar 2022: Umstrittenes Verfassungsreferendum

In Belarus wird ein umstrittenes und fragwürdiges Verfassungsreferendum abgehalten, während von dem Land aus russische Truppen in die benachbarte Ukraine einmarschieren. Die Änderungen dienen dazu, die Befugnisse von Machthaber Aleksandr Lukaschenka noch weiter auszubauen und ihm die Macht weiter zu sichern. Nach Medienberichten sollen angeblich 86,6 % für die Änderungen gestimmt haben, 13,4 % dagegen. Die Beteiligung wird mit 78,6 % der registrierten Wahlberechtigten angegeben. Eine internationale oder unabhängige Beobachtung der Abstimmung war nicht möglich.

## **Familie**

T. ist seit 2005 mit dem Video-Blogger und Oppositionspolitiker Sergej Tichanowskij verheiratet. Das Paar hat einen Sohn (geb. 2010) und eine Tochter (geb. 2015). Seit ihrer Flucht ins benachbarte Litauen hat T. einen Wohnsitz in Vilnius und ist als Vertreterin der belarussischen Opposition oft im westlichen Ausland unterwegs.

## **Auszeichnungen**

17. Dezember 2021: Das Karlspreis-Direktorium der Stadt Aachen gibt bekannt, dass der Karlspreis 2022 an die belarussischen Oppositionsführerinnen Maria Kolesnikowa, Swetlana Tichanowskaja und Veronika Zepkalo verliehen wird. Sie würden für ihren "unglaublichen, mutigen Einsatz für Freiheit, für Demokratie, für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte und damit die europäischen Werte" geehrt.

## **Adresse**

E-Mail: [office@tsikhanouskaya.org](mailto:office@tsikhanouskaya.org), Internet: [tsikhanouskaya.org](http://tsikhanouskaya.org)

Quellenangabe: Eintrag "Tichanowskaja, Swetlana" in Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv, URL: <http://www.munzinger.de/document/00000032325> (abgerufen von Stadtbibliothek Aachen am 27.4.2022)

Alle Rechte vorbehalten. © Munzinger-Archiv GmbH, Ravensburg  
nach oben

# «Wladimir Putin kann diesen Krieg nicht gewinnen»; Weissrusslands Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja will verhindern, dass weissrussische Truppen an Putins Seite kämpfen. Für sie ist das Schicksal ihrer Heimat eng mit jenem der Ukraine verbunden.

Sonntag 20. März 2022

Copyright 2022 Tamedia Basler Zeitung AG Alle Rechte vorbehalten

## Basler Zeitung

Section: INTERNATIONAL; S. 5

Length: 1233 words

### Body

---

«Wladimir Putin kann diesen Krieg nicht gewinnen»

Weissrusslands Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja will verhindern, dass weissrussische Truppen an Putins Seite kämpfen. Für sie ist das Schicksal ihrer Heimat eng mit jenem der Ukraine verbunden.

Simon Widmer, Genf

In einem Hotel beim Bahnhof Genf beobachtet ein Personenschützer mit Knopf im Ohr die Lobby. Als die weissrussische Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja erscheint, ist sie von drei weiteren Bodyguards umringt. Sie fühle sich in der Schweiz sicher, sagt sie. Aber man wisse nie, wie weit der Einfluss des Regimes von Alexander Lukaschenko reiche.

Was bedeutet Putins Krieg gegen die Ukraine für Weissrussland, Frau Tichanowskaja?

Der weissrussische Diktator Alexander Lukaschenko hat sich zum Komplizen Wladimir Putins gemacht. Ohne eine freie Ukraine wird es kein freies Weissrussland geben. Deshalb fokussiert sich unsere Bewegung auch darauf, der Ukraine zu helfen.

Was machen Sie konkret?

Wir engagieren uns stark dafür, dass keine weissrussischen Soldaten an der Seite der russischen Armee kämpfen. Wir haben schon früh mit Soldaten gesprochen und sie über die wahren Hintergründe des Kriegs aufgeklärt. Ebenso haben wir den Kontakt aufgebaut zu den Müttern und Frauen der Soldaten. Wir erklären ihnen, dass es nicht im Interesse Weissrusslands liegt, Putins Truppen zu unterstützen.

Sie rufen die weissrussischen Soldaten also zur Befehlsverweigerung auf. Wird Diktator Lukaschenko dies hinnehmen?

Gemäss unseren Informationen hätten weissrussische Truppen bereits die ukrainisch-weissrussische Grenze überschreiten sollen. Die Soldaten haben den Befehl aber verweigert.

Die Armee ist demoralisiert, in Weissrussland will doch niemand Teil dieses Kriegs sein. Die Aufgabe unserer Soldaten ist es, das Land zu verteidigen, nicht auf fremdem Territorium gegen die ukrainische Armee zu kämpfen. Es ist möglich, dass der Kreml den Druck auf Lukaschenko erhöht. Was dann geschehen wird, wissen wir nicht. Aber auch wenn die Soldaten die Grenze in die Ukraine überqueren müssen, werden wir sie auffordern, zu desertieren und auf der Seite der ukrainischen Armee zu kämpfen.

Wie steht denn Weissrussland zu diesem Krieg?

Es ist absolut zentral, zwischen dem Regime von Alexander Lukaschenko und dem Volk zu unterscheiden. Lukaschenko befürwortet diesen Krieg, weil er tief in der Schuld des russischen Regimes steht. Nur weil Wladimir Putin ihm 2020 half, die Opposition niederzuschlagen, ist er noch an der Macht. Jetzt hat er die Interessen unseres Landes aufgegeben, um seine Macht weiter zu bewahren. Dabei lehnt die Bevölkerung diesen Krieg eindeutig ab. Als Putins Invasion startete, kam es in Weissrussland zur grössten Kundgebung seit 2020. Unzählige gingen auf die Strasse, 800 Menschen wurden festgenommen.

Es gibt Stimmen aus der Ukraine, die von der weissrussischen Bevölkerung enttäuscht sind. Sie fordern mehr Demonstrationen gegen Putins Krieg.

Ich kann diese Kritik nachvollziehen. Es ist aber auch einfach, aus dem Ausland zu sagen: «Demonstriert! Organisiert Veranstaltungen!» Sie müssen verstehen, was es bedeutet, in einem repressiven Staat zu leben. Unter welcher konstanter Angst die Bevölkerung steht. Die Menschen wissen, was geschieht, wenn sie sich gegen das Regime stellen. Die Sicherheitskräfte nehmen Protestierende fest, erniedrigen und foltern sie. Viele müssen nach dem Verhör mit schweren Verletzungen ins Spital.

Sie führten die Proteste 2020 in Weissrussland an und verzichteten bewusst auf Gewalt. Hätten Sie im Nachhinein wie die Ukrainer mit Waffen kämpfen sollen?

Wir hatten ja keine Waffen. Aber mit den friedlichen Protesten wollten wir auch unsere Haltung zeigen. Wir wollten nicht auf dasselbe gewalttätige Niveau von Lukaschenko absinken. Wir hofften, dass das Regime mit uns Verhandlungen aufnehmen würde. Aber die Antwort war nicht Verständnis, sondern massive Repression. Trotzdem wissen wir um unsere Verantwortung. Wir kämpfen weiter aktiv gegen das Lukaschenko-Regime.

Wie sieht dieser Kampf aus?

Der Widerstand findet nicht mehr so sehr in der Öffentlichkeit statt. Wenn unsere aktivsten Leute im Gefängnis landen, können wir keine Fortschritte erzielen. Wir kämpfen deshalb aus dem Untergrund. Cyberaktivistinnen und -aktivisten hacken Websites von staatlichen Organisationen. Wir nutzen alternative Medien, um den Menschen die Wahrheit über den Krieg aufzuzeigen und dem Staatsfernsehen zu kontern, das die russische Propaganda übernimmt.

Es gibt Weissrussen, die in die Ukraine reisen, um an der Seite der ukrainischen Armee zu kämpfen. Unterstützen Sie das?

Ich unterstütze jede Person, die dem ukrainischen Volk hilft. Freiwillige, die ukrainischen Flüchtlingen helfen, Organisationen, die medizinisches Material sammeln. Und ja, ich unterstütze auch die mutigen Weissrussen, die an der Seite der Ukraine gegen Putins Truppen kämpfen.



Nachdem die EU die Sanktionen gegen die Regierung in Minsk verschärft hat, zieht auch die Schweiz nach. Ist das der richtige Entscheid?

Ja, wir unterstützen diesen Schritt. In der Vergangenheit war der Westen viel zu nett zum Lukaschenko-Regime. Es hat mehrere rote Linien überschritten. Nehmen Sie nur die staatlich organisierte Flugzeugentführung im vergangenen Jahr, um einen Oppositionellen zu verhaften. Lukaschenko hat für seine kriminellen Handlungen nie einen hohen Preis bezahlt. Er konnte sich unverwundbar fühlen.

Schon damals hat der Westen das Lukaschenko-Regime sanktioniert.

Ja, aber das waren nur halbherzige Massnahmen. Für Lukaschenko war es leicht, Schlupflöcher zu finden. Die neuen Sanktionen treffen die Wirtschaft hart. Drei staatliche Banken sind jetzt vom internationalen Zahlungssystem Swift ausgeschlossen. Das ist gravierend.

Wird dies Lukaschenko beeindrucken?

Ja, er befindet sich jetzt in einer sehr schlechten Position. Die weissrussische Wirtschaft ist stark von Russland abhängig. Wegen der Sanktionen ist der Kreml aber nicht mehr in der Lage, diese zu unterstützen. Wir hoffen auch, dass sich die weissrussischen Oligarchen von der Lukaschenko-Regierung abwenden und so zusätzlicher Druck auf das Regime entsteht. Ganz wichtig ist, dass dieser Druck vom Westen jetzt aufrechterhalten wird. Die Sanktionen dürfen nicht gelockert werden, es darf keine Rückkehr zum Appeasement gegenüber dem Diktator Lukaschenko geben.

Das Unternehmen Stadler Rail zieht einen grossen Teil der Mitarbeiter aus Weissrussland ab, will aber am Standort in der Nähe von Minsk festhalten. Was halten Sie davon?

Für uns ist zentral, dass die Sanktionen die Firmen treffen, die mit dem Lukaschenko-Regime zusammenarbeiten. Inwiefern Stadler Rail von Sanktionen betroffen werden soll, ist eine Entscheidung, die die Schweiz zu treffen hat.

Was würde passieren, wenn Putin den Krieg in der Ukraine gewänne?

Wladimir Putin kann diesen Krieg nicht gewinnen, denn ein Sieg wäre höchstens symbolisch. Die russische Armee kann noch mehr Städte zerstören, vielleicht weitere Gebiete erobern. Aber was hat Russland dann gewonnen? In Europa geht ein neuer eiserner Vorhang nieder. Die russische Wirtschaft liegt am Boden. Russland wird nicht mehr fähig sein, als normaler Staat zu funktionieren. Putin wird sich nie als Sieger bezeichnen können, denn bei einem militärischen Sieg Russlands gibt es nur Verlierer.

Die Massen jubelten ihr zu: Swetlana Tichanowskaja im Wahlkampf 2020 vor der alten Flagge Weissrusslands und derjenigen der Ukraine. Foto: Getty Images

**Load-Date:** March 21, 2022

# »Ich will nicht, dass es je so kommt«; Swetlana Tichanowskaja spricht darüber, was der Krieg für die Opposition in Belarus bedeutet - und warnt die EU davor, Putin abermals zu unterschätzen

10. März 2022

Copyright 2022 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

## DIE ZEIT

**Section:** POLITIK;»Ich will nicht, dass es je so kommt«; S. 5; Ausg. 11

**Length:** 1653 words

**Byline:** Alice Bota, Michael Thumann

### Body

---

**DIE ZEIT:** Sie sind im Exil in Vilnius, Ihr Ehemann ist in Belarus in Haft, nun ist Belarus in den Krieg zwischen der Ukraine und Russland involviert. Wie erklären Sie Ihren Kindern in Vilnius, was gerade in Ihrem Heimatland vor sich geht?

**Swetlana Tichanowskaja:** Mein älterer Sohn weiß, dass Krieg ausgebrochen ist. Er weiß, dass es auch in Belarus Krieg geben könnte, weil Lukaschenkos Regime unser Land in den Angriff auf die Ukraine mit hineingezogen hat. Konkret hat sich für meine Kinder aber nichts geändert. Sie gehen zur Schule, meine jüngere Tochter vermisst ihren Vater genauso wie zuvor. Ich erzähle ihnen noch mehr über unseren Kampf, dass unsere Unabhängigkeit bedroht ist, dass Europas Sicherheit bedroht ist.

**ZEIT:** Ist Belarus aus Ihrer Sicht eine Kriegspartei?

**Tichanowskaja:** Nein. Es ist wichtig, das zu trennen: Das Regime ist nicht Belarus. Lukaschenkos Regime hat den belarussischen Boden zum Flugzeugträger des russischen Militärs gemacht. Die Belarussen selbst aber sind gegen diesen Krieg. Zurzeit versucht Lukaschenko sich durchzulavieren. Unser Territorium wird von Russland genutzt, aber unsere Soldaten sind an der Invasion in die Ukraine nicht beteiligt. Er versucht jetzt sogar, sich als Friedensstifter zu inszenieren, weil die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Belarus stattfinden. Ich habe keine Macht über das Militär in meinem Land - aber ich will nicht, dass Belarus sich an diesem Krieg -beteiligt. Wir müssen den Leuten erklären, dass -Lukaschenko für die Invasion mitverantwortlich ist. Er hat nicht nur zugesehen, er hat mitgemacht. Er hat unser Territorium zur Verfügung gestellt, und dafür muss er bestraft werden.

**ZEIT:** Also nicht Belarus als Land und die Belarussen als Volk, sondern das Lukaschenko-Regime führt Krieg gegen die Ukraine?

**Tichanowskaja:** Absolut. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Belarussen eineinhalb Jahre lang gegen dieses Regime gekämpft haben, dass sie diesen Krieg nicht wollen und die Russen vielleicht auch nicht. Die russische Propaganda ist allerdings auch in Belarus am Werk, im belarussischen Staatsfernsehen wird die Lage verzerrt dargestellt. Es heißt dort, ukrainische Offiziere würden ihre eigenen Häuser bombardieren und die Schuld liege beim ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, sie wiederholen die Propaganda-Botschaften Russlands. Wir nutzen die alternativen Medien, die während des Aufstands gegen das Lukaschenko-Regime entstanden sind, um die Wahrheit zu zeigen. Viele Leute in Belarus wissen, wie sie an Informationen jenseits des Staatsfernsehens kommen.

Sie wissen, dass sie der Staatspropaganda nicht trauen können. Aber auch in Belarus, besonders auf dem Land, gibt es viele, die die wahre Lage nicht kennen und nicht wissen, dass es einen Krieg in der Ukraine gibt.

**ZEIT:** Haben Sie direkten Kontakt zu den Menschen in Belarus? Was hören Sie von ihnen?

**Tichanowskaja:** Wir sind überwiegend mit solchen Leuten in Kontakt, die im Widerstand aktiv sind. Es gibt aber auch eine große Gruppe unpolitischer Menschen, die mit alledem nichts zu tun haben will.

**ZEIT:** Ist Belarus denn aus Ihrer Sicht heute noch ein souveräner Staat?

**Tichanowskaja:** Belarus ist faktisch besetzt. Lukaschenko steht unter der Kontrolle Putins, und ich bezweifle, dass er es ist, der das belarussische Militär kontrolliert. Das Einzige, was er kontrolliert, ist die Unterdrückung. Aber der Kern von Souveränität ist nicht das Territorium, nicht das Militär. Der Kern eines souveränen Staates ist sein Volk.

**ZEIT:** Was tun Sie, um die Ukraine zu unterstützen?

**Tichanowskaja:** Dass sich keine belarussischen Soldaten an diesem Krieg beteiligen, ist auch unser -Verdienst. Wir haben sehr früh angefangen, mit Müttern, Verwandten, Ehefrauen von Soldaten zu sprechen, und sie gebeten, auf die Soldaten in ihren Familien einzuwirken. Wir haben ihnen gesagt, dass ihre Söhne, Ehemänner, Verwandten getötet würden, dass sie zu Feinden ukrainischer Soldaten würden. Desertierte Soldaten haben die Lage erklärt. Es gibt belarussische Deserteure, die den Ukrainern helfen, die Freiwilligentruppen auf ukrainischem Territorium organisieren. Immer mehr Menschen wollen sich dem belarussischen Freiheitscorps anschließen. Unter belarussischen Offizieren gibt es große Zurückhaltung, was diesen Krieg betrifft. Aber wer weiß, was passiert, wenn die Leine kürzer wird und womöglich doch ein Marschbefehl erteilt wird. Wir wissen es nicht.

**ZEIT:** Gibt es viele Soldaten der belarussischen Armee, die desertieren? Auch hochrangige?

**Tichanowskaja:** Ja, es gibt solche Fälle, natürlich. Mehrere hochrangige Offiziere sind desertiert, und Männer im wehrfähigen Alter verlassen das Land, um nicht an diesem Krieg teilnehmen zu müssen. Ich denke, sie tun das vor allem aus Angst vor dem Krieg und besonders aus Angst davor, gegen Ukrainer Krieg führen zu müssen. Wir sind Bruderländer.

**ZEIT:** Als dieser Krieg begann, gingen in Belarus überall im Land die Menschen auf die Straße. Tausende protestierten dagegen, trotz der Repressionen. Denken Sie, dieser Krieg könnte eine neue Protestbewegung gegen das Lukaschenko-Regime auslösen?

**Tichanowskaja:** Als dieser Krieg begann und wir zu Protesten aufriefen, wussten wir, dass sie unterdrückt werden würden. So kam es auch. Über 100.000 Menschen gingen auf die Straße, und etwa 800 wurden festgenommen. Aber es war unsere Pflicht, zu zeigen, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Das wollten wir den Ukrainern zeigen. Die Ukrainer haben die Demonstrationen durchaus wahrgenommen, aber fragen uns auch: Warum tut ihr nicht mehr? Hier ist Krieg! Aber auch für uns ist die Lage heikel. Wenn unsere Leute zu Demonstrationen gehen und verhaftet werden - wer kämpft dann für unsere Freiheit? Doch es gibt Aktivisten, die die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung verzögern und so den Ukrainern etwas Zeit verschaffen. Manche blockieren Schienen oder -Straßen, andere geben Informationen über die Bewegungen von Panzern oder die Standortdaten von Militärflugzeugen weiter. Unsere Gesundheitsstiftung sammelt Hilfsgüter und Medikamente und schickt sie in die Ukraine.

**ZEIT:** Ist das eine Art Partisanenkrieg?

**Tichanowskaja:** Ja. Es ist schwierig, weil der KGB alles stark überwacht. Aber ohne eine freie Ukraine kann es kein freies Belarus geben.

**ZEIT:** Sie sind in der Nähe des Atomkraftwerks Tschernobyl aufgewachsen. Belarus hat sehr unter der Katastrophe der Kernschmelze von 1986 gelitten. Was denken Sie, wenn um Atomkraftwerke in der Ukraine gekämpft wird?

**Tichanowskaja:** Das beunruhigt mich sehr, es macht mir Angst. Es ist traurig, dass wir offenbar nicht aus der Geschichte lernen. Damals 1986 waren es menschliche und systemische Fehler, die zur Havarie führten, heute werden Kernkraftwerke als Waffe benutzt. Ich kann nur hoffen, dass die russischen Soldaten bei Verstand bleiben und keine folgenreichen Dummheiten begehen.

**ZEIT:** Kann die Ukraine noch gewinnen? Mehrere belagerte Städte stehen unter ständigem Beschuss.

**Tichanowskaja:** Ich glaube, es kommt auf die Kampfmoral an. Wir sehen, wie willensstark die Ukrainer sind, wie sie ihr Land verteidigen, wie sie mit bloßen Händen Panzer aufhalten. Die russischen Soldaten hingegen verstehen gar nicht, wofür sie kämpfen. Wir sehen alle diese Kriegsgefangenen, die sagen, sie seien von der Regierung betrogen worden, auch wenn wir natürlich nicht alles glauben können, was sie sagen. Wir sehen, dass die Europäische Union- und die USA starke Sanktionen gegen Russland erlassen und Waffen und Ausrüstung an die Ukraine liefern. Auch das gibt der Ukraine Kraft. Wir sehen, wie die Frauen und Kinder in anderen Ländern -Zuflucht finden.

**ZEIT:** Aber reicht das? Der Westen hatte schon Putin nicht verstanden und lange nicht begriffen, dass Lukaschenko nicht nur für die Belarussen ein Problem darstellt, sondern für die ganze westliche Welt ...

**Tichanowskaja:** Wir haben stärkere Sanktionen gegen das Regime gefordert, aber alle Maßnahmen hatten riesige Schlupflöcher. Dafür, dass Lukaschenko- eine Flüchtlingskrise herbeigeführt hat, hat er nie bezahlt. Er fühlt sich unverwundbar. Wie alle Diktatoren hält er Demokratien für schwach. Im Fall Russlands wurde mehr getan, auch viele Unternehmen haben sich entschieden, diesen Markt zu verlassen. Das war ein starkes Zeichen, ebenso wie der Ausschluss russischer Banken von Swift. Das ist in Belarus nie geschehen.

**ZEIT:** Müsste der Westen jetzt auch gegen Belarus wirksame Sanktionen verhängen?

**Tichanowskaja:** Ja, natürlich sollten dieselben Sanktionen auch gegen Belarus verhängt werden. Sonst kann Russland Belarus als Schlupfloch im Swift-System benutzen und seine Zahlungen über mein Land abwickeln.

**ZEIT:** Wenn Putin gewinnen würde, was hieße das für Europa?

**Tichanowskaja:** Er wird nicht sagen können, er sei der Sieger, denn hier gibt es nur Verlierer. Aber sollte- er militärisch siegen, könnten die Ukraine und Belarus zu Vasallenstaaten Putins werden, sie könnten in Russland aufgehen, und dann wird er haben, was er wollte: eine Ausdehnung seines Macht-bereichs. Und das betrifft dann auch die Europäische Union. Ich will mir nicht ausmalen, dass es so kommt und dass man dann womöglich dahin zurückkehrt, sich mit Putins Russland zu arrangieren, zum Appeasement, zur alten Kommunikation, zur alten wirtschaftlichen Verflechtung.

**ZEIT:** Zum business as usual?

**Tichanowskaja:** Genau. Ich will nicht, dass es je so kommt.

Die Fragen stellten **Alice Bota** und **Michael Thumann**

\*\*\*

## **Die Rebellin**

Nachdem ihr Ehemann -verhaftet worden war, wurde Swetlana Tichanowskaja zur Anführerin der belarussischen Opposition, die im Sommer 2020 Massenproteste auslöste und den Machthaber Alexander Lukaschenko herausforderte. Nach den Präsident-schafts-wahlen floh sie mit ihren Kindern nach -Litauen. Alice Bota und -Michael

-Thumann -trafen die Repräsentantin des freien Belarus in einem Berliner Hotel. Tichanowskajas nächster -Termin war ein Treffen mit SPD--Chefin Saskia Esken.

Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja

**Load-Date:** March 11, 2022

---

End of Document

# Swetlana Tichanowskaja ist Reader's Digest Europaeerin des Jahres 2022 / Tichanowskaja setzt sich fuer Demokratie und Freiheit in Belarus ein, das Land gilt als "Europas letzte Diktatur" (FOTO)

22. Februar 2022, Dienstag 9:20 AM CET

Copyright 2022

**na**•news aktuell

Ein Unternehmen der dpa-Gruppe

News aktuell GmbH - Ein Unternehmen der dpa-Gruppe Alle Rechte Vorbehalten

**ots**

**Length:** 526 words

**Dateline:** Stuttgart

## Body

---

Bereits zum 27. Mal ehren die europaeischen Ausgaben von Reader's Digest eine Persoenlichkeit, die sich vorbildlich fuer das Wohl anderer engagiert. 2022 erhaelt Swetlana Tichanowskaja die Auszeichnung "Europaeerin des Jahres". Die 39-Jaehrige setzt sich unerschrocken fuer Freiheit und Demokratie in ihrem Heimatland Belarus ein. Die Auszeichnung wurde ihr in der litauischen Hauptstadt Vilnius ueberreicht, wo sie seit ihrer Niederlage bei der Praesidentschaftswahl 2020 lebt. Das Wahlergebnis gilt als hoechst umstritten und Belarus wird als "Europas letzte Diktatur" bezeichnet, da das Regime des amtierenden Praesidenten Alexander Lukaschenko die Opposition seit Jahrzehnten unterdrueckt. Die Vereinten Nationen haben immer wieder Menschenrechtsverletzungen in dem Land festgestellt.

Vor der Wahl im August 2020 war Swetlanas Ehemann Sergej Tichanowski verhaftet worden. Tichanowskaja, Mutter von zwei Kindern und ehemalige Lehrerin ohne politische Erfahrung, trat kurz entschlossen an seiner Stelle zur Wahl an und erhielt grosse Unterstuetzung. Nachdem Lukaschenko sich zum Sieger erklart hatte, gingen Zehntausende in ganz Belarus auf die Strasse, um gegen Wahlmanipulationen zu protestieren. Mehrere Demonstranten wurden von der Polizei getoetet und Tausende inhaftiert. Tichanowskaja und ihre Kinder flohen nach Litauen. Dort setzt sie ihren Kampf gegen das korrupte Regime in ihrem Heimatland fort. "Ich traeume von einem Belarus, in dem die Menschen gluecklich leben koennen", sagt Tichanowskaja. "Wo Menschen nicht wegen ihrer Ueberzeugungen getoetet oder eingesperrt werden. Wo die Meinung der Buerger beruecksichtigt wird. Wenn ich jetzt aufhoere, wird sich nichts aendern."

In den vergangenen zwei Jahren hat sich Swetlana Tichanowskaja mit fuehrenden Politikern aus aller Welt getroffen. Die EU, Grossbritannien, Kanada und die USA haben inzwischen eine Reihe von Sanktionen gegen Belarus verhaengt. "Ich weiss, dass ich eine Zielscheibe bin und dass es fuer das Regime einfacher waere, wenn ich verschwinden wuerde", sagt Tichanowskaja. "Aber jeder Belaruse ist in Gefahr, bis wir die kriminelle Gruppe, die die Macht an sich gerissen hat, loswerden". Eine ihrer Mitstreiterinnen, die jahrelang in Stuttgart lebende Musikerin Maria Kolesnikowa, wurde im September 2021 zu elf Jahren Haft verurteilt. Tichanowskaja macht die Situation in ihrem Heimatland unermuedlich publik und wirbt bei den Laendern um Unterstuetzung fuer neue, faire Wahlen und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Hier (<https://readersdigest.de/de/menschen/helden-des-alltags/item/reader-s-digest-europaeer-des-jahres>) finden Sie eine Liste aller bisherigen Reader's Digest Europaeer:innen des Jahres

Die Maerz-Ausgabe von Reader's Digest Deutschland ist ab 28. Februar an zentralen Kiosken erhaeltlich. Fuer weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfuegung: <https://readersdigest-verlag.com/de/presse>

Pressekontakt:

Reader's Digest Deutschland: Verlag Das Beste GmbH Oeffentlichkeitsarbeit Juergen Schinker  
[presse@readersdigest.de](mailto:presse@readersdigest.de) +49(0)711/6602549

Weiteres Material: <http://presseportal.de/pm/32522/5152913>  
OTS: Reader's Digest Deutschland

**Load-Date:** February 22, 2022

---

End of Document

# Sie war Hausfrau und Mutter. Über Nacht wurde sie zur Anführerin im Kampf für Demokratie und Freiheit in Belarus. Unterwegs mit Swetlana Tichanowskaja; Sie war Hausfrau und Mutter. Über Nacht wurde sie zur Anführerin im Kampf für Demokratie und Freiheit in Belarus. Unterwegs mit Swetlana Tichanowskaja VON JANA SIMON

22. Dezember 2021

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

## DIE ZEIT

**Section:** DOSSIER; Sie war Hausfrau und Mutter. Über Nacht wurde sie zur Anführerin im Kampf für Demokratie und Freiheit in Belarus. Unterwegs mit Swetlana Tichanowskaja; S. 17-19; Ausg. 53

**Length:** 6943 words

**Byline:** Jana Simon

### Body

---

Am 12. Dezember, zwei Tage bevor ihr Mann in Belarus zu 18 Jahren Haft verurteilt wird, nimmt Swetlana Tichanowskaja eine kurze Videobotschaft auf. In ihrer Wohnung im litauischen Exil spricht sie traurig, aber gefasst in die Kamera, als ahne sie die harte Entscheidung des Gerichts voraus. Im Hintergrund sind selbst gemalte Bilder ihrer Kinder zu sehen und ein gezeichnetes Porträt ihres Mannes. Sie redet darüber, wie sie mit dem Urteil leben werde: »Ich werde weiterhin den Menschen verteidigen, den ich liebe und der für Millionen Belarussen zu einem Anführer geworden ist. Ich werde ihm weiterhin Postkarten und Kinderzeichnungen schicken, damit er, wenn wir uns wiedersehen, ein unvergessliches Album daraus macht. Alles, was ich tue, tue ich für diesen Moment.«

Seit anderthalb Jahren kämpft Tichanowskaja den Kampf ihres Mannes, des belarussischen Oppositionellen und Video-Bloggers Sergej Tichanowksi. Aber sie hat dessen Kampf nicht nur fortgeführt, sondern ist dabei selbst zur Anführerin geworden. Eine Rolle, die sie gewählt, die sie aber nicht gewollt hat.

Drei Monate zuvor, ein Septembertag in Paris, in der Residenz des geschäftsführenden amerikanischen Botschafters. Swetlana Tichanowskaja späht in einen kleinen Nebenraum. Sie winkt, ihr zu folgen, ist neugierig, was sich darin befindet. »Sieht aus wie ein Gästezimmer«, flüstert sie. Rasch geht sie weiter. Es ist ein Augenblick, der offenbart, dass sie noch nicht lange in Botschaften, Präsidentenpaläste und Regierungssitze eingeladen wird.

Die meisten der Staatsoberhäupter, Minister und Abgeordneten, die sie dort trifft, begrüßen sie als »Oppositionsführerin« von Belarus, andere als »President elect«, als gewählte Präsidentin, und manche nennen sie auch »Frau Präsidentin«.

Tichanowskajas korrekte Anrede ist unklar, seit der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko am 10. August 2020 zum Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt wurde, offiziell bekam er mehr als 80 Prozent der Stimmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hält Wahlfälschung für erwiesen. Die Europäische Union, der gesamte Westen erkennt Lukaschenko nicht als Präsidenten an.

Niemand weiß, wie die Wahl tatsächlich ausgegangen ist. Stimmzettel wurden offenbar vernichtet, eine Neuauszählung ließ Lukaschenko nicht zu. Die Opposition feierte Swetlana Tichanowskaja als Siegerin, als die wahre Präsidentin von Belarus.



Es ist ein ungleicher Kampf: auf der einen Seite der 67-jährige Lukaschenko, der seit 27 Jahren das Land führt. Der die Proteste gegen seinen angeblichen Wahlsieg brutal niederschlagen und Kritiker Augenzeugenberichten zufolge foltern lässt. Dessen Sicherheitsbehörden im Mai dieses Jahres eine Ryanair-Maschine zur Landung zwingen, um einen Mitstreiter Tichanowskajas, den Blogger Roman Protassewitsch, festzunehmen. Dem die Europäische Union vorwirft, die Einreise von Tausenden Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Belarus zu organisieren, um sie an die polnische Grenze zu bringen und damit die EU unter Druck zu setzen. Ein Mann, der gern in Uniform auftritt, der seine Gegnerin als »Terroristin« jagt und als »vom Westen gesteuert« bezeichnet.

Auf der anderen Seite Swetlana Tichanowskaja, eine schmale Frau, 39 Jahre alt, die bis zum vergangenen Jahr Hausfrau war. Deren Mann Sergej Tichanoswki bei den Präsidentschaftswahlen antreten will und verhaftet wird. Die an seiner Stelle antritt, Wahlkampf führt und die Abstimmung womöglich gewinnt. Die ihre Heimat verlassen muss und nun mit dem elfjährigen Sohn und der sechsjährigen Tochter des Paares in der litauischen Hauptstadt Vilnius lebt.

Swetlana Tichanowskajas Geschichte, wie sie von der Hausfrau zur Präsidentschaftskandidatin und Oppositionsführerin wurde, klingt wie ausgedacht. Manchmal scheint sie es selbst nicht fassen zu können, was seit anderthalb Jahren mit ihr geschieht. Als sei sie ins verkehrte Leben geraten. »Es kam nicht schrittweise, sondern von einem Tag auf den anderen«, sagt sie leise in der Pariser Residenz des geschäftsführenden US-Botschafters. Tichanowskaja spricht meistens leise. Sie ist es nicht gewohnt, einen Raum mit ihrer Stimme zu füllen: »Ich bin keine Person für die Öffentlichkeit, dieser Ruhm ist für mich nicht normal.«

Soeben hat sie mit dem Botschafter zu Mittag gegessen, am Vortag den französischen Außenminister getroffen, Stunden später wird sie eine Rede an der Elitehochschule Sciences Po halten.

Tichanowskaja reist von Hauptstadt zu Hauptstadt, sie spricht mit Biden, Macron und von der Leyen, stets begleitet von zwei litauischen Personenschützern und einer Gruppe junger Männer, ihren Beratern. Sie fordert mehr Unterstützung für die Opposition und härtere Sanktionen gegen Lukaschenkos Regime. Sie reist, sie wirbt, sie unternimmt alles, um ihre Heimat auf der Agenda der Mächtigen dieser Welt zu halten.

Vilnius im August 2021, ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus. Ein verglastes Geschäftsgebäude etwas abseits des Zentrums, im siebten Stock liegen die Büros von Tichanowskaja und ihrem Team. Sie hat Berater für Innen-, Außen-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik, es wirkt wie ein Schattenkabinett. Tichanowskaja betritt den fensterlosen Konferenzraum, sie trägt einen blauen Anzug und weiße Turnschuhe, in den Händen hält sie ihren Hausausweis.

Tichanowskaja ist in einer Kleinstadt im Süden von Belarus aufgewachsen. Ihr Vater fuhr Lkw, die Mutter arbeitete als Köchin. Sie sagt, sie sei in dem Geist erzogen worden, »alles für andere zu tun und wenig für sich selbst. Diese Werte sind in mir.« Wenn man sie nach ihren Eltern fragt, wird Tichanowskaja sehr still. Sie leben noch immer in Belarus, jeden Morgen und jeden Abend spricht sie mit ihnen, sie ist in ständiger Sorge um sie.

Als 1991 die Sowjetunion zerbrach, war Tichanowskaja neun, im selben Jahr wurde Belarus unabhängig. Drei Jahre später stellte sich Alexander Lukaschenko zum ersten Mal zur Wahl.

Lukaschenko ist ein Mann der Sowjetunion. Er tritt früh in die Kommunistische Partei ein, wird politischer Instrukteur bei den Grenztruppen und studiert Agrarwissenschaften. Von 1987 an leitet er einen staatlichen Landwirtschaftsbetrieb. Kurz darauf geht Lukaschenko in die Politik. Als Vorsitzender des Anti-Korruptions-Ausschusses im Parlament gewinnt er an Popularität und beschuldigt den damaligen Parlamentspräsidenten der Käuflichkeit, der muss zurücktreten. 1994 wird Lukaschenko zum Staatsoberhaupt gewählt.

Im Amt verschafft er sich weitgehende Vollmachten: Dekrete des Präsidenten können den Rang von Gesetzen bekommen, er kann das Parlament auflösen. Lukaschenko kontrolliert den Staatsapparat, die Justiz, die Medien. Im Abgeordnetenhaus gibt es noch immer Parteien, aber irgendwann keine Opposition mehr. Lukaschenko thront über

ihnen, parteilos wie ein König. Andererseits herrscht in Belarus nach dem Zerfall des Kommunismus kein brutaler Oligarchen-Kapitalismus wie in Russland, und es brechen keine grausamen Konflikte wie im Kaukasus aus. Für viele Belarussen bleibt Lukaschenko deshalb lange ein Garant für Stabilität.

Swetlana Tichanowskaja ist mit Lukaschenko groß geworden, an eine Zeit ohne ihn kann sie sich kaum erinnern. Politik spielt bis vor zwei Jahren in ihrem Alltag keine Rolle. Zwar nimmt sie wahr, dass Kritiker des Präsidenten verschwinden oder eingesperrt werden. »Aber damit hat man gelebt«, sagt sie.

Die Frage ist: Wann ist der Zeitpunkt, an dem sie aufhört, damit zu leben? Wann ist der Augenblick ihres politischen Erwachens?

Tichanowskaja studiert Englisch auf Lehramt. Sie lernt ihren Mann Sergej Tichanowski kennen, in einem Nachtclub, den er betreibt. Tichanowskaja wird nicht als Lehrerin arbeiten, nach dem Studium kommt ihr Sohn zur Welt, er ist von Geburt an taub. Von da an zieht sich Tichanowskaja vollkommen in ihr Heim zurück. Der Sohn wird operiert, bekommt ein Implantat, eine Hörprothese. Tichanowskaja übt jeden Tag mit ihm sprechen, lesen, verstehen.

Ihr Mann politisiert sich zuerst. Er hat eine PR-Firma, macht Werbung, reist, ist selten zu Hause. Dann kauft er ein altes Haus auf dem Land, eine Ruine, er will es neu aufbauen. Offenbar bekommt er Schwierigkeiten mit den örtlichen Behörden, ihm sei gesagt worden, er habe das Haus gar nicht rechtmäßig erworben, erzählt eine Mitstreiterin von Tichanowskaja. Die Details sind nicht vollständig rekonstruierbar, sicher ist: Nach dieser Erfahrung sucht Sergej Tichanowski Menschen, denen Ähnliches widerfahren ist. Seine Frau sagt, bei dem missglückten Hauskauf habe er Korruption und Willkür kennengelernt und begonnen, sich Gedanken über sein Land zu machen. Mit ihr spricht er nicht darüber, und sie fragt auch nicht. »Wenn er nach Hause kam, wollte ich nur mit meinem Ehemann zusammen sein und dass er Zeit mit den Kindern verbringt.«

Im März 2019 startet Sergej Tichanowski einen YouTube-Kanal, den er »Ein Land zum Leben« nennt. Er fährt durch Belarus, fragt seine Mitbürger nach ihren Sorgen und Nöten und zeichnet die Gespräche auf. Tichanowski bewegt sich manchmal an der Grenze zum Populismus, aber er gibt Menschen eine Stimme, die zuvor nie öffentlich nach ihrer Meinung gefragt wurden. Besonders viel Aufmerksamkeit erregt ein Video im April 2020, in dem eine blonde Frau in der Stadt Glubokoje zehn Minuten lang atemlos mit Lukaschenko und dessen Regierung abrechnet, sie kritisiert den schlechten Zustand der Straßen, die hohen Steuern, die niedrigen Löhne und Renten, das marode Gesundheitssystem und den Umgang mit der Pandemie. Sie sagt: »Wir werden niemals ein Land haben, in dem wir gern leben, wenn wir uns nicht vereinen. Wir müssen alle rausgehen und kämpfen. Dann werden wir die Gewinner sein.«

Die Frau vergleicht die Situation im Land mit einem Märchen: Es handelt von einer allmächtig erscheinenden Kakerlake, vor der alle Tiere Angst haben, doch dann stellt sich heraus, dass es nur eine gewöhnliche Kakerlake ist, die man einfach erschlagen kann.

Das Video wurde bis heute 1,6 Millionen Mal angesehen. Damals entwickelt Tichanowski daraus eine Kampagne mit dem Slogan: »Stoppt die Kakerlake.« Jedem ist klar, wer damit gemeint ist: Lukaschenko. Tichanowskis YouTube-Kanal hat bald um die 140.000 Abonnenten.

Auch Swetlana Tichanowskaja schaut sich die Videos an, sie hofft, dass alles gut geht. »Ich hatte Angst um Sergej, weil ich verstanden hatte, dass er die Wahrheit über das Regime ausspricht, und das ist gefährlich.« Aber sie bleibt die Ehefrau und Mutter, die sich stets im Hintergrund hält.

In dieser Zeit, im Frühjahr 2020, fragt Tichanowski seine Frau, wie sie es fände, wenn er für die Präsidentschaft kandidieren würde. »Ich hielt das für sehr gefährlich, aber vertraute seiner Stärke«, sagt sie heute. Anfang Mai 2020 kündigt er seine Kandidatur öffentlich an, ein paar Tage später wird er festgenommen. Bis zum 15. Mai müssen die Formulare für die Registrierung der Kandidaten bei der Wahlkommission abgegeben werden. Am 14. Mai will

Swetlana Tichanowskaja die Papiere für ihren inhaftierten Mann einreichen, aber die Beamten lehnen das ab. Am nächsten Tag endet die Frist.

Das ist der Augenblick, in dem Tichanowskaja von der Zuschauerin zur Akteurin wird. Sie hat nur eine Nacht und muss ihre Angst überwinden. Sie sagt, sie habe gedacht, das sei sie ihrem Mann schuldig. Aus Liebe und einem diffusen Pflichtgefühl gegenüber seinen Anhängern entscheidet sie sich, an seiner Stelle anzutreten. »Ich war sicher, ich würde nicht akzeptiert werden.« Am nächsten Tag reicht sie ihre Bewerbung ein.

Zur großen Überraschung vieler Menschen in Belarus wird sie ein paar Tage später als Kandidatin registriert. Offensichtlich nimmt Lukaschenko eine Frau als Gegnerin nicht ernst. Tichanowskaja selbst nimmt sich nicht ernst.

Bei einer Kundgebung wird sie später sagen, sie wolle nur ihren Mann zurück und für ihn und die Kinder Frikadellen braten. Swetlana Tichanowskaja verstößt gegen alle Regeln des politischen Kampfes, sie ist eine Kandidatin, die gar keine richtige Kandidatin sein mag. Lukaschenko verhöhnt sie öffentlich als »Mädchen«, das nicht verstehe, was um es herum passiert.

An dem Tag, an dem Tichanowskajas Registrierung als Kandidatin angenommen wird, kommt ihr Mann noch einmal frei. Wenn man sie heute in Vilnius fragt, was er damals zu ihrer Kandidatur gesagt habe, schweigt sie zunächst. »Er war überrascht«, sagt sie dann. »Wir hatten aber keine Zeit, uns hinzusetzen und darüber zu reden.« Nach belarussischem Recht muss sie zusätzlich mindestens 100.000 Unterschriften sammeln, damit ihr Name tatsächlich auf den Stimmzetteln erscheint. Ihr Mann macht nun Wahlkampf für sie, bis er am 29. Mai bei einer Kundgebung erneut verhaftet wird. Tichanowskaja verfolgt seine Festnahme in ihrer Wohnung im Live-Stream: Mehrere Sicherheitsmänner führen ihn ab.

Als Tichanowskaja in Vilnius von diesem Moment erzählt, schaut sie auf den Tisch und wickelt das Band ihres Hausausweises wieder und wieder um ihre Finger.

Tichanowskaja sagt, in den Tagen danach habe sie anonyme Anrufe bekommen. Unbekannte drohten ihr, wenn sie weitermache, werde auch sie verhaftet werden und ihre Kinder kämen ins Heim. »Ich hätte sagen können: Ich werde erpresst, also muss ich aufhören. Aber das konnte ich nicht.« Das seien die Werte, mit denen sie aufgewachsen sei: »Die eigenen Gefühle nicht höher zu schätzen als die von anderen Menschen.« Also bringen ihre Eltern die Kinder nach Litauen in Sicherheit, und Tichanowskaja macht weiter. Am Ende bekommt sie Hunderttausende Unterschriften und wird als einzige Gegenkandidatin aus der Opposition zur Wahl zugelassen.

In Vilnius betritt jetzt Tichanowskajas Pressesprecherin, Anna Krasulina, den Konferenzraum und erinnert sie an ihren nächsten Termin. Krasulina war eine der Ersten, die Tichanowskaja ins Exil nach Litauen folgten. Sie ist 52 Jahre alt und schon lange in der belarussischen Opposition aktiv. Krasulina lernte Tichanowskaja im vergangenen Sommer kennen, als diese politischen Rat suchte. »Swetlana war ein weißes Blatt, leer, sie hatte keinerlei politische Ansichten«, sagt Krasulina heute. Außerdem habe sie immer wieder betont, dass sie gar nicht Präsidentin werden wolle.

Warum hat Krasulina eine solche Anfängerin unterstützt?

Sie sagt, sie habe gesehen, wie viele Belarussen für Tichanowskajas Kandidatur unterschrieben. »Ich hatte das Gefühl, diese junge Frau ist die Stimme des Volkes.« Vielleicht könnte sie es tatsächlich schaffen, Lukaschenko zu besiegen.

Kurz nachdem Tichanowskaja im Juli 2020 als einzige Oppositionskandidatin feststeht, laden zwei weitere Frauen sie zum Gespräch ein: Die eine, Maria Kolesnikowa, ist die Kampagnenleiterin des inhaftierten ehemaligen Chefs der Belgazprombank, Viktor Babariko. Auch er wollte gegen Lukaschenko antreten, war aber verhaftet worden. Die andere, Veronika Zepkalo, ist die Ehefrau eines weiteren Oppositionellen, auch er ein verhindertes Kandidat. Die drei Frauen beschließen, sich zu verbünden, und einigen sich auf einige wenige Forderungen: freie Wahlen, die

Freilassung aller politischen Gefangenen, eine neue Verfassung. »Wir haben nicht über Reformen geredet oder ähnlich Unverständliches«, erinnert sich Tichanowskaja.

Swetlana Tichanowskaja hat nun ein Team an ihrer Seite, Menschen, die seit Langem gegen Lukaschenko arbeiten, und diese bekommen im Gegenzug eine zugelassene Kandidatin. Die drei Frauen ziehen von Stadt zu Stadt, Tausende besuchen ihre Kundgebungen. »Es war wie schwimmen, ohne zu wissen, wohin«, sagt Tichanowskaja. Sie ist eine gewöhnliche Belarussin ohne politische Vergangenheit, die ihre Angst überwindet und nicht nach Macht strebt, sondern für ihren inhaftierten Mann antritt. Das macht sie für viele wählbar, die Menschen erkennen sich in ihr wieder.

Die Wahlnacht verbringt Tichanowskaja im Büro des inhaftierten Viktor Babariko. »Als die Wahllokale schlossen, haben wir Protokolle bekommen, dass ich gewonnen hatte. Das war vollkommen unerwartet«, sagt sie. Sie habe im Büro gesessen und gedacht, jeden Moment werde die Spezialeinheit Omon eintreffen, um sie abzuholen, jene bewaffneten Männer in schwarzen Uniformen, die für ihre Brutalität berüchtigt sind.

Am nächsten Tag erklärt die Zentrale Wahlkommission Alexander Lukaschenko zum Wahlsieger. Tichanowskaja geht mit einem ihrer Mitstreiter, einem Anwalt, zur Wahlleitung, um Beschwerde einzulegen. »Dort habe ich zwei Männer angetroffen, die drei Stunden mit mir geredet haben. Es war ein sehr schwieriges Gespräch. Ich musste mich entscheiden: Entweder würde ich, wenn ich aus dem Gebäude gehe, eingesperrt. Oder sie würden mir erlauben, das Land zu verlassen. Die Männer sagten: Sie werden Ihre Kinder 15 Jahre lang nicht sehen. Danach habe ich mich entschieden zu gehen.«

Das ist Tichanowskajas Version, niemand ist bei dem Gespräch dabei. Der sie begleitende Anwalt wird nicht zu ihr in den Raum gelassen und später zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Noch immer fällt es Tichanowskaja schwer, über jene Tage zu sprechen. Niemals in ihrem Leben habe sie so unter Druck gestanden, sagt sie leise. »Ich habe mich furchtbar gefühlt, das Land zu verlassen. Es war wie Betrug.« In den Tagen nach der Wahl protestieren Tausende, es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, viele werden verhaftet und misshandelt.

Sicherheitskräfte bringen Tichanowskaja zur Grenze. Bei ihrer Ankunft in Vilnius sei sie nur halb bei Bewusstsein gewesen, sagt sie. Anna Krasulina, die kurz nach ihr in Litauen eintrifft, erinnert sich, dass Tichanowskaja kaum sprechen konnte, sie habe wie traumatisiert gewirkt.

»In den ersten Wochen habe ich nicht verstanden, was um mich herum geschieht«, sagt Tichanowskaja. Der Westen sieht sie als Führerin der unterdrückten belarussischen Opposition und mutmaßliche Wahlgewinnerin. Der kanadische Außenminister will mit ihr sprechen. »Ich hatte solche Angst davor«, sagt Tichanowskaja. Er habe sie gefragt, wie es nun weitergehe und was sie als Nächstes vorhabe. Fragen, auf die Tichanowskaja keine Antworten hat.

Weitere Oppositionelle kommen nach Vilnius, um ihr zu helfen. »Menschen, die ich nie gesehen hatte.« Tichanowskaja übt, Interviews zu geben, den Europäischen Rat vom Europarat zu unterscheiden und in den ersten zehn Minuten eines Gesprächs auf das Wesentliche zu kommen. Am Anfang habe sie stets zu lange über die Situation in Belarus geredet, sagt sie, und sei nur dankbar gewesen, wenn ihr jemand zugehört habe. Einer ihrer Mitstreiter sagt, sie wisse inzwischen auch, was sie nicht sagen solle. Kurz: Tichanowskaja lernt, Politikerin zu sein.

Auch äußerlich beginnt sie sich zu verändern. Eine Visagistin gibt Make-up-Hinweise, eine Stylistin rät ihr zu einem kürzeren Haarschnitt und hilft mit der Garderobe. Auf Fotos kann man die Verwandlung verfolgen. Im vergangenen Jahr hat Tichanowskaja lange Haare, lächelt manchmal, selten trägt sie Kleider oder hochhackige Schuhe; auf aktuellen Bildern hält sie oft die Arme vor der Brust verschränkt, blickt eher misstrauisch in die Kamera und trägt Blazer oder Etuikleid zu hochhackigen Pumps. Im Wahlkampf hat Tichanowskaja mehrere Kilo abgenommen. Sie ist nun eine Oppositionsführerin ohne Land, und jeder Tag ist eine komplette Überforderung. Bis heute.

An diesem Augusttag in Vilnius sagt sie, sie wisse selbst nicht, wie sie ihre Rolle beschreiben solle. »Ich habe eine besondere Bezeichnung für mich erfunden: Ich bin eine intuitive Politikerin.« Kurz darauf stellt sie auch diesen Ausdruck wieder infrage. »Wie kann ich mich so nennen? Ich habe keine Erfahrung. Viele Sachen verstehe ich nicht in diesem politischen Spiel.«

Manchmal fürchtet sie, benutzt zu werden. Es gibt nun viele, die sie treffen wollen, und sehr viele verschiedene Interessen. Nicht immer durchschaut sie, was sich dahinter verbirgt. Auch innerhalb ihres Teams sind verschiedene Menschen mit verschiedenen politischen Überzeugungen. Nicht alle würden, wenn sie es denn könnten, dieselbe Partei wählen, sagt einer ihrer Mitstreiter.

Es gibt in Tichanowskajas Umfeld mehrere junge Männer, die großen Einfluss auf sie haben, wer in ihre Nähe will, muss sich gut mit ihnen stellen. Auf Auslandsreisen folgen sie ihr wie Schatten.

Ihr außenpolitischer Chefberater, 33 Jahre alt, seit vielen Jahren im Widerstand gegen Lukaschenko, hat in den USA studiert, ist Journalist und Stipendiat der US-amerikanischen Denkfabrik Atlantic Council. Ein weiterer Berater, 27, hat das Fach Internationale Beziehungen in Litauen und Spanien studiert. Tichanowskajas persönlicher Referent, 20, unterbrach sein Studium an der Universität Harvard, um bei den Protesten in Belarus dabei zu sein. Und der Beauftragte für Außenpolitik, 45, war Diplomat unter Lukaschenko, ehe er mit dem Regime brach, später arbeitete er für die Weltbank in Washington. Sie alle sprechen geschliffenes Englisch und kennen sich aus im internationalen Politikgeflecht. Sie helfen Tichanowskaja, professionell aufzutreten. Aber sie machen es ihrem Gegner Lukaschenko auch leicht, Tichanowskaja als vom Westen gesteuert darzustellen.

Seit der Niederschlagung der Proteste vom vergangenen Sommer herrscht Stille in Belarus. Laut BBC wurden 270 Nichtregierungsorganisationen verboten, darunter politische Gruppierungen, aber auch Verbände, die sich für die Umwelt und die Rechte Behinderter einsetzen. Unabhängige Medien existieren nicht mehr. Inzwischen gibt es nach Angaben belarussischer Menschenrechtler mehr als 900 politische Häftlinge und kaum noch öffentliche Proteste. So fehlen die Bilder, die es braucht, damit die Welt ihren Blick auf Belarus richtet. Nun ist es Tichanowskajas Mission, ihrer Heimat Aufmerksamkeit zu verschaffen. Als das Gesicht, als die Stimme des anderen Belarus.

Anfang Oktober ist es noch sommerlich warm in Athen. Swetlana Tichanowskaja ist zum Athens Democracy Forum eingeladen, einer jährlichen Konferenz, auf der über den Zustand der Demokratie diskutiert wird. In der Stoa des Attalos, einer rekonstruierten antiken Wandelhalle, sitzt sie auf einem Podium zwischen dem israelischen Historiker und Bestseller-Autor Yuval Noah Harari und Mete Coban, einem jungen britischen Labour-Politiker. Der Moderator und die beiden Männer reden über die Krise der Demokratie im Westen, darüber, dass die Zweifel am System wachsen und viele Bürger nicht mehr an Wahlen teilnehmen, aus Misstrauen. Tichanowskaja hält ihre Hände über den Knien gefaltet, sie schweigt.

Schließlich sagt sie, im Unterschied zu den Demokratien im Westen sei in ihrem Land nur eine Wahl ehrlich gewesen, Anfang der 1990er, danach sei immer betrogen worden. »Und wir konnten es nicht beweisen, aber die letzte Wahl wurde uns gestohlen.« Sie spricht von politischen Gefangenen und von Folter. Es wird klar, dass es um verschiedene Blickrichtungen auf die Welt, den Westen und die Demokratie geht. Die einen machen sich Sorgen, weil Menschen der Demokratie überdrüssig werden. Die andere macht sich Sorgen, weil die Menschen in ihrem Land bisher vergeblich um Demokratie kämpfen.

Eine griechische ZuhörerIn sagt nach der Diskussion, das sei das erste Mal gewesen, dass sie überhaupt von Belarus gehört habe.

Später gibt es ein Abendessen auf dem Dach eines Restaurants mit Blick auf die Akropolis. Tichanowskaja sitzt, die Schultern eingesunken, vor einer Reihe von Vorspeisen Moussaka, Kuskus, Fleischklößchen. Der Leiter des Athens Democracy Forum nimmt neben ihr Platz. Sie wirkt erschöpft, sagt, sie sei müde. Gerade ist sie aus Albanien gekommen, am Wochenende will sie zurück nach Vilnius zu ihren Kindern, nächste Woche dann wieder nach Frankreich und Polen. Der Konferenzleiter versucht, eine Unterhaltung zu beginnen: »Essen Sie auch so in

Belarus?«, er deutet auf die vielen Vorspeisen. Tichanowskaja blickt kurz auf: »Nein!«, und verstummt wieder. Sie ist keine Frau des Small Talks, das kostet sie zu viel Kraft.

Tichanowskajas außenpolitischer Chefberater verlässt zwischendurch immer wieder den Tisch, um zu telefonieren. Er wirkt aufgebracht. Er hat erfahren, dass der amerikanische Nachrichtensender CNN gerade ein Interview mit Lukaschenko geführt hat. »Die Staatspropaganda ist darüber sehr erfreut. Das Regime braucht Aufmerksamkeit, das ist die Grundlage seiner Legitimation«, sagt er. Am Ende wird das Gespräch tatsächlich ausgestrahlt. »Haben Journalisten keine Ethik?«, fragt er.

Am nächsten Tag im Athener Hotel Grande Bretagne schimmert alles golden, die Vorhänge, die Stühle, die Leuchter. Tichanowskaja trifft den ungarischen Außenminister Péter Szijjártó zu einer öffentlichen Diskussion. Sie sind die Vertreter zweier Länder des ehemaligen Ostblocks, die an sehr unterschiedlichen Punkten in ihrer Entwicklung stehen ein Land, dessen Führung oft den Anschein erweckt, nicht mehr zur EU gehören zu wollen, und eines, dessen Opposition den Anschein erweckt, unbedingt dazugehören zu wollen.

Der ungarische Außenminister ist von Beginn an auf Abwehr eingestellt. Szijjártó sagt, er habe sich kürzlich mit dem belarussischen Außenminister getroffen, er sei für eine pragmatische Zusammenarbeit mit Belarus. Ungarn trage die Sanktionen der EU gegen Belarus mit, aber bald würden diese als Drohmittel nicht mehr wirken. »Sind denn die Sanktionen gegen Russland erfolgreich gewesen?«, fragt er.

Der Moderator wendet sich an Tichanowskaja, die neben dem ungarischen Außenminister immer mehr an den Rand ihres Sessels zu rutschen scheint. Sie sagt, sie habe einen Dialog versucht, das Regime habe ihn abgelehnt. »Sanktionen sind der einzige Weg, das Regime unter Druck zu setzen.« Der Ungar widerspricht, wirft dem Westen, der EU, zu der auch sein Land zählt, »Heuchelei« vor. Weil China, zum Beispiel, trotz der dortigen Menschenrechtsverletzungen der größte Handelspartner Europas sei. Er wird immer lauter: »Aber wir werden die ganze Zeit belehrt, wie wir leben sollen!« Die ungarische Regierung sei christlich-konservativ, nicht liberal. Der Westen monopolisiere die Demokratie.

Tichanowskaja beobachtet den Ausbruch ihres Gesprächspartners schweigend von der Seite. Später fragt sie auf dem Flur des Hotels die Reporterin, ob es möglich sei, Rhetorik zu lernen. Bis vor anderthalb Jahren hat sie nie auf einem Podium gesessen, niemand fragte sie nach ihrer Meinung zur Demokratie oder der Situation in ihrem Land. Nun fürchtet sie manchmal, dass sie neben Profipolitikern nicht bestehen kann, zu schlichte Worte benutzt oder nicht die treffenden Begriffe findet.

Ende Oktober, ein zweiter Besuch bei Swetlana Tichanowskaja in Vilnius. Erschöpft sitzt sie im Konferenzraum, ihre Stimme klingt monoton, als sei jede Gefühlsregung zu viel. Tichanowskaja sagt, ihre Babysitterin habe aufgehört, sie musste zurück nach Belarus. Deshalb wartet Tichanowskajas Sohn schon nebenan im Büro, und gleich muss sie ihre Tochter von der Schule abholen. Tichanowskaja sagt, sie schlafe nur fünf Stunden pro Nacht. Um sechs in der Früh stehe sie auf, am Abend mache sie Hausaufgaben mit ihren Kindern, danach bereite sie sich auf das nächste politische Treffen vor. Der wichtigsten Anwältin ihres Mannes in Belarus ist gerade die Zulassung entzogen worden mitten in dessen Prozess, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Nun muss ein Stellvertreter einspringen.

Tichanowskaja erfährt nur über die Anwälte, wie es ihrem Mann geht, direkten Kontakt lassen die Sicherheitsbehörden nicht zu. Lediglich die Briefe der Kinder erreichen ihn. An manchen Tagen ist nicht klar, wie Swetlana Tichanowskaja das alles überhaupt schafft. Als sie um halb sechs an diesem Abend aufbricht, sagt sie, ihre Tochter werde wohl die Letzte sein, die von der Schule abgeholt wird.

Später kehrt Tichanowskaja noch einmal mit ihren Kindern ins Büro zurück. Sie will an einer Videokonferenz teilnehmen, es geht um einen Aufruf zu einem landesweiten Streik in Belarus. Die vier Teilnehmer dieser Konferenz sind alle im Ausland neben Tichanowskaja eine belarussische Biotech-Unternehmerin, zugeschaltet aus den USA, außerdem ein Oppositionspolitiker sowie ein Vertreter einer Gewerkschaft, beide sind in Polen. Auf YouTube

verfolgen fast 4000 Menschen die Diskussion. Die Gesprächspartner reden über Vorgänge im Inneren eines Landes, in dem keiner von ihnen mehr lebt. Eine absurde Situation.

Die Diskussion wird bald zu einem Streit darüber, ob ein Streik von ihnen unterstützt werden sollte oder nicht. Swetlana Tichanowskaja sagt wenig. »Wie könnt ihr das Volk einen, wenn ihr euch selbst nicht einig seid?«, fragt ein Zuschauer im Chat. Je länger die Opposition im Ausland weilt, desto größer ist die Gefahr des Bedeutungsverlusts und dass jede Gruppe eigene Wege einschlägt. Am Ende einigen sich die vier in der Runde doch: Ein Streik wäre im Augenblick nicht effektiv, er sei nicht gut genug vorbereitet.

Gegen halb neun verlässt Tichanowskaja mit den Kindern und den Personenschützern das Büro. Keiner ihrer Mitarbeiter war je in ihrer Wohnung, die Adresse ist geheim. Anna Krasulina, ihre Sprecherin, bleibt noch und will reden. Sie hat eine schwer kranke Mutter in Belarus, ihre Eltern fordern sie auf, ihren politischen Überzeugungen abzuschwören und zurückzukehren. Krasulina lebt in Vilnius mit ihren beiden Kindern in einer Art Hotel. Ihre Hoffnungen liegen auf Swetlana Tichanowskaja. Es geht um den politischen Kampf, aber auch um Krasulinas Existenz. Andere aus dem Team haben ähnliche Schicksale. Tichanowskaja weiß das. Der Druck auf sie steigt, je länger Lukaschenko an der Macht bleibt.

An einem Abend im November hält Tichanowskajas Limousine vor dem Finanzministerium in Berlin. Gleich wird sie den künftigen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz treffen.

Die Flüchtlingskrise an der polnisch-belarussischen Grenze hat gerade ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, die Welt schaut wieder auf Belarus und will wissen, was dessen Machthaber vorhat. Dadurch steigt zugleich die Aufmerksamkeit für Swetlana Tichanowskaja.

Die Helmut-Schmidt-Stiftung, die 2017 vom Deutschen Bundestag gegründet wurde, hat Tichanowskaja nach Berlin eingeladen, sie soll einen Vortrag über Demokratie halten. Aber Tichanowskaja will nicht nur eine Rede halten, das war die Bedingung, sondern auch die Spitzenpolitiker der wichtigsten Parteien treffen. Dies zu organisieren war nicht leicht für die Stiftungsmitarbeiter. Denn nicht nur die Frage der Bezeichnung von Tichanowskaja ist kompliziert, auch ihr Status ist unklar. Sie und ihr Team gelten nicht als offizielle Regierungsdelegation, aber die Sicherheitsvorkehrungen für den Besuch sind ähnlich hoch.

Während ihres Aufenthalts in Deutschland gibt Tichanowskaja ein Interview nach dem anderen und sagt stets das Gleiche: Lukaschenko wolle mit der Flüchtlingskrise Europa spalten und erpressen. Die EU müsse hart und vereint bleiben. Das Regime verstehe nur die Sprache der Macht, deshalb seien harte Sanktionen nötig.

An ihrem zweiten Tag in Berlin trifft sie im Bundestag Janine Wissler, die Parteivorsitzende der Linken, später folgt Norbert Röttgen, der sich damals gerade für den CDU-Vorsitz bewirbt. Röttgen begrüßt sie auf dem Flur des Paul-Löbe-Hauses, sie sagt wie so oft nicht viel, Stille entsteht. Ihr Außenpolitik-Beauftragter und ihr persönlicher Referent weichen ihr nicht von der Seite, halten Mappen bereit, darin sind Fotos der Gesprächspartner mit kurzen Erläuterungen, damit sie stets weiß, mit wem sie spricht.

Als Nächstes eilt sie zu den Grünen: Robert Habeck, Annalena Baerbock und Claudia Roth umarmen sie, haben »Swetlana« schon öfter getroffen. Durch einen unterirdischen Gang gelangt Tichanowskaja dann in das Restaurant der Parlamentarischen Gesellschaft: dicke rote Teppiche, Parkett, livrierte Kellner. Paul Ziemiak, der Generalsekretär der CDU, lädt sie zum Mittagessen ein. Zum Schluss ist sie noch mit der FDP verabredet, mit den Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff und Gyde Jensen, Christian Lindner musste kurzfristig absagen.

Irgendwann sieht Tichanowskaja niemanden mehr richtig an, ihr Blick ist nach innen gerichtet, für ihr Umfeld erscheint sie unerreichbar. Mit einigen, die sie eingeladen und alles für sie organisiert haben, wird sie bis zu ihrer Abreise kein Wort wechseln. Einer der begleitenden Fotografen nennt sie nach diesem Tag im Bundestag »die Eisprinzessin«. Tichanowskajas Außenpolitik-Beauftragter ist dagegen begeistert von seiner Chefin. Sie stelle oft

intuitiv die richtigen Fragen. Bei Olaf Scholz habe sie sich zum Beispiel erkundigt, wen sie ansprechen könne, damit die Deutsche Welle mehr über Belarus berichte. Das könne sie ihm überlassen, habe Scholz geantwortet.

Kurz vor dem Vortrag für die Helmut-Schmidt-Stiftung sitzt Tichanowskaja in Berlin im Untergeschoss des Museums für Kommunikation. Mit ihrem Außenpolitik-Beauftragten geht sie noch einmal die Rede durch, übt die Aussprache mancher englischen Wörter.

Später spricht Swetlana Tichanowskaja vor etwa 200 Gästen. Sie wirkt souverän, als hätte sie nie etwas anderes gemacht. In diesem Augenblick wird offenbar, warum viele sie bewundern. Sie zeigt, wozu ein Mensch fähig ist, wenn er muss oder glaubt, dazu gezwungen zu sein. Sie sagt, sie sei aus Liebe zu ihrem Mann angetreten und habe nicht gedacht, dass sie gewinnen könnte. »Ich war noch nicht einmal sicher, dass ich die Kraft und den Mut haben würde, den Wahlkampf durchzustehen.« Sie verknüpft das Persönliche mit dem Politischen. Was in Deutschland und im Westen als gegeben hingenommen werde, dafür müssten die Belarussen jeden Tag kämpfen: die Freiheit. Am Ende gibt es sehr viel Applaus.

Im anschließenden Gespräch fragt sie der ZEIT-Journalist Matthias Naß, der die Veranstaltung moderiert, ob Lukaschenko überhaupt noch Anhänger habe. »Ja«, sagt sie, »in der älteren Generation, die noch in der Sowjetunion aufgewachsen ist und zum Teil noch nie das Land verlassen hat.« Tatsächlich zeigt eine Online-Umfrage der unabhängigen britischen Denkfabrik Chatham House aus diesem Sommer, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung nach wie vor hinter Lukaschenko steht, ein Drittel die Opposition unterstützt, während das letzte Drittel neutral ist.

Nach der Veranstaltung fragt Tichanowskaja ihre Berater: »Wie war es?« Ihr ist es peinlich, dass sie bei manchen Wörtern ihre Leute öffentlich nach der englischen Übersetzung fragen musste. Der Außenpolitik-Beauftragte fand sie gut, ihr Fotograf hat beobachtet, dass sich ein paar Zuhörer bei ihrem Vortrag Tränen aus den Augen wischten.

Kurz nach Tichanowskajas Berlin-Besuch wird Angela Merkel, zu diesem Zeitpunkt noch im Amt, zweimal mit Lukaschenko wegen der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze telefonieren. Tichanowskaja sagt dazu öffentlich, dies habe »aus Sicht des belarussischen Volkes sehr seltsam« gewirkt. Ihr außenpolitischer Chefberater sagt gegenüber der ZEIT, sie seien enttäuscht, dass Merkel mit Lukaschenko gesprochen habe wie mit einem Staatsführer, auch wenn sie ihn nicht Präsident genannt habe.

Bald darauf ruft Merkel auch Tichanowskaja an. Dies sei ein wichtiges Signal für Belarus gewesen, sagt der Chefberater. Die frühere Kanzlerin habe damit gezeigt, dass sie Tichanowskaja vertraue und an ihrer Seite stehe. Wenig später wirft Merkel der belarussischen Führung angesichts der Flüchtlingskrise eine »hybride Attacke« zur Destabilisierung der EU vor. Ein paar Tage danach wird die EU neue Sanktionen gegen Belarus beschließen.

Doch so weit ist es noch nicht, als Tichanowskajas Aufenthalt in Deutschland seinen Höhepunkt erreicht. Sie ist im Bundestag zur parlamentarischen Debatte über die Migrationskrise eingeladen. Tichanowskaja setzt sich auf der Besuchertribüne ganz nach vorn. Allerdings ist sie mitten in eine Debatte über Corona geraten. Um Migration geht es nicht, nach etwa 20 Minuten unterbricht die Bundestagspräsidentin und sagt: »Auf der Ehrentribüne hat die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja Platz genommen.« Die steht auf, und unten im Plenarsaal erheben sich die Abgeordneten und klatschen. Inhaltlich bringt dieser Besuch im Parlament nichts, aber es geht um internationale Anerkennung, um Sichtbarkeit.

Danach ist ihr Team euphorisch, der Außenpolitik-Beauftragte freut sich: »Genau das, was wir wollten!« Es ist das erste Mal in diesen Wochen, dass sich bei Tichanowskaja und ihren Mitarbeitern für einen Augenblick so etwas wie Leichtigkeit einstellt. Anschließend geht es zum Bundespräsidenten. Es folgt ein Runder Tisch mit Vertretern von NGOs und Thinktanks, zwischendurch noch ein Auftritt vor belarussischen Künstlern und dann noch mal ein Treffen im Bundestag, mit SPD-Abgeordneten. Namen, Gesichter, Reden. Tichanowskaja wirkt, als habe sie auf Autopilot geschaltet. Wenn man sie zwischendurch anspricht, reagiert sie nicht mehr.



Alle ihre Gesprächspartner fragen sie nicht nur nach der gegenwärtigen Situation in Belarus, nach einer Lösung für die Migrationskrise, sondern stets auch nach Russland, dem mächtigen Nachbarn. Tichanowskaja hat keinen Kontakt zum Kreml, am Anfang hat sie sich darum bemüht, eine Antwort gab es nie. Ihr Außenpolitik-Beauftragter betont in allen Gesprächen, er wisse nicht, ob Putin etwas mit der Situation an der Grenze zu tun habe, dafür gebe es keine Beweise. Wahr ist aber auch: Ohne Russland wäre Alexander Lukaschenko vermutlich nicht mehr an der Macht. Die beiden Länder sind eng miteinander verwoben, sprachlich, wirtschaftlich, politisch. Gerade haben sie einen Fahrplan zur weiteren wirtschaftlichen Integration vereinbart. Analysten sind sich einig: Wie auch immer Putin zu Lukaschenko stehen mag, die russische Führung werde niemals zulassen, dass Vertreter der Straßenproteste wie Tichanowskaja in Belarus die Macht übernehmen. Denn das würde ein Signal in Richtung Russland senden, dass zivilgesellschaftliche Massendemonstrationen tatsächlich etwas bewirken können.

Am letzten Abend in Berlin will eine junge deutsche Politaktivistin bei einer Veranstaltung der BMW-Stiftung mit Swetlana Tichanowskaja über feministische Führung sprechen. Die Aktivistin beschreibt die Macht des Patriarchats, das die Frauen seit Tausenden Jahren unterdrücke. Dies ist eher nicht Tichanowskajas Thema. »Ich würde uns nicht als feministische Bewegung bezeichnen«, sagt sie. Tichanowskaja passt nicht recht als Vorbild für den Kampf um Gleichberechtigung, der im Westen geführt wird. Die Proteste in Belarus waren nicht feministisch motiviert, auch wenn sie ein weibliches Gesicht hatten.

In Vilnius hatte Tichanowskaja einmal über ihre Rolle als Frau gesprochen: »Ich dachte, ich habe nichts Besonderes gemacht und alle würden dasselbe tun wie ich. Erst vor Kurzem habe ich begriffen: Vielleicht bin ich wirklich eine starke Frau. Und vielleicht war ich immer eine starke Frau und habe das nie gesehen.« Zehn Jahre lang hat sie sich um ihren Sohn gekümmert, ohne zu wissen, wie er sich entwickeln würde. Auch da hatte sie das Gefühl, keine Wahl zu haben. Im Rückblick erscheint es Tichanowskaja wie eine Vorbereitung auf ihre jetzige Aufgabe. Ihr Mann im Gefängnis, sie allein mit zwei Kindern im Exil, und niemand weiß, wie es ausgeht.

Als sie schließlich in der vergangenen Woche von der Verurteilung ihres Mannes zu 18 Jahren Haft erfährt, ist Tichanowskaja gerade in Brüssel, einer ihrer Mitarbeiter informiert sie. Später beschreibt sie, was in diesem Moment in ihr vorging: »In mir ist alles gefroren. Ich fühlte eine Last auf meinem Herzen. Und ich wusste, diese Last wird nicht weichen, bis er freikommt.« Lukaschenko räche sich an einem seiner stärksten Gegner, und damit vielleicht auch an ihr.

Vor etwa anderthalb Jahren, als alles begann, erzählte Tichanowskaja in Interviews, sie wünsche sich ihr altes Leben zurück. Die Ruhe, den Frieden, die Familie. Inzwischen sagt sie das nicht mehr, sie weiß, dass es nicht geht. Zu viel ist passiert, ihr Land ist nicht mehr das alte, sie ist nicht mehr dieselbe, und ihr Mann wird nicht mehr derselbe sein, wenn er aus der Haft kommt. Einmal sagt sie, sie werde dann ihren Platz sofort für ihn räumen. Er wäre wieder die Hauptperson. Swetlana Tichanowskaja klingt fast erleichtert bei dem Gedanken. Es bleibt eine Illusion. Denn ob sie es will oder nicht: Die Welt schaut nun anders auf sie.

\*\*\*

## **HINTER DER GESCHICHTE**

Für diesen Artikel war unsere Reporterin in den vergangenen Monaten zweimal in Litauen, außerdem hat sie Swetlana Tichanowskaja in Paris, Athen und Berlin begleitet. Von Interviews mit Verwandten, Mitstreitern und Freunden in Belarus bat Tichanowskaja abzusehen, um diese nicht zu gefährden.

\*\*\*

## **Der laute Protest einer leisen Frau**

**Juli 1994**

Wenige Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion wird Alexander Lukaschenko zum Präsidenten von Belarus gewählt. Swetlana Tichanowskaja ist damals elf Jahre alt

### **März 2019**

Tichanowskajas Ehemann startet einen YouTube-Kanal, auf dem Lukaschenkos Regime kritisiert wird. Es ist der Beginn einer politischen Kampagne gegen den autoritären Herrscher

**Mai 2020** Der Ehemann verkündet seine Kandidatur für die bevorstehende Präsidentschaftswahl und wird daraufhin verhaftet. Swetlana Tichanowskaja tritt kurzerhand an seiner Stelle an

**August 2020** Die unverhoffte Kandidatin tourt im Wahlkampf durch Belarus und wird von Unterstützern gefeiert (Foto oben). Nach der Wahl präsentiert sich Lukaschenko als Sieger

**Juli 2021** Tichanowskaja, seit fast einem Jahr im Exil in Litauen, reist unermüdlich um die Welt und trifft Staats- und Regierungschefs. US-Präsident Joe Biden empfängt sie im Weißen Haus (unten)

### **November 2021**

Eskalation an der Grenze zwischen Belarus und Polen: Das Regime motiviert offenbar Migranten und Flüchtlinge zum Übertritt in die EU. Tichanowskaja kämpft darum, dass der Westen die Unterdrückung der Opposition nicht aus dem Blick verliert

### **Dezember 2021**

In Belarus wird Tichanowskajas Ehemann (oben, Mitte) zu 18 Jahren Haft verurteilt. Sie und zwei Mitstreiterinnen erfahren kurz darauf, dass sie den renommierten Karlspreis der Stadt Aachen erhalten

**Load-Date:** December 23, 2021

# Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja nach Litauen geflüchtet; Die bei der Präsidentschaftswahl unterlegene Swetlana Tichanowskaja hat ihr Land verlassen. Sie sei in Sicherheit, twitterte der litauische Außenminister.

Dienstag 11. August 2020 6:16 AM GMT

Copyright 2020 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Belarus; Ausg. 33

**Length:** 300 words

**Byline:** Angelika Finkenwirth

## Body

---

Inmitten der Proteste in Belarus hat Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja ihr Land verlassen und befindet sich derzeit in Litauen. Dies twitterte der litauische Außenminister Linas Linkevicius. "Sie ist in Sicherheit", schrieb er.

Tichanowskaja hatte am Vortag noch bei einer Pressekonferenz gesagt, dass sie im Land bleiben werde und weiter kämpfen wolle. Sie hatte sich aber auch massiv bedroht gefühlt von den Sicherheitskräften um den amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko. Der 65-Jährige hat mit dem Einsatz der Armee gedroht, um seine Macht auch nach 26 Jahren für eine sechste Amtszeit zu verteidigen.

Viele Bürger hatten gegen das Wahlergebnis protestiert, laut dem Lukaschenko mehr als 80 Prozent der Stimmen erhalten haben soll. Tichanowskaja, die im Vorfeld der Wahl regen Zulauf zu ihren Kundgebungen gehabt hatte, soll nur auf knapp zehn Prozent gekommen sein. Die 37-Jährige hatte sich am Montag selbst zur Wahlsiegerin erklärt und Lukaschenko zum Rückzug aufgerufen. Bei der Wahlkommission hatte sie zuvor formal den Antrag auf eine Neuauszählung der am Sonntag abgegebenen Stimmen gestellt.

### Kinder auch in Sicherheit

Am Montag hatte zunächst Unklarheit über ihren Aufenthaltsort geherrscht. Nachdem der litauische Außenminister über mehrere Stunden lang vergeblich versuchte, sie zu erreichen, äußerte er Sorgen hinsichtlich ihrer Sicherheit. Bei einer Demonstration Minsk war ein Teilnehmer bei Zusammenstößen mit der Polizei gestorben.

Tichanowskaja hatte zuvor auch ihre Kinder außer Landes bringen lassen. Wohin ist nicht bekannt. Ihr Mann Sergej Tichanowski, ein regierungskritischer Blogger, sitzt in Haft. Tichanowskaja war an seiner Stelle bei der Wahl angetreten und hatte als einzige Oppositionelle eine Zulassung als Kandidatin erhalten.

**Load-Date:** August 11, 2020

# »Ein Jahr voller Stress, Nervosität, Überlebenskampf«; Im Exil schaut die belarussische Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja mit ihren Kindern Videos gegen das Vater-Vergessen, ihre Verbündete Tatjana Chomitsch schreibt der Schwester Briefe, die nie ankommen. Sie geben nicht auf

17. Juni 2021

Copyright 2021 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

## DIE ZEIT

**Section:** POLITIK; »Ein Jahr voller Stress, Nervosität, Überlebenskampf«; S. 6-7; Ausg. 25

**Length:** 2618 words

**Byline:** Alice Bota, Michael Thumann

### Body

---

Als ihr Mann Sergej im Mai 2020 verhaftet wurde, kandidierte Swetlana Tichanowskaja an seiner Stelle gegen den Diktator Alexander Lukaschenko. Unterstützt wurde sie von zwei Frauen Maria Kolesnikowa und Veronika Zepkalo. Das Trio wurde weltberühmt. Die Wahl, die massiv gefälscht wurde, hat Tichanowskaja mutmaßlich gewonnen. Sie sieht sich als Anführerin des freien Belarus. Nach der Wahl flohen Tichanowskaja und Zepkalo ins Exil. Maria Kolesnikowa blieb in Belarus und sitzt seit September im Gefängnis. Ihr werden eine Verschwörung zur verfassungsfeindlichen Machtergreifung und die Gründung einer extremistischen Vereinigung vorgeworfen. Kolesnikowas Arbeit setzt nun ihre Schwester Tatjana Chomitsch fort. Sie traf sich in Berlin mit Swetlana Tichanowskaja.

**DIE ZEIT:** Frau Tichanowskaja, Frau Chomitsch, Sie beide mussten aus Belarus emigrieren. Heute leben Sie in Vilnius beziehungsweise Warschau. Wie haben Sie dieses Schicksalsjahr erlebt?

**Swetlana Tichanowskaja:** Es war ein sehr schwieriges Jahr. Damals im Wahlkampf waren wir alle enthusiastisch. Wir haben an Veränderungen geglaubt, Mascha hat daran geglaubt.

**ZEIT:** Mit Mascha meinen Sie Maria Kolesnikowa, die sich mit Ihnen zusammenschloss, um Sie bei der Wahl im August 2020 als Lukaschenkos Herausforderin zu unterstützen.

**Tichanowskaja:** Mascha war der Motor. Sie hat mir viel beigebracht. Doch nach der Wahl brach in Belarus die Hölle los, das Leben wurde zum Kampf. Jeden Tag eine Flut von Nachrichten über Menschen, die geschlagen und gefoltert wurden. Ich musste versuchen, von Vilnius aus für Sergej einen Anwalt zu organisieren und ihm die nötigsten Dinge ins Gefängnis zu schicken. Dazu kamen politische Treffen, bei denen nichts klar war und ich viel auf einmal lernen musste. Und dann noch die Kinder! Es war ein Jahr voller Nervosität, Stress und Überlebenskampf. Aber ich wusste immer, dass hinter mir Hunderttausende stehen. Man kann nicht einfach aufhören und Pause machen.

**ZEIT:** Gab es Schlüsselmomente?

**Tichanowskaja:** Als meine Kinder anonym bedroht wurden. Das war der Tag, an dem ich beinahe alles hingeschmissen hätte. Ich habe die Kinder ins Ausland geschickt, damit sie, falls ich ins Gefängnis käme, nicht im Waisenhaus landen.

**ZEIT:** Sie leben beide im Exil. Sie, Frau Tichanowskaja, haben einen Stab im litauischen Vilnius. Wie sieht Ihr Tag aus?

**Tichanowskaja:** Ich wache auf, ich mache mich fürs Büro fertig. Ich wecke die Kinder, schicke sie zur Schule und fahre zur Arbeit. Interviews, Treffen, Telefonate, Gespräche mit führenden Politikern und mit Bürgern in Belarus. Ich mache Pläne für den nächsten Tag, bereite Reisen vor. Wenn jemand da ist, der die Kinder abholen kann, bleibe ich bis spät in die Nacht im Büro. Wenn niemand da ist, hole ich die Kinder ab, versuche, bei den Hausaufgaben zu helfen. Von allem ein bisschen. Ich versorge sie, erzähle ihnen eine Gute-Nacht-Geschichte und gehe wieder an die Arbeit. Die Kinder kommen im Moment viel zu kurz. Das schlechte Gewissen nagt an mir. Ich rede mir ein, dass unser Ziel jetzt viel wichtiger und von globaler Bedeutung ist und sie mir die kurze Zeitspanne verzeihen werden, in der ich ihnen nicht genug Zeit widmen kann.

**ZEIT:** Erinnern sich die Kinder an ihren Vater?

**Tichanowskaja:** Sie vermissen ihren Papa. Abends müssen wir uns Videos mit Sergej ansehen. Als Sergej inhaftiert wurde, war unser Sohn schon etwas älter, er hat daher mehr Erinnerungen an seinen Vater. Meine Tochter war erst vier Jahre alt. Die Erinnerungen verblassen. Also schauen wir ständig Videos und sehen Fotos wieder und wieder an, damit das Bild nicht erlischt.

**ZEIT:** Schicken Sie Ihrer Tochter immer noch Pakete und sagen, die seien von Papa, der auf Dienstreise ist?

**Tichanowskaja:** Ja, natürlich. Aber ihr Bruder hat zu ihr gesagt: Glaub bloß nicht, dass Papa auf Dienstreise ist. Papa ist im Gefängnis. Doch sie versteht nicht, was ein Gefängnis ist. Sie sagt zu mir: Papa ist im Gefängnis. Dann rennt sie los, um weiterzuspielen. Deshalb bringe ich Geschenke und sage ihr, dass sie von Papa sind. Doch mein Sohn weiß alles.

**ZEIT:** Fragt er Sie nach Politik?

**Tichanowskaja:** In der Vorstellung meines Sohnes ist Lukaschenko ein Mann, der Menschen tötet und schlägt, der Papa ins Gefängnis gebracht hat und von ganz Belarus bekämpft wird.

**Tatjana Chomitsch:** Die Kinder verstehen alles. Sie spüren, wo das Gute und wo das Böse liegt.

**Tichanowskaja:** Die belarussischen Eltern schonen ihre Kinder nicht mehr. Sie sagen ihnen, was los ist. Und ältere Kinder verstehen, was eine weiß-rot-weiße Fahne ist, wofür die Menschen kämpfen. Viele Kinder kommen zu den Mahnwachen mit. Wir müssen ihnen sagen, dass es Eltern gibt, die im Gefängnis sitzen, und dass diese Eltern Helden sind. Damit die Kinder verstehen.

**ZEIT:** Frau Chomitsch, noch vor der Wahl im August 2020 haben Sie mit Ihrer Schwester vereinbart, dass Maria in Belarus bleibt und Sie das Land verlassen. Nun drohen Ihrer Schwester zwölf Jahre Haft. Hatten Sie damit gerechnet?

**Chomitsch:** Wir dachten, das sei eine Ausreise für kurze Zeit, vielleicht für zwei Wochen. Wir wussten, dass es Risiken gibt. Aber wir hätten uns nicht vorstellen können, dass Mascha eine so lange Freiheitsstrafe drohen könnte und dieser Kampf so lange dauern würde.

**Tichanowskaja:** Wir hätten nicht gedacht, dass das Regime die Gerechtigkeit so auf den Kopf stellen könnte. Mascha hat nie über einen Staatsstreich gesprochen. Man hat ihr das Wort im Mund umgedreht.

**Chomitsch:** Auch bei früheren Wahlen wurden politische Gefangene als Geiseln benutzt. Doch so viele politische Gefangene wie jetzt hat es in den fast 27 Jahren zuvor unter Lukaschenko nicht gegeben.

**Tichanowskaja:** Wir lassen den Gedanken nicht zu, dass sie ihre Strafe bis zum Ende absitzen müssen. Deshalb sind wir hier wir sind frei. Wir versuchen alles, damit sie nicht so viele Jahre hinter Gittern verbringen. Doch in Belarus können wir nicht viel tun. Die Menschen sind völlig verängstigt. Es liegt in der Verantwortung der EU und anderer demokratischer Länder, den Belarussen zu helfen, wenigstens die Freilassung der Gefangenen, vielleicht sogar Neuwahlen zu erreichen.

**ZEIT:** Frau Tichanowskaja, Sie haben gesagt, dass Sie sich nie auf einen Deal einlassen würden, um Ihren Mann Sergej freizubekommen, solange es Hunderte Sergejs in den Gefängnissen gibt. Ein erstaunlicher Satz.

**Tichanowskaja:** Wir können nicht die Freilassung von fünf oder gar hundert aushandeln, während weitere vierhundert in Haft bleiben! Nein! Die Zahl der Gefangenen wächst. Entweder alle oder keiner.

**ZEIT:** Können Sie sich mit Ihrem Mann über solche Fragen austauschen?

**Tichanowskaja:** Früher, über den Anwalt. Aber die Gespräche wurden aufgezeichnet. Also übermittelt der Anwalt nun Neuigkeiten über die Kinder oder die Eltern.

**ZEIT:** Schreiben Sie Sergej noch Briefe?

**Tichanowskaja:** Nein. Ich glaube nicht, dass irgendjemand meine Briefe erhalten hat. Bei Mascha kam kein einziger an. Es herrscht Zensur.

**Chomitsch:** Manchmal kommt etwas durch. Nach anderthalbmonatiger Pause hat Mascha jetzt sieben Briefe erhalten. Zu ihrem Geburtstag gingen Hunderte Briefe an sie, aber keiner kam an. Trotzdem ist es gut, dass sie überhaupt von der Außenwelt hört.

**ZEIT:** Was wissen Sie beide über die Haftbedingungen?

**Tichanowskaja:** Ich weiß, dass Sergej seit neun Monaten in Einzelhaft ist. Es ist psychisch sehr belastend, weil er mit niemandem reden kann. Vor Kurzem wurde er in eine andere Stadt verlegt. Vorher gab es noch einen Fernseher, allerdings nur mit belarussischen Propagandasendern. Doch jetzt gibt es weder Radio noch Fernsehen. Er darf nur Bücher lesen. Wir abonnieren für alle Häftlinge Zeitungen.

**ZEIT:** Sergej sitzt in Isolationshaft, wie ist es mit Maria, Frau Chomitsch?

**Chomitsch:** Mascha war am Anfang mit vielen Frauen in der Zelle, die wie sie aus politischen Gründen im Gefängnis saßen. Die Frauen hatten gemeinsame Interessen, besprachen Projekte. Insbesondere Mascha hatte Ideen für die Zeit nach ihrer Freilassung, wie man den Strafvollzug verändern müsse. Sie sieht mit eigenen Augen, wie schlimm die Haftbedingungen sind und dass es an elementaren Hygieneprodukten fehlt. Außerdem halfen die Frauen Mascha, die Hunderte von Briefen zu sortieren, die sie im September und Oktober erhalten hat. Doch jetzt sitzt sie allein mit einer weiteren Frau in der Zelle, die keine politische Gefangene ist. Mascha hat einen Fernseher, es laufen die Staatssender.

**ZEIT:** Frau Tichanowskaja, Sie sagen, Ihr Mann sei eine Geisel des Regimes. Haben Sie keine Angst, dass er oder Maria für jede Ihrer politischen Forderungen bezahlen müssen?

**Tichanowskaja:** Die Frage ist eher, wie man nicht handeln kann. Denn dann würde niemand mehr auf die Straße gehen, und das wäre mit einem noch höheren Preis verbunden. Was namhafte Leute betrifft wie Mascha oder Sergej, scheint es mir, dass das Regime sich bemüht, sie nicht übermäßig zu foltern und gefügig zu machen, denn

das würde große Resonanz hervorrufen. Je weniger man über die Inhaftierten spricht, desto mehr sind sie in Gefahr. Öffentlichkeit schützt.

**Chomitsch:** Als Mascha im September 2020 entführt wurde, war ich besorgt, dass ich ihr mit Interviews schade. Aber Leute aus verschiedenen Ländern haben mich bestärkt, dass Öffentlichkeit notwendig ist. Dadurch wird der Gefängnisaufenthalt etwas sicherer.

**ZEIT:** Was fehlt den beiden dort am meisten?

**Chomitsch:** Mascha vermisst vor allem die Musik. Sie spielt und singt ihre Lieblingsstücke in Gedanken.

**Tichanowskaja:** Ich glaube, Sergej fehlen in der Einzelhaft Gespräche. Das Gehirn hat nichts zu tun, aber man muss es irgendwie beschäftigen. Sergej hat angefangen, ein Drehbuch zu schreiben. Als die Wärter davon erfuhren, nahmen sie ihm seine Aufzeichnungen weg. Er liest viel, aber das Licht in den Gefängnissen ist so furchtbar, dass sich die Sehkraft stark verschlechtert.

**Chomitsch:** Das Licht ist entweder grell oder schummrig. Es brennt Tag und Nacht.

**Tichanowskaja:** Wenn die Gefangenen schlafen wollen, ziehen sie Socken über die Glühbirnen. Es hängt auch von den Wärtern ab. Die harten schlagen Gefangene mit besonderer Grausamkeit oder wecken sie nachts und fragen Namen ab, obwohl es keinen Befehl dazu gibt. Andere handeln streng nach Vorschrift. Am schlimmsten ist das Isolationszentrum Okrestino.

**ZEIT:** Die Minsker Haftanstalt wurde berühmt für massenhafte Folter im vergangenen Sommer.

**Tichanowskaja:** Sie benutzen dort so viel Chlor in den Zellen, dass man nicht atmen kann. Für das geringste Fehlverhalten muss man in Arrest. Man kann geschlagen und entkleidet werden, nur weil man einem Wärter eine Frage gestellt hat. Dort sitzen Professoren, IT-Spezialisten, Musiker, Künstler, Journalisten, Ärzte, Menschenrechtsaktivisten. Körperlich hält man wahrscheinlich viel aus, aber moralisch wird man gedemütigt. Da sagen sie einem: Du bist ein »Politischer«, du wirst krepieren.

**ZEIT:** Wenn Sie zurückblicken: Hätten Sie anders handeln können? Gab es Fehler?

**Tichanowskaja:** Natürlich hätte ich in einigen Situationen anders handeln können. Ich hätte bleiben können, wie Mascha. Ich hätte mehr Druck auf die EU ausüben können, als es noch die großen Demonstrationen gab, damit die Sanktionsliste schmerzhafter für das Regime ausgefallen wäre. Es gab zu wenig Druck.

**Chomitsch:** Das liegt nicht nur an uns ... Jeder, der im Sommer und Herbst 2020 an Protesten beteiligt war, wird gesucht und eingesperrt. Wenn nicht für Jahre, dann kurzzeitig wegen administrativer Vergehen. Das Regime steckt Leute ins Gefängnis, weil sie weiß-rot-weiße Vorhänge aufhängen und weiß-rot-weiße Socken tragen. Die Menschen waren auf dieses Ausmaß an Gewalt nicht vorbereitet. Sie waren sehr wütend, als sie sahen, was mit ihren Angehörigen und Freunden geschah. Aber der Protest ist nicht in Gewalt ausgeartet. Es war eine Revolution der Würde. Das ist die größte Leistung der Menschen: Der Protest verlief von Anfang an friedlich und positiv.

**Tichanowskaja:** Wir sind nicht wie das Regime geworden, trotz der Gewalt. Die Grenze zur Gesetzlosigkeit hat das Regime überschritten. Es hat alle Gesetze missachtet. Es hat angefangen, sein eigenes Volk zu ermorden.

**ZEIT:** Sie sagten, dass Sie viel gelernt haben. Gehört dazu auch, dass Sie es abgelehnt haben, auf dem Filmfestival Berlinale über den roten Teppich zu laufen?

**Tichanowskaja:** Das ist meine innere Überzeugung, das habe ich nirgendwo gelernt. Gelernt habe ich die verschiedenen Strukturen was ist die OSZE, was sind die UN? Es gibt ja so viele Organisationen! Wer macht was? Sie müssen sich Namen, Gesichter, Positionen und Rollen merken. Wahrscheinlich ist es auch unmöglich zu lernen,

wie man politische Gespräche führt. Ich komme zu politischen Versammlungen und sage, was ich fühle. Das ist unsere Politik. Unsere Politik bedeutet Schmerz und darüber spreche ich.

**ZEIT:** Frau Tichanowskaja, wir haben Sie in den vergangenen Monaten mehrfach getroffen. Sie sagten uns, Sie sähen sich noch nicht als Politikerin, aber Sie würden sich dem Bild annähern. Sind Sie jetzt eine?

**Tichanowskaja:** Ich kann nicht sagen, dass ich eine Politikerin bin. Politik lernt man über viele Jahre. Das Leben hat mich in diese politische Arena gebracht nun tue ich einfach, was ich tun muss. Aber ich werde liebend gern die politische Laufbahn beenden, wenn die Häftlinge aus den Gefängnissen freigelassen werden und wir unseren neuen Präsidenten wählen.

**ZEIT:** Das alles fällt Ihnen sicher schwer.

**Tichanowskaja:** Natürlich ist es schwer. Gerade jetzt, da wir auf eine Verschärfung der Sanktionen drängen, treffen wir auf Widerstand. Lobbyisten arbeiten daran, Sanktionen zu verhindern. Sie sagen, man müsse hier härter, aber da weicher sein. Das kommt wahrscheinlich mit der Erfahrung. Und ich bin doch mehr Mensch als Politikerin. Solange du für jeden Menschen da draußen Schmerz empfindest, drehen sich deine Gedanken immer um sie. Deine ganze Politik basiert auf Gefühlen. Aber Politik muss wohl kaltblütig sein. Ich weiß es nicht. Ich habe es für mich selbst noch nicht wirklich herausgefunden.

**ZEIT:** Seit fast einem Jahr warnen Sie eindringlich vor der Gefahr, die von Lukaschenko ausgeht. Aber erst nach der Entführung des Aktivisten Roman Protassewitsch aus einem Flugzeug bewegt sich viel. Ist das nicht bitter?

**Chomitsch:** Diese Geschichte hat der Welt vor Augen geführt, dass Lukaschenkos Vorgehen nicht nur das Problem von Belarus ist. Uns wurde gesagt, dieser Autokrat sei unsere innere Angelegenheit. Wir haben gesagt, nein, er ist eine Bedrohung für die ganze demokratische Welt.

**Tichanowskaja:** Mir kommt es so vor, als seien die Europäer abgestumpft, denn es passiert so viel auf der Welt. In Belarus scherzen wir: Hört auf mit eurer Besorgnis, starken Besorgnis und sehr starken Besorgnis. Es ist an der Zeit, zur Tat zu schreiten! Ich hoffe sehr, dass die EU jetzt Zähne zeigen wird.

**ZEIT:** Sie haben uns im Herbst gesagt, dass Sie Ihr altes Leben zurückwollen.

**Tichanowskaja:** Ich will ein ruhiges Leben, aber es gibt keinen Grund mehr für mich, zu Hause zu bleiben. Es wird eine Menge zu tun geben, wenn wir einen neuen Präsidenten haben. Vieles wird sich ändern müssen, die Gesellschaft wird sich sprunghaft weiterentwickeln. Man muss nicht Präsident sein, um nützlich für sein Land zu sein. Wenn ich in der Politik gebraucht werde, werde ich wohl dabei sein müssen.

Die Fragen stellten **Alice Bota** und **Michael Thumann**

Tatjana Chomitsch führt den Kampf ihrer Schwester Maria Kolesnikowa aus Warschau fort

Swetlana Tichanowskaja wird vom Regime des Diktators Lukaschenko als »Terroristin« gesucht

**Load-Date:** June 18, 2021



# Russland schreibt Swetlana Tichanowskaja zur Fahndung aus; In Belarus und Russland wird nun nach der Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja gefahndet. Auf internationaler Ebene gelte die Ausschreibung aber nicht.

Mittwoch 7. Oktober 2020 5:08 PM GMT

Copyright 2020 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Swetlana Tichanowskaja; Ausg. 38

**Length:** 312 words

**Byline:** Judith Luig

## Body

---

Russland hat die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja nach Angaben der Agentur Tass zur Fahndung ausgeschrieben. Dies ergebe sich aus der Datenbank des Innenministeriums in Moskau. Sie werde wegen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch gesucht.

Wie Tass unter Berufung auf russische Sicherheitskreise schreibt, sei Tichanowskaja in Belarus zur Fahndung ausgeschrieben worden. Da beide Länder einen Unionsstaat bilden, werde das Gesuch auch in Russland umgesetzt. Auf internationaler Ebene gelte die Ausschreibung aber nicht.

Die 38-jährige Tichanowskaja gilt für die Opposition in Belarus als wahre Siegerin der Präsidentenwahl Anfang August. Präsident Alexander Lukaschenko hatte sich aber nach 26 Jahren an der Macht mit 80,1 Prozent der Stimmen für eine sechste Amtszeit bestätigen lassen. Seither gibt es Proteste im Land. Tichanowskaja floh kurz nach der Wahl nach Litauen.

Bei einem Besuch in Berlin traf Swetlana Tichanowskaja Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Im Anschluss erklärte Tichanowskaja, Merkel habe ihr viele Hinweise gegeben, wie Belarus aus der schwierigen Lage herauskommen könne. Sie bedankte sich für die Unterstützung.

CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen forderte nach dem Treffen mit Tichanowskaja direkte Sanktionen gegen Machthaber Alexander Lukaschenko. Der Präsident der ehemaligen Sowjetrepublik lehne inzwischen jeden Dialog ab, sagte Röttgen am Mittwoch nach einem Auftritt Tichanowskajas im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.

Die Bürgerrechtlerin hat mittlerweile im Exil damit begonnen, eine alternative Regierung aufzustellen. Es hieß, sie habe einen Vertreter für Wirtschaftsreformen und einen Menschenrechtsbeauftragten benannt. "Das Regime von Alexander Lukaschenko ist nicht nur illegal, sondern wird auch schon nicht mehr mit seinen Aufgaben fertig", schrieb die 38-Jährige im Nachrichtenkanal Telegram.

**Load-Date:** October 7, 2020

# Haecker-Preis geht an Maria Kalesnikava

Mittwoch 9. Februar 2022

Copyright 2022 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

## STUTTGARTER ZEITUNG

**Section:** LOKA; S. 20

**Length:** 497 words

**Byline:** Alexander Maier

**Highlight:** Esslingen verleiht im März den Menschenrechtspreis außer der Reihe an die belarussische Bürgerrechtlerin.

### Body

---

Maria Kalesnikava zählt zu den bekanntesten Gesichtern des Widerstands gegen das Regime in Belarus. Seit sich der Diktator Alexander Lukaschenko 2020 unter höchst fragwürdigen Umständen zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärt hatte, ist das Land in Aufruhr. Anfangs gingen Hunderttausende auf die Straßen, um gegen Wahlfälschung und für Demokratie zu demonstrieren - auch in der Esslinger Partnerstadt Molodetschno. Doch das autoritäre Regime in Belarus ließ die Demonstranten mit brutaler Gewalt niederschlagen. Dennoch wollen viele in Belarus das Unrecht nicht hinnehmen. Maria Kalesnikava wurde im September 2020 festgenommen und verschleppt, seither sitzt sie in Isolationshaft. Als Zeichen der Solidarität wird die Flötistin und Musikpädagogin, die lange Jahre in der Region Stuttgart arbeitete, am 13. März mit dem Theodor-Haecker-Preis der Stadt Esslingen ausgezeichnet. Ihre Schwester Tatsiana Khomich wird die Auszeichnung stellvertretend entgegennehmen.

Gewöhnlich vergibt die Stadt Esslingen den Theodor-Haecker-Preis nur alle drei Jahre - doch wenn es die Situation erfordert, weicht man vom üblichen Turnus ab. Nun sieht die Stadtverwaltung die Zeit erneut gekommen, ein Zeichen zu setzen.

Maria Kalesnikava zählte 2020 im weißrussischen Präsidentschaftswahlkampf neben Svetlana Tichanovskaja zu den prominentesten Bürgerrechtlerinnen und Oppositionspolitikerinnen ihres Heimatlandes. Dafür wurde sie von der Staatsmacht ins Visier genommen und auf offener Straße in Minsk gekidnappt. Gegen ihren Willen sollte sie in die Ukraine deportiert werden - sie hat ihren Pass zerrissen und sich so der Ausweisung widersetzt. Ihre spektakuläre Verhaftung und ihre Verurteilung zu elf Jahren Haft haben weltweit Empörung ausgelöst. Viele haben sich seither für ihre Freilassung eingesetzt, diverse Auszeichnungen haben inzwischen Unterstützung für sie demonstriert.

Bereits im August 2021 hatte die Esslinger West-Ost-Gesellschaft (WOG), die auch Kontakte in die belarussische Partnerstadt Molodetschno pflegt, bei der Stadt Esslingen angeregt, den Theodor-Haecker-Preis außer der Reihe zu verleihen. „Maria Kalesnikava ist eine Heldin unserer Zeit, die nicht in Vergessenheit geraten darf“, hatte die WOG-Vorsitzende Brigitte Krömer-Schmeisser den Antrag begründet. OB Matthias Klopfer samt der Ratsfraktionen sehen das ähnlich. Klopfer sagt: „Maria Kalesnikavas beispiellose Tapferkeit und ihr ungebrochener gewaltfreier Widerstand gegen das Terrorregime Lukaschenko stehen stellvertretend für viele Menschen, die in Belarus unter persönlichen Gefahren für Freiheit und Bürgerrechte kämpfen.“ Mit der Preisverleihung im Rahmen der Esslinger Frauenwochen solle Maria Kalesnikavas gewaltfreier Einsatz für die Menschenrechte in Belarus gewürdigt und daran erinnert werden, dass sie in der Isolation nicht in Vergessenheit gerät.

Die Preisverleihung soll am Sonntag, 13. März, um 11 Uhr in Esslingens Württembergischer Landesbühne stattfinden.

**Load-Date:** February 9, 2022

---

End of Document

# Krimi um Maria Kalesnikava; Freiheitsheldin von Belarus zerriss Pass an der Grenze

Mittwoch 9. September 2020

Copyright 2020 Axel Springer Alle Rechte Vorbehalten



**Section:** Politik & Wirtschaft; S. 21; Ausg. 211

**Length:** 280 words

## Body

---

Minsk - Drama um die letzte verbliebene Oppositionsführerin in Weißrussland!

Am Montag wurde Maria Kalesnikava (38) von Diktator Alexander Lukaschenkos Schergen verschleppt. Sie sollte gewaltsam außer Landes gebracht werden. Doch jetzt mehren sich die Anzeichen, dass Kalesnikava sich erfolgreich dagegen gewehrt hat, ihr Heimatland zu verlassen. Einer ihrer Mitstreiter berichtete, dass Kalesnikava an der Grenze zur Ukraine ihren Pass zerriss, um nicht aus Weißrussland in die Ukraine abgeschoben werden zu können.

Zunächst hatten Grenzschützer erklärt, Kalesnikava habe am Dienstagmorgen um vier Uhr gemeinsam mit zwei Mitarbeitern die Grenze passiert. Fakt ist: Wo sich Kalesnikava aktuell aufhält, ist unbekannt. Seit ihrer Entführung gab es überhaupt kein Lebenszeichen mehr von ihr.

Kalesnikava ist DAS Gesicht der Opposition in Weißrussland und Anführerin der Straßenproteste gegen Diktator Lukaschenko (66). Vor ihrer Zeit als Oppositionelle studierte Kalesnikava an der Musikhochschule in Stuttgart, lernte dort ihre spätere Bandkollegin Natasha Lopez (42) kennen. Lopez sagte: "Sie ist eine sehr starke, wertvolle, liebevolle, kraftvolle Frau, die immer für die Freiheit mit großer Überzeugung gekämpft hat."

Kalesnikava ist neben der mutmaßlichen Wahlsiegerin Swetlana Tichanowskaja (37) und der Oppositionellen Veronika Zepkalo Teil des Frauen-Trios, das Lukaschenko loswerden will. Während ihre Mitstreiterinnen das Land bereits verlassen mussten, blieb Kalesnikava in Belarus, um auf den Straßen friedlich gegen das Regime zu demonstrieren.

Heute, einen Monat nach der Wahl, hat der Diktator damit auch seine letzte Gegnerin aus dem Weg geräumt.

**Load-Date:** September 9, 2020

## «Lukaschenko kennt das Leben nicht»

Dienstag 23. November 2021

Copyright 2021 CH Regionalmedien AG Alle Rechte vorbehalten

# Luzerner Zeitung

**Section:** INTERNATIONAL

**Length:** 800 words

**Byline:** Interview: Stefan Schocher

## Body

---

Veronica Tsepkało wollte den weissrussischen Herrscher von der Macht verdrängen, dann musste sie fliehen. Für Europa hat sie nur einen Rat.

Interview: Stefan Schocher

Vor genau sechs Monaten zwang der weissrussische Machthaber Alexander Lukaschenko einen Linienflieger zur Landung, um den regimekritischen Blogger Roman Protasewitsch verhaften zu lassen. Seither reissen die negativen Schlagzeilen aus «Europas letzter Diktatur» nicht ab: Massenverhaftungen, gefolterte politische Gefangene und zuletzt die problematische Flüchtlingspolitik.

Veronica Tsepkało hatte sich im Sommer 2020 als eine von drei Oppositionsführerinnen dem Langzeitmachthaber Lukaschenko in den Weg gestellt. Aus dem griechischen Exil beobachtet sie die Situation in ihrem Heimatland mit wachsender Sorge.

Frau Tsepkało, Sie mussten wegen Ihres politischen Engagements aus Ihrer weissrussischen Heimat fliehen und leben mit Ihrer Familie im Exil. Hat sich das alles gelohnt?

Veronica Tsepkało: Wir haben alles aufgegeben. Alles, was wir hatten. Aber ich bereue es nicht. Es war schwierig für mich und meine Familie. Aber für andere war und wird es noch schwieriger. Wir sind als Nation neugeboren worden. Und ich bin froh, dass wir ein Teil davon sein können.

Weissrussland kommt seit den Wahlen im Sommer 2020 nicht mehr aus den Schlagzeilen. Wie hat sich das Land seither verändert?

Die Weissrussen haben unter Lukaschenko immer schon in einer Diktatur gelebt. Im August 2020 hat Lukaschenko damit begonnen, ganz Europa zu bedrohen. Seine terroristischen Aktionen gehen neuerdings über die Grenze hinaus, und das ist gefährlich.

Sie wollen ihn stoppen. Wie?

Diese Person muss isoliert werden. Er ist ein Verbrecher. Wir haben seine Verbrechen dokumentiert, wir haben eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht. Wir wollen, dass er verurteilt wird. In

Weissrussland gibt es immer noch die Todesstrafe. Daher wollen wir ihn vor den internationalen Strafgerichtshof zitieren.

Was würde Lukaschenkos Absetzung für das Land bedeuten?

Das weissrussische System -basiert auf den Befehlen einer Person. Wenn Lukaschenko geht, bricht das ganze System zusammen. In Weissrussland wurden seit den Wahlen 28 Menschen ermordet, aber es wurde kein einziges Strafverfahren eingeleitet. Dafür aber wurden Menschen ins Gefängnis gesteckt, weil sie Kleider in den Farben der alten weissrussischen Fahne tragen oder Blumen in der Hand halten.

Im Sommer 2020 sah es kurz so aus, als würde das System kollabieren. Polizisten liefen zu den Demonstranten über. Wie konnte Lukaschenko das stoppen?

Es gibt keine Möglichkeit für andere politische Führer, ihre Meinung zu äussern. Sie enden im Gefängnis oder sie sind tot. All den Kandidaten bei der Wahl drohen Gefängnisstrafen von 30 bis 40 Jahren. Lukaschenko hat alle unabhängigen Massenmedien abgeschafft. Er hat alle unabhängigen Menschenrechtsorganisationen geschlossen. Es verschwinden auch Leute. Und für kleinste Vergehen gibt es saftige Bussen. Stellen Sie sich vor: Sie verdienen 500 Franken im Monat und dann flattert plötzlich eine Busse über 1500 Franken rein. Aber wir glauben, dass sich das alles bald ändern wird. Man kann ein Land nicht ohne die Unterstützung der Menschen regieren.

Was macht Sie so zuversichtlich, dass Lukaschenko vor dem Aus steht?

Wir glauben, dass sich seine -Bewacher irgendwann von ihm abwenden und ihn verhaften werden. Das sind normale Menschen, genau wie wir. Sie kennen das Leben. Lukaschenko kennt es nicht. Irgendwann werden die Menschen um ihn herum ihn einfach verhaften. Einfach als Verbrecher. Wir haben eine Initiative gestartet und gesammelt: Wir zahlen jenen, die Lukaschenko verhaften und in die EU bringen, 11 Millionen Euro.

Was soll Europa tun?

Die EU ist sehr nachsichtig mit Lukaschenko. Wir haben die europäischen Institutionen gebeten, ihn vor Gericht zu stellen. Und wenn er jetzt europäische Bürger bedroht, ist die Zeit der Diplomatie vorbei. Er versteht die Sprache der Diplomatie sowieso nicht. Man kann mit ihm nicht verhandeln.

Und wie lässt sich das menschenunwürdige Flüchtlingsdrama an der weissrussisch-polnischen Grenze stoppen?

Lukaschenko hat dieses Problem kreiert, indem er die Menschen ins Land geholt hat. Ich sage es noch einmal: Mit Lukaschenko kann man nicht verhandeln. Seine Versprechungen gelten nichts. Er wird alles machen, um an der Macht zu bleiben. Er ist zu einer Bedrohung für die internationale Gemeinschaft geworden.

**Load-Date:** November 22, 2021

# Leiser Donner aus dem Weltall; Eclat Das Stuttgarter Festival setzt mit Beiträgen aus Belarus und dem Libanon politische Akzente. Der Menschenrechtspreis geht an Maria Kalesnikava. Von Otto Paul Burkhardt

Montag 8. Februar 2021

Copyright 2021 Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG Alle Rechte vorbehalten

**SÜDWEST PRESSE**

Section: FEUILLETON; S. 22; Band 77; Ausg. 31

Length: 624 words

## Body

---

Beklemmende Statements zwischen Empörung und Hoffnung: 35 kurze künstlerische Beiträge setzten sich beim ins Internet verlegten Stuttgarter Neue-Musik-Festival Eclat mit der Krise in Belarus auseinander, wo bei Massenprotesten an die 33 000 Menschen verhaftet wurden. Titel des Abends: „Echoes – Voices from Belarus“. Die meist dreiminütigen Videos reflektieren die Situation in dem osteuropäischen Land.

Igor Shugaleev etwa erinnert in einer verstörenden Performance zu schroffen Klängen von Gareth Davis an Inhaftierte, die gezwungen wurden, stundenlang kniend und gebeugt am Boden zu verharren. Andere Statements gedenken derer, die bei den Protesten zu Tode kamen („Don't forget“), wieder andere suchen Zuflucht bei uraltem Liedgut. Vom Zerkratzen eines Passes erzählt ein weiteres Kurzvideo, zu dem Carola Bauckholt eine traumatisch zerklüftete Musik geschrieben hat – eine Hommage an Maria Kalesnikava, die ihre gewaltsame Abschiebung verhinderte, indem sie ihren Ausweis zerriss.

Die Musikerin und zeitweilige Eclat-Mitarbeiterin Kalesnikava, die in Stuttgart studiert hat, gilt als Hoffnungsträgerin der Demokratiebewegung in Belarus. Seit September ist sie in Haft. Jetzt am Sonntag wurde sie bei Eclat mit dem Menschenrechtspreis 2021 der Gerhart und Renate Baum-Stiftung geehrt. „Ermutigen wir Maria Kalesnikava und ihre Mitstreiter: Nicht aufzugeben!“, appellierte Ex-Bundesminister Gerhart Baum in seiner Laudatio. Kalesnikavas Schwester Tatsiana Khomich nahm stellvertretend den Preis entgegen.

Ganz klar, es ging um weit mehr als nur um Musik. Libanon und Belarus waren Schwerpunkte – so politisch war Eclat noch selten. Beim großen Samstagskonzert mit dem SWR Symphonieorchester unter Pablo Rus Broseta ließ die Norwegerin Kristine Tjøgersen mit ihrem Werk „Bioluminescence“ aufhorchen. In ihrer feinsinnigen, superleisen Studie über die gefährdete Glühwürmchen-Spezies kamen auch Mini-Robotics wie Motorkäferchen, die übers Paukenfell krabbeln, zum Einsatz. Zudem wurde das Stück im Streaming auch optisch inszeniert und wirkte wie ein geheimnisvolles Funkeln im Dunkeln. Franck Bedrossians „Don Quixote Concerto“ entpuppte sich mit einem tapfer gegen Übermächtige kämpfenden Pianisten eher als Musik der heiter-surrilen Art.

Ein Flötist als Whistleblower

Apropos Politik. Bereits am Freitag stellte das Ensemble Resonanz „Whistle-Blower“ von Iris ter Schiphorst vor. Hier agiert ein Flötist ständig unter Druck – angetrieben von einem marschmäßig drohenden Orchester. Der Fall Chelsea Manning geistert zitatweise durch das Stück. Auf eingeblendeten Videos versucht der Flötist Jeremias Schwarzer in

einer Telefonzelle brisante Infos weiterzugeben. Das Stück wurde in Hamburg (Ton), Berlin (Video) und Wien (Elektronik) erstellt und bei Eclat als Lockdown-Version gezeigt.

„Convergence“ von Alexander Schubert ist ganz dem Thema Virtualität gewidmet. Die Musiker werden samt Bewegung per Scanner erfasst. Die aus diesen Daten kreierte Repliken führen, Stichwort künstliche Intelligenz, bald ein kaum mehr kontrollierbares Eigenleben. Reale Musiker und gemorphte Avatare geraten zu teils spacig-bombastischen Sounds heillos durcheinander. Bis am Ende alles, begleitet von philosophischem Raunen, ins All abdriftet und dort unter leisem Donner verschwindet: eine musikalisch austauschbare, aber streitbare Vision.

Übrigens konnten sich Zuschauende nach jedem Stück per Chatblase äußern – neben „super“ und „bravo“ plopten auch Kommentare wie „na ja“ und „dünnes Süppchen“ auf. Sicher, inhaltsarme Bastelarbeiten waren auch dabei. Doch insgesamt überwogen starke Stücke. Und selbst im digitalen Format gelang es, mit einem teils interaktivem Beiprogramm so etwas wie Festivalatmosphäre zu schaffen.



## Graphic

---

Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikava aus Belarus. Foto: Eclat

---

**Load-Date:** February 8, 2021



# „Belarus erwacht“; Maria Kalesnikava ist von Stuttgart nach Minsk gezogen - und will trotz der massiven Unterdrückung der Opposition dort bleiben.

Donnerstag 13. August 2020

Copyright 2020 Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH Alle Rechte vorbehalten

## STUTTGARTER NACHRICHTEN

**Section:** ZEIT; S. 5

**Length:** 704 words

**Byline:** Christian Gottschalk

**Highlight:** Christian Gottschalk

### Body

---

STUTTGART In Belarus hat die Polizei am Mittwoch mit scharfer Munition auf die Demonstranten geschossen, die gegen die umstrittene Präsidentenwahl auf die Straße gehen. Seit Dienstag wurden mehr als 1000 Menschen festgenommen. Menschenrechtler kritisieren, dass sich Verletzte nicht in Behandlung begeben, weil medizinisches Personal dazu angehalten wurde, dies an die Polizei zu melden. Der Wahlprozess in Belarus hat die Zivilgesellschaft verändert, sagt Maria Kalesnikava. Im Interview erzählt die Musikerin und Oppositionelle, warum sie weiter für einen Präsidenten Viktor Babariko kämpft - und wie sie an ihre Zeit in Stuttgart zurückdenkt.

Frau Kalesnikava, von den sogenannten Drei Grazien sind nur noch Sie in Belarus. Wie fühlen Sie sich?

Ja, das stimmt. Veronika Zepkalo ist in Russland, Swetlana Tichanowskaja in Litauen. Aber ich fühle mich nicht alleine. Das Team, das Viktor Babariko unterstützt hat, ist zwar größtenteils im Gefängnis, aber wir spüren die Unterstützung vom belarussischen Volk. Ich fühle mich stark und bin optimistisch.

Ihre Mitstreiterinnen sind geflohen, die Wahl haben Sie verloren. Wie kann man da optimistisch sein?

Der ganze Wahlprozess hat die Zivilgesellschaft verändert. Die Belarussen sind aufgewacht. Zum ersten Mal seit 26 Jahren. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem die Belarussen ihr Leben verändern könnten.

Was müsste dafür nun geschehen?

Ich hoffe, dass unsere Machthaber verstanden haben, dass die Menschen nicht Lukaschenko gewählt haben. Die Menschen glauben nicht mehr an die bisherigen Strukturen. Die Gesellschaft hat sich in den letzten drei Monaten verändert.

Welche Veränderungen sehen Sie?

Die Zivilgesellschaft ist erwacht. Da ist der Umgang mit Covid-19. Wir waren der einzige Staat, der keine Quarantänemaßnahmen verhängt hat. Der Staat hat den Menschen nicht geholfen, die Menschen haben das aber gegenseitig gemacht. Kurz davor gab es die Angst vor einem engeren Zusammenschluss mit Russland. Das alles hat

bei den Menschen etwas in Gang gesetzt. Sie sind jetzt bereit, auch Nein zu sagen. Nicht nur ein paar wenige, sondern sehr viele aus allen sozialen Schichten.

Swetlana Tichanowskaja ruft in einer Videobotschaft dazu auf, die Menschen sollen auf sich aufpassen. Hat sie das freiwillig gesagt?

Das war sicher nicht freiwillig. Swetlana und ich waren zusammen bei der Wahlkommission, Swetlana war mit ihrem Anwalt da. Die Chefin der Wahlkommission ist dann mit dem Anwalt weggegangen, und Swetlana war drei Stunden mit zwei Mitarbeitern des Geheimdienstes alleine, ohne Handy, ohne Internet, ohne Anwalt. Sie war wirklich unter Druck.

Haben Sie seit ihrer Abreise noch Kontakt zu ihr?

Nein, sie hat auf meine Anrufe nicht -geantwortet.

Bisher haben sich drei Kandidaten zusammengeschlossen, und Swetlana Tichanowskaja war das Gesicht der Opposition. Wer ist es jetzt?

Ich würde nicht sagen, dass wir das Gesicht der Opposition waren, wir sind das Gesicht der gesamten Gesellschaft. Mein Ziel ist es, möglichst schnell freie Wahlen zu organisieren und politische Gefangene freizulassen. Dafür will ich für das Babariko-Team arbeiten.

Viktor Babariko hat für eine Gazprom-Tochter gearbeitet. Sind Sie von seiner Integrität überzeugt?

Ich kenne Viktor aus der Kulturszene, dort unterstützt er viele Projekte. Vor zwei Jahren hat er auch ein Projekt mit Stuttgarter Künstlern gefördert. Er setzt sich sehr für den Erhalt der belarussischen Kultur ein, seine Werte sind wie meine. Als er sich dazu entschlossen hat, für den Posten des Präsidenten zu kandidieren, habe ich ihn sofort unterstützt. Ich habe noch keine Minute daran gezweifelt, dass ich etwas Richtiges gemacht habe.

Vermissen Sie Stuttgart und die Ruhe, die es hier gab?

Aber natürlich. In den letzten zwölf Jahren habe ich mich in Stuttgart so wohl gefühlt, und ich habe viele Freunde hier. Ich vermisse die Stadt, aber ich fühle, dass es wichtig ist, jetzt in Belarus zu sein.

Müssen Sie dort Angst haben?

Nein.

Aber Sie wurden verhaftet?

Ja, aber ich war nicht im Gefängnis. Am Montag musste ich mit der Polizei für 20 Minuten in deren Auto - dann haben sie mich in das Café gebracht, in dem ich mit Freunden zu Abend gegessen habe. Das war schon irgendwie komisch.

**Load-Date:** August 13, 2020

## Veronica Tsepalo Artikel aus der Wikipedia vom 09.04.2022

Weranika Zepkala

Weranika Walerjewna Zepkala (belarussisch Вераніка Валер’еўна Цяпкала, russisch Вероника Валерьевна Цепкало Veronica Tsepalo; \* 7. September 1972 in Mahiljou) ist eine belarussische parteilose Bürgerrechtlerin.

**Leben** : 1998 schloss Zepkala ein Studium an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Belarussischen Staatlichen Universität mit einem Diplom in Internationalen Beziehungen ab. Von 2004 bis 2006 studierte sie an der School of Management and Business der Belarussischen Staatlichen Wirtschaftsuniversität. Im Jahr 2008 studierte sie an dem National Institute of Small and Medium Enterprises in Hyderabad, Indien. Sie ist tätig für Microsoft.

Nachdem Zepkalias Mann Waleryj im Mai 2020 angekündigt hatte, für die Präsidentschaftswahl in Belarus zu kandidieren, begleitete sie ihn auf Veranstaltungen. Walej Zepkala wurde von der Wahlkommission jedoch nicht als Kandidat zugelassen. Er verließ im Juli 2020 mit den gemeinsamen Kindern das Land, um sich in Sicherheit zu bringen. Zuvor waren Drohungen gegen die Kinder ausgesprochen worden. Die Oppositionellen Swjatlana Zichanouskaja, Wiktar Babaryka und Zepkala schlossen sich zu einem Bündnis zusammen, das einen gemeinsamen Wahlkampf organisierte. Bei Auftritten vertrat Weranika Zepkala dabei ihren Mann. Später unterstützte sie die Kampagne der einzigen zugelassenen Oppositionskandidatin Swjatlana Zichanouskaja. Selbst von den Behörden unter Druck gesetzt, verließ sie am Vorabend der Wahl das Land und sah ihren Mann in Moskau wieder. Ab September 2020 hielt sie sich nach Medieninformationen in der Ukraine auf.

Zusammen mit den belarussischen Oppositionspolitikerinnen Swjatlana Zichanouskaja und Maryja Kalesnikawa erhält sie den Karlspreis 2022. 2021 wurde den drei Frauen der Fritz-Csoklich-Demokratiepreis zuerkannt.